

**Hochschulreform 1968 an der**  
**Technischen Hochschule**  
**Otto von Guericke Magdeburg**

Diplomarbeit von

**Carmen Schäfer**

Potsdam, August 1995

C 639

**Hochschulreform 1968 an der Technischen Hochschule  
Otto von Guericke Magdeburg**

Diplomarbeit

Fachbereich Archiv, Bibliothek und Dokumentation

an der

Fachhochschule Potsdam

vorgelegt von

Carmen Schäfer

Potsdam, August 1995

Erster Betreuer: Frau Dr. Schirmeister

Zweiter Betreuer: Herr Prof.Dr. Walberg

## Inhaltsverzeichnis

<u>1. Einleitung</u>	1
<u>2. Kurzer Abriß der Entwicklung der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg bis 1965</u>	4
<u>3. Durchführung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg</u>	11
3.1 Ziele und Aufgaben der Hochschulreform	11
3.2 Vorbereitung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg in den Jahren 1964 / 1965 bis 1966	15
3.3 Die Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg in den Jahren 1967 bis 1968	37
3.3.1 Einflußnahme der Gesellschaftlichen Organisationen auf die Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg	39
3.3.2 Bildung von Arbeitsgruppen und deren Aufgaben	44
3.3.2.1 Führungsgruppe des Rektors	47
3.3.2.2 Arbeitsgruppe Leitungsfragen	51
3.3.2.3 Arbeitsgruppe Ausbildung und Erziehung	51
3.3.2.4 Arbeitsgruppe Weiterbildung	52
3.3.2.5 Arbeitsgruppe Forschung	53
3.3.2.6 Arbeitsgruppe Information und Propaganda	54
3.3.3 Leitungsaufbau an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg	55
3.3.4 Sektionsbildung an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg	58
3.3.5 Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg	63
3.3.6 Forschungsarbeit an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg	71

<u>4. Weiterführung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg</u>	76
<u>5. Zusammenfassung</u>	80
<u>6. Anhang</u>	82
6.1 Abbildungsverzeichnis	83
6.2 Anlagenverzeichnis und Anlagen	84
6.3 Literatur- und Quellenverzeichnis	102
6.4 Eidesstattliche Erklärung	109

## Abkürzungsverzeichnis

Baukema	= Bau- und Keramikmaschinen
BRD	= Bundesrepublik Deutschland
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
EDV	= Elektronische Datenverarbeitung
EOS	= Erweiterte Oberschule
FDJ	= Freie Deutsche Jugend
GO	= Grundorganisation
HPL	= Hochschulparteileitung
HPO	= Hochschulparteiorganisation
HSGL	= Hochschulgruppenleitung
MHF	= Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
MSAB	= Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau
NVA	= Nationale Volksarmee
SBZ	= Sowjetische Besatzungszone
SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHF	= Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen
TAKRAF	= Tagebau-, Kran- und Förderanlagen
THM	= Technische Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg
UA UMD	= Universitätsarchiv der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
VEB	= Volkseigener Betrieb
VVB	= Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZK	= Zentralkomitee

## 1. Einleitung

Angekündigt wurde die neue Hochschulreform bereits auf dem VI. Parteitag der SED. Mit dem "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem" vom 25.02.1965 begannen die Vorbereitungen zur Durchführung der Hochschulreform an der Technische Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg.

Da sich der Zeitraum der Hochschulreform von 1965 bis 1968 erstreckte, wählte die Autorin in ihrer Themenstellung das Jahr "1968". Es war das Jahr, in dem die 1. Etappe der Hochschulreform an der Technische Hochschule Magdeburg abgeschlossen wurde.

Die Arbeit zum Thema "Hochschulreform 1968 an der Technischen Hochschule Otto von Guericke Magdeburg" setzt sich das Ziel, das Geschehen an der Hochschule, eingeordnet in die territorialen und nationalen Entwicklung, zu rekonstruieren. Es wird untersucht, wie die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der ehemaligen DDR die Entwicklung der Hochschule beeinflusste, welche strukturellen Veränderungen sich vollzogen, welche bedeutenden Ereignisse im Hochschulleben zu verzeichnen waren.

Es werden folgende Entwicklungsphasen verfolgt:

- Die Vorbereitung der Hochschulreform in den Jahren 1964 / 1965 bis 1966;
- Die Durchführung der Hochschulreform in den Jahren 1967 bis 1968.

In diesem werden differenziert dargestellt:

- Einflußnahme der Gesellschaftlichen Organisationen auf die Hochschulreform an der THM,
- der Leitungsaufbau und Sektionsbildung,
- die Erziehung, Ausbildung, Weiterbildung und
- die Forschungsarbeit an der THM im Zuge der Hochschulreform,
- Die Weiterführung der Hochschulreform an der THM.

Diese Schwerpunkte sollen sowohl in ihrer inneren Entwicklung als auch in ihrer gegenseitigen Durchdringung dargestellt werden. Unter Beachtung der Wissenschaftlichkeit der Aussagen setzt sich die Autorin das Ziel, durch eine abwechslungsreiche Gestaltung der Arbeit und einen ansprechenden Stil das Interesse des potentiellen Lesers an der Hochschulgeschichte zu wecken. Das Thema der Arbeit korrespondiert mit der Aufgabe des Universitätsarchivs, in den folgenden Jahren einen umfangreichen Beitrag zur Universitätsgeschichtsschreibung zu leisten.

Die zeitliche Begrenzung der Arbeit ergibt sich aus bedeutenden Einschnitten der Hochschulentwicklung. Den Auftakt bildet der Beginn des neuen Studienjahres 1964 / 65 ( Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25.02.1965 und die Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR vom Oktober 1966 ). Der Endpunkt wird im Sommer 1968 ( Akademischer Festakt der THM - Bestätigung der neuen Struktur der THM, der neuen Ausbildungsformen und -inhalte durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR - Abschluß der 1. Etappe der Hochschulreform an der THM ) gesetzt. Anfang und Endpunkt werden absichtlich nicht mit konkreten Daten verbunden, um die Entwicklungsprozesse, die meist Studienjahresweise wirkten, nicht abrupt beginnen bzw. enden zu lassen.

Im Archiv der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg liegen schon diverse Arbeiten von Diplomingenieuren der Hochschule, die in Vorbereitung von Promotionen angefertigt wurden und die den geschichtlichen Werdegang der Einrichtung im genannten Zeitraum beschreiben, vor. Die heute im Universitätsarchiv aufbewahrten Quellen wurden dabei nur in begrenztem Maße ausgewertet, da sie z.T. noch nicht aufbereitet waren, aber auch die Zeit der Autoren nicht ausreichte, alles schon vorhandene zu sichten. Da die Diplomingenieure außerdem in der historischen Forschung unerfahren waren, blieben viele geschichtliche Zusammenhänge unberücksichtigt, manches wichtige Ereignis wurde nur erwähnt. Einige dieser Arbeiten tragen lediglich den Charakter einer Chronik. Ungeachtet dieser Kritik bieten die Arbeiten interessante Denkansätze für die Universitätsgeschichtsschreibung. Anlässlich verschiedenster Jahrestage des Bestehens der Otto-von-Guericke-Universität wurden geschichtliche Abrisse, Biographien und Abrisse über die Entwicklung einzelner Fachrichtungen verfaßt, die gleichfalls in die Bearbeitung einbezogen wurden.

Das Archiv der Universität Magdeburg bewahrt in seinem A-Bestand, der den Zeitraum 1953 bis 1968 umfaßt, umfangreiches Quellenmaterial für das zu bearbeitende Thema auf. Es handelt sich dabei um Sitzungsprotokolle, um Rechenschafts- und Informationsberichte, um Analysen und Statistiken der obersten und anderen Leitungsorgane der Technischen Hochschule, des weiteren um Schriftverkehr mit Ministerien, Behörden sowie Industriebetrieben Magdeburgs und vieles andere mehr.

Das Universitätsarchiv verfügt außerdem über einen lückenlosen Bestand der Hochschulzeitung, der bisher ebenfalls nur unzureichend ausgewertet wurde.

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in eine Einleitung, in drei Kapitel, einen Ausblick in zusammenfassende Bemerkungen und einem Anhang.

Letzterer enthält das Abbildungsverzeichnis, das Quellen- und Literaturverzeichnis und diverse Anlagen.

Anmerkungen zu bestimmten Worten bzw. Wortgruppen und Zitatnachweisen wurden auf der entsprechenden Seite als Fußnoten eingefügt. Dieses ermöglicht ein überschaubareres Gesamtbild der Arbeit.

Im 3. Kapitel - Weiterführung der Hochschulreform an der THM - gibt die Autorin eine kurze Einschätzung über das Erreichte in der 1. Etappe der Hochschulreform, einige Ergebnisse aus den Diskussionen an der THM zum Beschlußentwurf zur Weiterführung der Hochschulreform und die nächsten Aufgaben zur Durchführung der 2. Etappe der Hochschulreform an der THM werden hier kurz umrissen.

Es beginnt mit dem Herbstsemester 1964 / 1965 und führt bis Sommer 1968. Es untersucht das Hochschulgeschehen vom Herbst 1964 bis Ende des Studienjahres 1967 / 1968 ( Festakt 1968 ) unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Umgestaltungen im Bildungswesen der ehemaligen DDR / Hochschulreform auf die Technische Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg. Zu vermerken wäre noch, daß die Geschichte der Technische Hochschule Magdeburg zu dieser Zeit vom Sozialismus geprägt war, und damit die Bildungspolitik der SED die Entwicklungen an der Technische Hochschule Magdeburg bestimmte.

In der den Abschnitten folgenden Zusammenfassung werden die Ergebnisse der Arbeit fixiert und Hinweise zu offenen Problemen und weiterführenden Fragestellungen gegeben.

## 2. Kurzer Abriß der Entwicklung der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " bis 1965

Heute ein alltägliches Bild - Studenten auf dem Weg zu Hörsälen und Seminaren. Magdeburg, die Stadt am Elbestrom, im Herzen des Landes Sachsen-Anhalt gelegen, ist zu einem Zentrum der wissenschaftlichen Lehre und Forschung geworden.

Impulse für die Errichtung einer Hochschule in Magdeburg waren schon 1948 vorhanden. Der Rat der Stadt Magdeburg beschloß am 23.03.1948 in einer Ratssitzung, bei der damaligen Landesregierung in Halle einen Antrag zur Errichtung einer Technischen Hochschule in Magdeburg einzureichen. Der Rat konnte darauf hinweisen, daß hier in Magdeburg alle Bedingungen für die Eröffnung einer Hochschule vorhanden seien. Für die Wahl Magdeburgs würde sowohl seine bedeutende Maschinenindustrie, als auch die Chemische Groß- und Kleinindustrie und die Berg- und Hüttenwerke in der näheren Umgebung sprechen, die wertvolles Anschauungsmaterial und Anregungen bieten könnten.

Immerhin dauerte es bis zur Gründung einer Hochschule in Magdeburg noch fünf Jahre und die ständige Erweiterung und Vergrößerung der Wirtschaft und Industrie in der DDR ließ den Einsatz von Fachkräften mit Hochschulbildung immer dringender werden. Das wichtigste Instrument zur Sicherung des Massenbedarfs an Akademikern war die Errichtung einer Fülle von Spezialhochschulen, die zwischen 1953 und 1954 ins Leben gerufen wurden.<sup>1</sup> Zu diesen Spezialhochschulen zählte auch die heutige Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, die 1953 unter der Bezeichnung " Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg " gegründet wurde. Die Hochschule wurde aufgebaut auf den Traditionen der damaligen Fachschule für Schwermaschinenbau, die am 01.11.1871 als Maschinenbau-schule gegründet wurde.

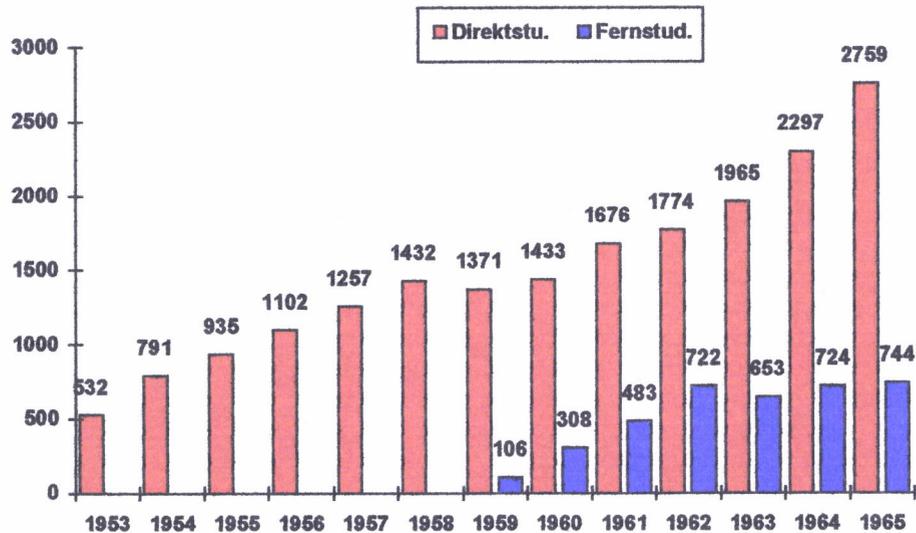
Am 03.03.1954 fand im Maxim-Gorki-Theater die feierliche Eröffnungsveranstaltung statt. " Mit Schaffung der Hochschule ", erklärte damals ihr erster Leiter Prof.Dr. Schrader<sup>2</sup>, " wird ein alter Wunsch der Magdeburger erfüllt " - ein geistiges Zentrum der technischen Wissenschaften war in der Stadt Otto von Guericke am entstehen.

<sup>1</sup> Richert, Ernst: Sozialistische Universität. Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967.

<sup>2</sup> Erst am 06.09.1955 wurde Prof. Dr. Schrader anlässlich der Immatrikulationsfeier für das neue Studienjahr offiziell in das Amt des Rektors der Hochschule eingeführt.

532 Studenten immatrikulierte die Hochschule 1953. Im Jahre 1965 studierten bereits 3503 Studenten an der Hochschule. / **Abbildung 1** /

Abbildung 1: Studierende an der Hochschule



Damals standen nur 27 Lehrkräfte einschließlich Assistenten zur Verfügung. Es war die Aufgabe des Ministeriums für Schwermaschinenbau, aus den Betrieben und Konstruktionsbüros des Ministeriums die besten Kräfte für die Tätigkeit als Lehrer an den neugegründeten Hochschulen zu gewinnen. Außer in Magdeburg kam es noch zu Hochschulgründungen in Karl-Marx-Stadt ( heutige Chemnitz ) und Ilmenau. Die ersten Verhandlungen über die Auswahl und den Einsatz von Lehrkräften liefen bereits vor den offiziellen Gründungen. Die Professoren der TH Dresden hatten sich bereit erklärt, die neuen Hochschulen in der Form zu unterstützen, daß sie die Vorschläge für eventuelle Hochschullehrtätigkeit fachlich beurteilen. Als Prof.Dr. Schrader mit dem Aufbau der Hochschule in Magdeburg beauftragt wurde, hielt dieser gleichzeitig Umschau nach geeigneten Lehrkräften.

Am 15.10.1953 richtete Prof.Dr. Schrader ein Schreiben an das Ministerium für Schwermaschinenbau über den Bedarf an Professoren und Dozenten.

Darin hieß es:

" Ab 01.03.1954 werden zusätzlich folgende Stellen benötigt: für Mathematik ein Professor mit Lehrstuhl; für Physik ein Professor mit vollem Lehrstuhl; für mechanische Technologie ein Professor mit vollem Lehrstuhl; für Chemie ein Professor mit Lehrstuhl; für Projektierungslehre und Kinematik einen Dozenten.

Ab 01.07.1954 werden benötigt: für Mechanik und Festigkeitslehre ein Professor mit Lehrstuhl und für Werkstoffkunde ein Professor mit vollem Lehrstuhl. "<sup>3</sup>

Zu den namhaften Wissenschaftlern, die damals an die Hochschule berufen wurden, zählten u.a.:

Prof.Dr.sc.nat. Ernst-Joachim Gießmann: Er nahm 1951 eine Tätigkeit im Ministerium für Schwermaschinenbau auf, und ab 1952 bereitete er sich am Physikalischen Institut der Pädagogischen Hochschule Potsdam in einer Habilitationsaspirantur auf eine Tätigkeit als Hochschullehrer vor. An der Pädagogischen Hochschule Potsdam wurde er 1953 zum Wahrnehmungsdozenten ernannt und mit der Funktion des Prorektors für Studienangelegenheiten betraut. An die Hochschule in Magdeburg wurde er zum Professor mit vollem Lehrauftrag berufen und übernahm die Funktion des Dekans der Fakultät für Mathematik, Naturwissenschaften und technische Grundwissenschaften. 1956 wurde er zum 2. Rektor der Hochschule gewählt.

Prof.Dr.-Ing. Friedrich Kurth: Er kam von der Ingenieurschule Roßwein. Sein Fachgebiet war der Stahlbau - da dieses Fachgebiet aber erst in zwei Jahren im Lehrplan der Hochschule erschien, nahm er trotzdem seine Tätigkeit an der Hochschule schon auf und ersetzte den fehlenden Vertreter für die Technische Mechanik.

Prof.Dr.-Ing. Hans Neese: Anerkannt war er als erfahrener Schweißexperte. Vor der Berufung an die Hochschule in Magdeburg war Prof. Neese im VEB Schwermaschinenbau Kirowwerk in Leipzig tätig, dort führte er das automatische Schweißverfahren ein. An der Hochschule wurde er zum Professor mit vollem Lehrauftrag berufen und übernahm die Funktion des Institutsdirektors für Schweißtechnik.

Prof.Dr.phil. Ernst Schiebold: Er war einer der profiliertesten Wissenschaftler auf den Gebieten der Kristallographie, der Metallphysik und der Werkstoffprüfung. Tätig war Prof. Schiebold vor der Berufung an die Hochschule im Amt für Material- und Warenprüfung Berlin. An die Hochschule wurde er zum Professor mit Lehrstuhl berufen und zum Direktor des Instituts für Werkstoffkunde und -prüfung ernannt.

---

<sup>3</sup> UA UMD: A 100 - Sekretariat des Rektors: Auswahl und Einsatz von Lehrkräften und Gewinnung von Assistenten für den Hochschulbetrieb, 1953 - 1957.

Prof.Dr.-Ing. Hans Schrader: Er hatte als Mitarbeiter des Ministeriums für Schwermaschinenbau schon an der Vorplanung für den Aufbau einer Spezialhochschule für Schwermaschinenbau in Magdeburg teilgenommen, und Mitte 1953 wurde Prof. Schrader als ihr erster Leiter eingesetzt.

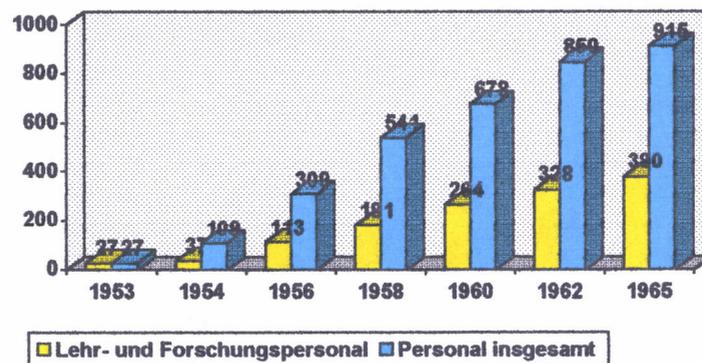
Prof.Dr.-Ing. Ernst Stumpp: Er war in verschiedenen Betrieben Dessau's tätig. An die Hochschule wurde Prof. Stumpp zum Professor mit Lehrauftrag berufen und 1956 zum Dekan der Fakultät für Maschinenbau ernannt.

Prof.Dipl.-Ing. Wilhelm: Er war Chefkonstrukteur der DDR-Getriebeindustrie. Als der mit dem Aufbau der Hochschule beauftragte erste Leiter, Dr. Schrader, im Kreise der Chefkonstrukteure nach geeigneten Lehrkräften Umschau hielt, erklärte Prof. Wilhelm sich bereit, als Hochschul-lehrer in Magdeburg seine Tätigkeit aufzunehmen. Er übernahm zunächst die Stelle des Direktors des Instituts für Maschinen- und Schmierungs-elemente.

Die Vorlesungen begannen nach dem halbjährigen Vorpraktikum im Februar 1954. Im Jahre 1965 zählte die THM 915 Beschäftigte ( dazu zählten: Professoren, Dozenten, Assistenten und Oberassistenten, Forschungs-personal und sonstiges Fachpersonal, Verwaltungs- und Betriebspersonal )

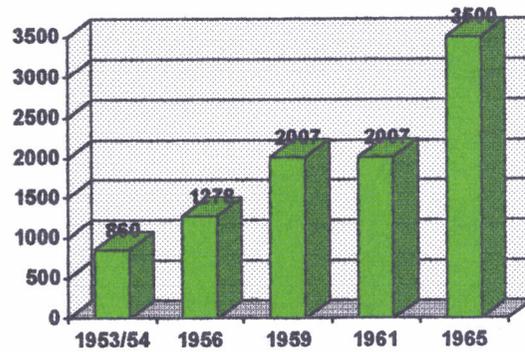
**/ Abbildung 2 /**

**Abbildung 2: Beschäftigte an der Hochschule**



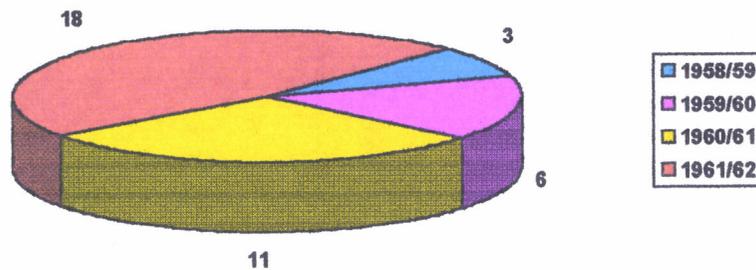
Als die ersten Studenten 1954 ihr Studium an der Hochschule aufnahmen, standen nur wenige Unterrichtsräume zur Verfügung. Eigene Hörsäle, Versuchshallen, Laboratorien und anderes mehr existierten noch nicht. Im Jahre 1965 verfügte die THM ca. über 3 500 Hörsaal- und Seminar-plätze. / **Abbildung 3 /**

Abbildung 3: Hörsaal- und Seminarplätze an der Hochschule



Bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der THM kann folgende Bilanz gezogen werden: / Abbildung 4 /

Abbildung 4: Promotionen an der Hochschule



Der Ausbau der Forschungskapazität und der Beziehungen zur Industrie waren Bestandteil des planmäßigen Aufbaus der THM.

Die Möglichkeit zur Durchführung von Forschungsarbeiten an den Hochschulinstituten war begrenzt. Der Lehrkörper führte die Forschungstätigkeit neben seiner Lehrtätigkeit durch.

Die Forschungstätigkeit begann an der Hochschule in den Jahren 1954 und 1955, als 6 Themen an 3 Instituten mit einem Beitrag von 137,0 TDM bearbeitet wurden. Es waren meistens Themen, die die Wissenschaftler von außen in die Hochschule mitbrachten und diese dann fortsetzten, wie z.B. Prof. Gießmann mit seinem Explosionszugversuch und der Vakuum-metallografie.

Im Jahre 1956 kam es zu einer eigenständigen Forschungsarbeit an 6 Instituten mit 17 Themen für die 360,0 TDM vorgesehen waren. Schon im darauffolgenden Jahre 1957 stieg die Zahl der an der Forschungsarbeit beteiligten Institute auf 10 an, wobei 29 Themen zur Bearbeitung kamen.

Durch die ständig wachsende Anzahl der arbeitsfähigen Institute konnten sich mehr Institute an den Forschungsproblemen beteiligen.

Die Anzahl der forschenden Institute stieg von 3 im Jahre 1955 auf 21 Institute im Jahre 1965. Die zur Verfügung stehende Summe betrug 1965 rund 750,0 TDM.

Ein Ausdruck der ständig wachsenden Beziehungen mit der Industrie war 1958 die Einführung der Vertragsforschung<sup>4</sup> 1958, als besondere Form der Forschungstätigkeit, an der Hochschule. Der Beginn lag bei 4 Instituten mit 5 Themen und einem Beitrag von 34,5 TDM. Dieser bescheidene Anfang wurde schon 1959 mit 8 beteiligten Instituten bei 14 Themen und einer Summe von 379,0 TDM weit übertroffen. In den darauffolgenden Jahren konnte eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung festgestellt werden. Im Jahre 1965 beteiligten sich an der Vertragsforschung 22 Institute an 92 Themen und einer Summe von 730,0 TDM.

Vertragliche Bindungen bestanden 1965 zu insgesamt 35 Betrieben und Institutionen verschiedener Industriezweige.

In der Strukturentwicklung der Hochschule hatte es in den Jahren seit ihrer Gründung eine Reihe Veränderungen gegeben. Die strukturellen Veränderungen beschränkten sich vor allem auf die Umgestaltung der schon bestehenden Organe und Institutionen. Doch die im Jahre 1956 gegebene Struktur der Zuordnung von Fachinstituten zu den drei Fakultäten sowie das Bestehen von drei selbständigen Abteilungen ( Sprachunterricht, Studentensport, Berufspraktikum ) blieb im wesentlichen bis 1964 / 1965 erhalten.

Mit der Bildung der Fakultäten war ein Organ entstanden, die die Fachrichtungen verwandter Fachgebiete vereinigte und die Ausbildung der Studierenden und Aspiranten durchführte. An der Spitze der Fakultäten standen die vom Rat der Fakultät gewählten Dekane und Prodekane. Der Rat der Fakultät setzte sich zusammen aus den Professoren und Dozenten, den Fachrichtungsleitern, den Institutsdirektoren, den mit der Wahrnehmung einer Professur Beauftragten und einem Vertreter der Gewerkschaftsleitung. Bei der Behandlung von Studentenangelegenheiten und Fragen der Studienordnung war ein Vertreter der FDJ-Hochschulgruppe mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Rates der Fakultät hinzuzuziehen.

---

<sup>4</sup> In den Unterlagen wurde unter Vertragsforschung, die Forschungsvereinbarungen mit den Betrieben auf vertraglicher Grundlage verstanden.

In dem Rat der Fakultät konnten auch Vertreter aus solchen Einrichtungen, für die die Fakultät Fachkräfte ausbildete, berufen werden. Sie hatten beratende Stimme und bedurften der Bestätigung durch den Minister für Maschinenbau. Da sich am Ort der Hochschule das Zentrum der Schwermaschinenbaubetriebe befand, war es nicht schwer, geeignete Vertreter aus den Reihen der örtlichen Technischen Intelligenz zu finden.

Dem Rat der Fakultät oblagen die Aufgaben, wie z.B. die Leitung und Aufsicht über die Lehr- und Forschungstätigkeit der an ihr tätigen Wissenschaftler und der an ihr bestehenden Institute, die Wahl des Dekans und der Prodekane, dem Minister für Maschinenbau Vorschläge für die Berufung von Professoren und Dozenten zu unterbreiten und die Durchführung von Promotionen und Habilitationen.

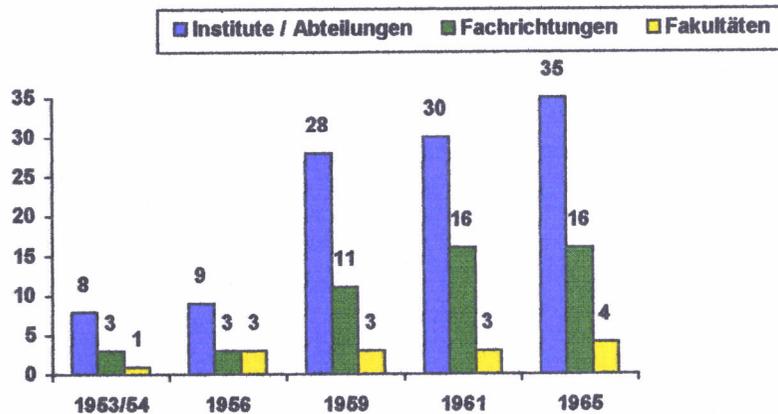
Mit der Entwicklung der Hochschule zur Ausbildung von akademischen Ingenieuren war die Bildung von Instituten notwendig. Es lag im Wesen der akademischen Lehre, die Erkenntnisse aus der eigenen Forschung zu vermitteln, während die in der Industrie bestehenden Forschungsinstitute vorwiegend auf die Verwendung ihrer gewonnenen Erkenntnisse in der Industrie gerichtet waren. Es wurden entsprechend dem Charakter der Hochschule in mehr oder weniger stärkerem Maße die Ergebnisse der Forschung der Industrie übermittelt.

Ein Hochschulinstitut gliederte sich in der Regel in mehreren Abteilungen, die innerhalb des Fachgebietes spezielle Richtungen vertraten. Der Institutsdirektor leitete gleichzeitig eine der Abteilungen. Der Abteilung stand ein Professor oder Dozent vor. Er hatte entsprechende Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter.

Die Aufgabe des Instituts bestand in der Durchführung der Lehre auf dem entsprechenden Fachgebiet zur Ausbildung von akademischen Ingenieuren, Forschungstätigkeit zu betreiben, die sowohl der Lehre als auch der industriellen Verwertung dient und in der Verbreitung neuer wissenschaftlicher Kenntnisse durch Veröffentlichungen, Kolloquien, Vorträge und Mitarbeit in Internationalen und Technischen Gremien zur Koordinierung der wissenschaftlichen Tätigkeit und zur Weiterentwicklung.

**/ Abbildung 5 /**

Abbildung 5: Übersicht über Institute, Abteilungen, Fachrichtungen und Fakultäten an der Hochschule



In Anerkennung ihrer Leistungen in Lehre und Forschung erhielt die Hochschule im am 10.05.1961 den Status einer " Technischen Hochschule " und zugleich den Namen, den sie heute noch führt, verbunden mit der Verpflichtung, Wissenschaft und Praxis in Lehre und Forschung eng zu verknüpfen.

### 3. Durchführung der Hochschulreform an der Technische Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg

#### 3.1 Ziele und Aufgaben der Hochschulreform

In der DDR wurde von mehreren Hochschulreformen gesprochen, der ersten, der zweiten, der dritten ... Ob es sich um mehrere Reformen handelte oder nicht eher ein Prozeß des Reformierens war, sei hier außer acht gelassen. Die Veränderungen in der allgemeinen gesellschaftlichen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen Entwicklung verlangten auch Veränderungen und Anpassungen im Bildungswesen und damit auch im Hochschulsystem. Anpassung ist hier keineswegs passiv gemeint. Die Programme, die in der DDR entwickelt wurden, waren durchaus als Programme zur aktiven Veränderung gemeint. Manche Idee konnte durchgesetzt werden, vieles wurde in der Realität korrigiert.

Zu Anfang dieses Kapitels soll eine kurze Ausführung über die ersten beiden Hochschulreformen erfolgen.

Als erste Hochschulreform auf dem Gebiet der damaligen SBZ ( später DDR ) wurden die Veränderungen im Zuge der Neueröffnungen der Universitäten und Hochschulen nach 1945 bezeichnet. Ihrem Charakter nach waren sie, was kein sinnloser Begriff war, antifaschistisch-demokratisch. Bereits das Wort " Neueröffnung " sollte Programm sein; Ziel war eine radikale Abgrenzung von der Zeit des Nazismus. Hochschullehrer wurden nicht wieder eingesetzt, wenn sie engagiert dem Naziregime gedient hatten; zugleich war das Bemühen stark, nicht oder nur wenig belastete Wissenschaftler für den Neuaufbau des Hochschulwesens zu gewinnen.

Diese Hochschulreform sollte die Voraussetzungen für die Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR schaffen. Um in kürzester Frist Arbeiter- und Bauernkinder an das Hochschulstudium heranzuführen, wurden Vorstudienanstalten gegründet, aus denen im Jahre 1949 die Arbeiter- und Bauernfakultäten hervorgingen.

Diese Anstalten waren dazu bestimmt, den bisher sozial benachteiligten, begabten jungen Menschen ein Sonderabitur und anschließend ein Studium zu ermöglichen.

Mit dieser Hochschulreform erfolgte die Einführung von Pflichtvorlesungen über Dialektischen und Historischen Materialismus sowie über Politische Ökonomie für Studenten aller Fachrichtungen. Damit wurde die Keimzelle zum späteren " Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium " gelegt.<sup>5</sup>

Auch wenn diese Vorlesungen zunächst weitgehend informativer Art waren - erst mit der zweiten Hochschulreform von 1951 / 1952 wurden sie zu einem Kernstück des Studiums überhaupt -, war damit ein Novum in der deutschen Universitätslandschaft instituiert: Gesellschaftswissenschaftliche Institute an allen Hochschulen, die sowohl hinsichtlich der Auswahl der Lehrkräfte als auch hinsichtlich des an ihnen herrschenden Geistes einen revolutionär - bolschewistischen Fremdkörper bildeten.<sup>6</sup>

Das Wesentlichste an der zweiten Hochschulreform - die im Grunde weit mehr, nämlich einen entscheidenden revolutionären Schritt darstellte - war die Schaffung einer starken Exekutive in Hochschulfragen. Diese wurde in Form des " Staatssekretariats mit eigenem Geschäftsbereich für Hochschulwesen ", d.h. praktisch als ein nur umfänglich kleineres Vollministerium,

<sup>5</sup> Ernst Richert: Sozialistische Universität: Die Hochschulpolitik der SED; Berlin 1967

<sup>6</sup> Egon Erwin und Marianne Müller: ... stürmt die Festung Wissenschaft; 1953; Seite 59 ff

dessen Chef Sitz und Stimme im Ministerrat hatte, bereits vier Wochen nach dem bahnbrechenden 4. ZK-Plenum<sup>7</sup> durch den formal nötigen Ministerratsbeschuß geschaffen.<sup>8</sup>

Zunächst wurde, mit dem 04.05.1951, die Einführung des jeweils im September beginnenden 10-Monate-Studienjahres verfügt, das Prüfungen und Berufspraktika einzuschließen hatte und dessen Ablauf im einzelnen durch zentrale Weisung festgelegt werden sollte.<sup>9</sup> Damit war zugunsten des sowjetischen Modells ein radikaler Bruch mit den traditionellen deutschen Semester-Studium vollzogen.

Es folgte dann zwischen dem 21.05. und dem Beginn des neuen Studienjahres eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Durchführung der ZK - Beschlüsse. Die Wesentlichsten von ihnen betrafen die Umgestaltung der Universitätsleitung / Hochschulleitung, die Aufstellung fester Studienpläne, die Reorganisation des Stipendienwesens und die Richtlinien zur Entwicklung der sogenannten Aspirantur.

Der VI. Parteitag der SED 1963 setzte die grundlegenden Maßstäbe für die weitere Gestaltung des Hochschulwesens in der DDR. Er bestimmte die Grundrichtung seiner weiteren Entwicklung, die im Prozeß der Ausarbeitung und Durchführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem in der dritten Hochschulreform<sup>10</sup> einmündete.

Auf diesem Parteitag wurde ein Programm zur planmäßigen Entwicklung des Sozialismus beschlossen.<sup>11</sup> Dieses Programm beinhaltete u.a. eine Umstrukturierung der Bildungslandschaft in der DDR. Diese wurde schon durch die Verabschiedung des Gesetzes über das einheitliche Bildungssystem durch die Volkskammer in Angriff genommen.<sup>12</sup> Die Veränderung war radikal, umfassend und durchgängig für alle Bildungsbereiche. Die Bildung wurde von Politik ( Staat und Partei ) und Ökonomie gleichermaßen erfaßt, gelenkt und kontrolliert.

<sup>7</sup> 4. ZK-Plenum 1951: Von diesem Zeitpunkt an nahm die „ Partei „ weitgehend die Umgestaltung des Hochschulwesens in die Hand

<sup>8</sup> Forum 5 / 1951

<sup>9</sup> Egon Erwin und Marianne Müller: ... stürmt die Festung Wissenschaft, 1953; Seite 230 - 252

<sup>10</sup> 3. Hochschulreform: Diese Bezeichnung wird in den weiteren Kapiteln der vorliegenden Arbeit als „ Hochschulreform „ bezeichnet.

<sup>11</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 1: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED, 1963; Seite 45 ff

<sup>12</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 8: " Gesetz über das einheitlichen sozialistischen Bildungssystems vom 25.02.1965; Seite 97 ff

Für die Hochschulreform war außer den entsprechenden Artikeln der Verfassung der DDR der 6. Teil des Bildungsgesetzes maßgebend, darunter speziell der Abschnitt 4 für die Umgestaltung der Hochschulen. So hieß es in § 52 ( 1 ), daß die Universitäten und Hochschulen " wissenschaftlich hochqualifizierte und sozialistisch bewußte Persönlichkeiten zu bilden und zu erziehen " haben. Bedeutsam war außerdem, daß die Ausbildung an Universitäten und Hochschulen " von den Erfordernissen der Wissenschaft, der Volkswirtschaft und der Gesellschaft " bestimmt wurden ( § 52 ( 2 ). Die Hochschulbildung baute konsequent auf " dem Niveau der Erweiterten Oberschule " ( § 52 ( 2 ), somit auf allen vorangegangenen Bildungsträgern auf. Der § 53 präzierte die Ausbildungsaufgaben der Universitäten und Hochschulen. Als wichtigste Punkte wurden hervorgehoben die Erziehung

- zum selbständigen wissenschaftlichen Denken
- zu einer hohen Arbeits- und Studienmoral
- zum gemeinsamen Handeln im sozialistischen Kollektiv
- zur Festigung des sozialistischen Staatsbewußtseins.

Dem Bildungsgesetz von 1965 folgten im Jahre 1966 die " Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR " <sup>13</sup>, die vom SHF erarbeitet worden waren. Sie bauten auf den Erfahrungen des Bildungsgesetzes auf ( **siehe Ausführungen unter Punkt 3.2** ). Dazu wurden öffentliche Diskussionen geführt, die von der IV. Hochschulkonferenz im Februar 1967 zusammengefaßt wurden.

Die Prinzipien behandelten vier Bereiche:

- I. Ausbildung und Erziehung der Studenten.
- II. Forschung.
- III. Profilierung.
- IV. Leitung der wissenschaftlichen Arbeit im Hochschulwesen.

Beim Abschnitt I handelte es sich zunächst um die gleichen Kriterien, die im Bildungsgesetz über die Einheit von Lehre und Erziehung, Einheit von Theorie und Praxis und Einheit von Lehre und Forschung festgelegt wurden. Für das Studium mit vier- oder fünfjähriger Dauer sah man vier Ausbildungsstufen vor: Grundstudium, Fachstudium, Spezialstudium und Forschungsstudium.

<sup>13</sup> Schriftenreihe Band 311- Studien zur Geschichte und Politik: Bildungspolitik in Deutschland 1945 - 1990, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1992

Der Abschnitt II: Weiterzuentwickeln war die Hochschulforschung auf der Grundlage der Perspektivpläne der naturwissenschaftlichen, technischen, landwirtschaftlichen, medizinischen und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in Übereinstimmung mit den Aufgaben und Zielen der Ausbildung und Erziehung.

Der Abschnitt III: Die Profilierung ergibt sich aus der Veränderung des Ausbildungsganges, der Wissenschaftsentwicklung und dem Prozeß der Konzentration und Kooperation der wissenschaftlichen Arbeit. Es sollten Grundlinien der Profile für Ausbildung und Forschung bis 1980 ausgearbeitet werden.

Der Abschnitt IV behandelte die geplante Umstrukturierung von Leitung und Organisation der Hochschulen, ihre Aufteilung in Sektionen und deren Aufgaben.

### **3.2 Vorbereitung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg in den Jahren 1964 / 1965 bis 1966**

Auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 gab der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Walter Ulbricht, den Anstoß zu einer umfassenden und tiefgreifenden Reform des Bildungswesens.<sup>14</sup> Er trug jedoch weder ein zusammenhängendes Konzept noch ein vollständiges Programm vor, sondern beschränkte sich darauf, " nur einige grundlegende Fragen " darzulegen und einige mögliche Lösungen zu skizzieren. Mit dem Hinweis auf die " Vielseitigkeit, die Neuartigkeit und Kompliziertheit der Probleme " schlug er vor, eine staatliche Kommission zu bilden, " die diese Probleme und Aufgaben in ihrem Zusammenhang berät und Grundsätze des einheitlichen Bildungssystems, der Lehrprogramme und Lehrbücher ausarbeitet ". Seitdem war die Gestaltung bzw. Entwicklung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems die globale Leitformel, mit der die Gesamtheit der Probleme und Lösungsversuche umschrieben wurde.

Der wesentliche Kern der Veränderungen und das eigentlich Neue lag in der Absicht, das Bildungswesen in der DDR auf die Anforderungen auszurichten, die sich mit dem immer stärkeren Eindringen von Wissenschaft und Technik in allen Lebensbereichen stellten. Es war die " objektive Gesetzmäßigkeit ",

<sup>14</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 1: " Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED ", Referat Walter Ulbrichts auf dem VI. Parteitag der SED vom 15. - 21.01.1963

die als wissenschaftlich-technischer Fortschritt oder als technische oder wissenschaftlich-technische Revolution bezeichnet wurde. Sie war die Ursache für die von Walter Ulbricht angesprochene Vielseitigkeit, Neuartigkeit und Kompliziertheit der Probleme.

Die Frage der Einheitlichkeit und Differenzierung des Bildungswesens war nur eines dieser Probleme, für die Lösungen gefunden werden mußten, die den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprachen.

Da die wissenschaftlich-technische Entwicklung nicht einem quasi gesellschaftsneutralen Selbstlauf überlassen, sondern unter Beachtung und Wahrung der ideologischen Determinanten gestaltet werden sollte, mußte auch das Bildungswesen dieser Forderung gerecht werden. Wenn die Anpassung an die wissenschaftlich-technische Revolution z.B. eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten, Neigungen und Begabungen verlangte, so sollte dies nicht die ideologische Erziehung und Bildung beeinträchtigen oder gar in Frage stellen.

Mit der Einordnung in die Aufgabenstellung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung war jedoch nicht eine Reduktion der faktischen Bedeutung verbunden. Sie schloß keineswegs aus, die "Meisterung" des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im allgemeinen Aufgabenkatalog an die erste Stelle zu rücken und diese Aufgabe als die primäre Ursache für die Notwendigkeit einer Bildungsreform darzustellen. Diese Tatsache läßt sich in allen Reformdokumenten erkennen, auch in dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25.02.1965. Dort heißt es in der Präambel: "Die Verwirklichung der historischen Aufgabe des Programms des Sozialismus, das der VI. Parteitag der SED beschlossen hat, die Meisterung der technischen Revolution und die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft, erfordert im Interesse der Gesellschaft und jedes einzelnen eine höhere Qualität unseres Bildungswesens, das einheitliche sozialistische Bildungssystems." <sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 8: "Gesetz über das einheitlichen sozialistischen Bildungssystems vom 25.02.1965; Seite 97 ff

Auch in der Bundesrepublik Deutschland sollte es zu Veränderungen im Bildungswesen geben. Dazu hatte der Wissenschaftsrat<sup>16</sup> am 14.05.1966 seine "Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen verabschiedet. Von Studenten waren sie als der Beginn einer technokratischen Hochschulreform aufgefaßt worden. Ihre Befürchtungen richteten sich vor allem auf das Disziplinierungsinstrument der befristeten Immatrikulation.

Aus den "Empfehlungen":<sup>17</sup>

" Man stellt es den Studierenden anheim, sich selbst einzuschätzen, verschiebt im übrigen die Auslese auf das Examen und findet das Risiko, in dem das Studium damit steht, durch den hohen Wert der akademischen Freiheit gerechtfertigt. Wenn dieses Verfahren sich auch in der Vergangenheit bewährt hat, so ist doch sicher, daß die wissenschaftliche Hochschule unter den heutigen und den künftigen Bedingungen des Studiums sich die bisherige Praxis fernerhin nicht leisten kann " ( Seite 19 ). " Der Wissenschaftsrat schlägt folgende Gliederung der Ausbildungsfunktionen der wissenschaftlichen Hochschulen vor:

das Studium für alle Studierenden, das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prüfung abschließt;

ein Aufbaustudium für Studierende, die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind;

ein Kontaktstudium, das als Angebot an im Beruf stehende Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen diesen die Möglichkeit geben soll, ihre wissenschaftliche Ausbildung in Abständen aufzufrischen " ( Seite 16 ).

" Die Begrenzung der Studienzeit hat zur Folge, daß die Studierenden nur für die Dauer des Studiums und der anschließenden Prüfung immatrikuliert werden und daß bei einer vierjährigen Studiendauer die Immatrikulation nach viereinhalb Jahren erlischt. Studienfachwechsel in der zweiten Phase des Studiums und zweimaliger Studienfachwechsel sollten seltene Ausnahmen sein, die besonderer Genehmigung bedürfen " ( Seite 29 ).

" Für das Aufbaustudium wird eine besondere Zulassung notwendig sein. Voraussetzung für sie ist der Abschluß des Studiums in einer der dafür vorgesehenen Formen [ ... ] . Ist die Examensnote nicht mindestens gut, so

<sup>16</sup> Begriffserklärung Wissenschaftsrat: 1957 von Bund und Ländern gegründete Einrichtung der Wissenschaftsförderung in der BRD

<sup>17</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. 1966.

sollte die Zulassung von einer Kollegialentscheidung abhängig gemacht werden " ( Seite 31 ).

In der Zeitschrift " Der Monat " im November 1966 veröffentlichte Prof. Jürgen Habermas, Universität Frankfurt am Main folgende Kritik: " Bislang haben die Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Struktur der bestehenden Universität kaum berührt. Seit 1960 sind zahlreiche neue Lehrstühle eingerichtet und die Stellen des Mittelbaus erheblich vermehrt worden. Dabei ging es um eine quantitative Anpassung des Ausbildungssystems an eine mittlerweile schnell gewachsene Zahl von Studierenden. Auch die konservativen Empfehlungen zur Neugliederung des Lehrkörpers ( 1965 ) dienten eher dem Ausbau der bestehenden Hochschulen als ihrer Reform: die alte Verteilung der Kompetenzen und Abhängigkeiten, also die Ordinarienuniversität, wurde mit geringfügigen Korrekturen noch einmal bestätigt. Nun hat aber der Wissenschaftsrat Vorschläge zu einer Neuordnung des Studiums vorgelegt, die, in die Praxis umgesetzt, unsere Universitäten von Grund auf umkrempeln müßten. "

Diese " Empfehlungen " wurden allerdings ohne vorherige Diskussion an den Hochschulen verabschiedet. Selbst die Westdeutsche Rektorenkonferenz gab keine Stellung dazu ab. Dafür kamen besonders aus der Studentenschaft schärfste Proteste. Sie fühlte sich von der bevorstehenden Reglementierung des Studiums bedroht. An der Freien Universität in Westberlin protestierten ca. 3000 Studierende in einem Sitzstreik gegen die restriktive Anwendung der Wissenschaftsrats-Empfehlungen. Und überall forderten Studentenorganisationen, keine organisatorischen Veränderungen ohne entsprechende soziale Sicherungen zu treffen. Eine Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften, der keineswegs immer besonders fortschrittlich auftrat, stellte in der Deutschen Universitätszeitung fest:

" [ ... ] eine reglementierende Intensivierung des Studiums benachteiligte die Studenten aus unteren sozialen Schichten [ ... ] Bekanntlich erhielt in den letzten Jahren nur ein Drittel der Studenten Zuschüsse [ ... ] aus öffentlichen Mitteln. Selbst die Höchstsätze dieser Zuschüsse liegen erheblich unter den Lebenshaltungskosten. "

Die Autoren folgern daraus: " Da in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik mit Sicherheit keine entscheidende Steigerung der öffentlichen Aufwendungen für die Hochschulen zu erwarten ist, müssen die Empfehlungen als ein Notstandsprogramm angesehen werden. " <sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> Deutsche Universitätszeitung, Jahrgang 1966, Heft 12

Diese und viele andere Stellungnahmen, auch von Wissenschaftlern, lassen deutlich werden, daß es sich bei den Empfehlungen nicht um eine Hochschulreform oder etwa einen Teil einer solchen handelt, die sich auf die Massen der Wissenschaftler und Studenten stützen könnte.<sup>19</sup>

Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD spielte die Studentenschaft eine ernst zu nehmende politische Rolle. In dem Artikel " Studenten auf Kollisionskurs " stellte Kurt Sontheimer fest: " Nach dem 02. Juni 1967 " ( Student Ohnsorg wurde bei einer Demonstration in Berlin von einem Polizisten in Zivil erschossen ) " ist die Studentenschaft nicht nur an der Berliner Universität, sondern Dank der Berliner Studenten die der gesamten Bundesrepublik zu einem Faktor der deutschen Innenpolitik geworden. Die Parteien des Bundestages beeilten sich plötzlich, mit den Vorsitzenden der Studentenausschüsse zu diskutieren; Kiesinger ließ es sich ebensowenig nehmen wie Willy Brandt, zu den Studenten zu sprechen. [ ... ] Da der Prozeß der Politisierung der akademischen Jugend zwar von Hochschulproblemen ausgegangen, aber inzwischen längst über diesen Rahmen hinausgedrungen ist, kann er durch eine Reform der Hochschule, falls sie angesichts der Lethargie dieser Institution überhaupt tiefgreifend genug sein könnte, nicht zurückgedämmt werden. "<sup>20</sup>

Die 1964 vorgelegten " Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ( Entwurf ) " waren zwar bei der Bestimmung des Inhalts, der Struktur und des Umfangs des Bildungssystems " auf den Stand gerichtet ", den die DDR " mit der Erfüllung ihrer Perspektivpläne bis 1970 und 1980 erreichen wird "<sup>21</sup>, aber sie wurden diesem Anspruch in wesentlichen Fragen nicht gerecht.

Mit der Verkündung des " Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystems " vom 25.02.1965 begann eine neue Entwicklungsphase des Hochschulwesens in der DDR. Es wurde damit die " 3. Hochschulreform in der DDR " eingeleitet. In der Einleitung des Bildungsgesetzes stand:

" Die DDR ist in das neue, sozialistische Zeitalter eingetreten. [ ... ]

Die Verwirklichung der historischen Aufgaben des Programms des Sozialismus, das der VI. Parteitag der SED beschlossen hat, die Meisterung der technischen Revolution und die Entwicklung der sozialistischen Gemein-

<sup>19</sup> Schramm, Hilde: Hochschule im Umbruch. Berlin 1993.

<sup>20</sup> Sontheimer, Kurt: Studenten auf Kollisionskurs. In " Merkur ", Heft 233. August 1967. Seite 701 f.

<sup>21</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 4: " Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ( Entwurf ) vom 16.04.1964; Seite 61 ff

schaft, erfordert im Interesse der Gesellschaft und jedes einzelnen eine höhere Qualität unseres Bildungswesens, das einheitliche sozialistische Bildungssystem. "

Diese Reform, die allerdings erst in den Jahren 1967 / 1968 richtig in Gang kam, sollte vor allem die Effektivität von Forschung und Ausbildung verbessern sowie eine stärkere Verbindung der Hochschulen mit der Wirtschaft bewirken ( Bildungsgesetz § 55 ff ).

Die Technische Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg konnte im Jahr 1965 bereits auf ein zwölfjähriges Bestehen zurückblicken und hatte sich in dieser Zeit zu einer im In- und Ausland anerkannten und geachteten Bildungsstätte entwickelt. Die in jenem Jahr auf dem Gebiet des Hochschulwesens zur Diskussion gestellten Prinzipien und Entwürfe zur Umgestaltung des Studiums, die auf dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem basierten, waren auch für die weitere Entwicklung der Technischen Hochschule, an der im Jahre 1965 der Perspektivplan für den Zeitraum 1965 bis 1970 erarbeitet, diskutiert und bestätigt worden war, von entscheidender Bedeutung.

Um den Bedingungen der Volkswirtschaft gerecht werden zu können, wurde eine Überprüfung der zum Teil noch praktizierten konservativen Ausbildungsmethoden erforderlich, die eine inhaltliche und methodische Umgestaltung des Studiums zur Folge haben mußte. Da auch in quantitativer Hinsicht durch die technische Revolution an die Hochschulen stärkere Anforderungen gestellt wurden, mußte auch eine Verkürzung des Studiums angestrebt werden, ohne, daß darunter das Ausbildungsniveau litt.

Um diese wichtigen und schwierigen Aufgaben in Angriff nehmen zu können, wurde am 19. 05.1965 vom Senat eine Senatskommission unter Vorsitz von Prof.Dr.-Ing. habil. W. Rößner gebildet.<sup>22</sup> Diese Kommission erarbeitete auf der Grundlage der Thesen des SHF über den Ablauf des Direktstudiums sowie des Perspektivplanes der THM " Prinzipien neuer Studienpläne in Zusammenhang mit der inhaltlichen Umgestaltung des Studiums ", die im Dezember 1965 vorgelegt und am 19.01.1966 vom Senat für die Diskussion in den Fakultäten bestätigt wurden. Diese Prinzipien beinhalteten die Modellvorstellungen der THM zur konkreten Realisierung der Umgestaltung des

---

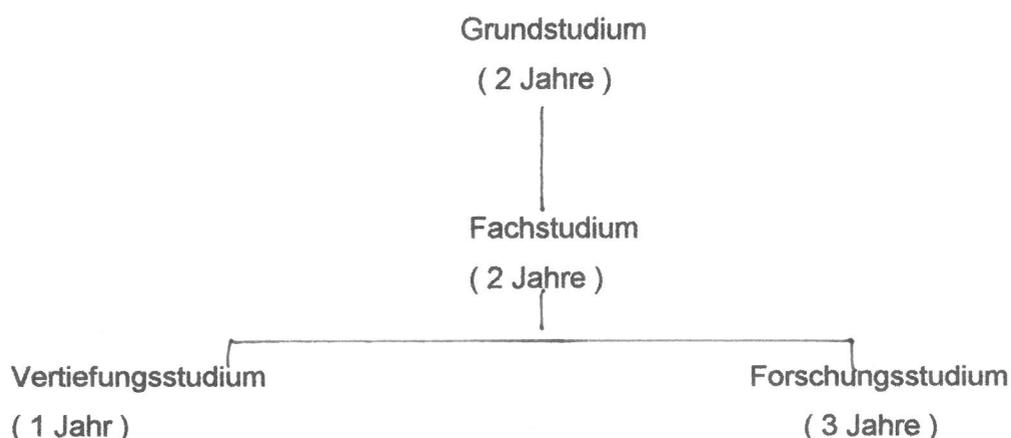
<sup>22</sup> UA TUMD: A 81 - Senatskommissionen 1965 - 1967

Studiiums, die u.a. wie folgt aussahen:

1. Aufbau des Studiums: Das Studium sollte sich in drei Abschnitte gliedern ( Grundstudium, Fachstudium, Vertiefungs- und Forschungsstudium ).
2. Inhaltliche Gestaltung des Studiums: Die aufzunehmenden Lehrveranstaltungen im Studienplan sollen vom Berufsbild des auszubildenden Diplomingenieur bestimmt werden. Bei der Aufstellung von Studienplänen sollte man von der effektiv möglichen Belastung der Studierenden ausgehen.
3. Organisation, zeitlicher Ablauf und Prüfungen.
4. Zum Aufbau der Studienpläne.

Im Maßnahmeplan der Technischen Hochschule Magdeburg zur Durchsetzung der Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR wurde am 4. März 1966 festgestellt, daß die Wissenschaftler der Hochschule den Vorschlägen des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen aufgeschlossen gegenüberstanden. Eine gute Voraussetzung dazu schufen die auf Initiative der Hochschulparteilitung und des Senats seit Anfang des Jahres 1965 eingeleiteten Maßnahmen und Diskussionen zur inhaltlichen und organisatorischen Umgestaltung des Studiums.

Nach diesen Prinzipien wurde das Studium für eine Dauer von  $4 \frac{3}{4}$  Jahren konzipiert und untergliederte sich wie folgt:



Als gänzlich neues Element, das sich unmittelbar aus dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem ableitete, kann in diesem Zusammenhang das Forschungsstudium betrachtet werden, das besonders befähigte Studierenden nach individuellen Studienplänen zur Promotion führte.

Studierenden konnten bereits nach dem 4. Studienjahr, ohne ihre Diplomarbeit fertiggestellt zu haben, in das Forschungsstudium überwechseln. Während dieses Studiums mußte aber das Diplom erworben werden. Das Thema korrespondierte meistens mit den zu bearbeitenden Forschungsthema. Die darauffolgende Promotion baute dann auf die abgeschlossene Diplomarbeit auf.

Um die selbständige studentische Arbeit zu fördern, aber auch gleichzeitig den Studierenden die Möglichkeit zu geben, einzeln und im Kollektiv sich mit der wissenschaftlichen Arbeitsweise vertraut zu machen, wurden für den Grundstudienplan ein großer prozentualer Anteil an Übungen und Seminaren angestrebt. Um eine Einheit von Lehre und Forschung zu garantieren, war vorgesehen, die Studierenden durch Übungen und Belege in die Forschungsarbeit der Institute einzubeziehen.

Es sei bemerkt, daß auch der Perspektivplan der THM bis 1970<sup>23</sup>, der am 17. März 1965 bestätigt wurde, bereits wichtige Elemente zur Umgestaltung des Studiums enthielt, die aus den Grundsätzen abgeleitet worden waren. Da wären u.a. zu nennen:

1. Fachliche Ausbildung der Studierenden durch eine gute Allgemeinbildung zu ergänzen und vor allem den Inhalt dieser Allgemeinbildung näher zu bestimmen.
2. Umgestaltung des Ingenieurstudiums: Vertiefung der Ausbildung in den naturwissenschaftlichen, technischen, technologischen und ökonomischen Grundlagen ( Grundstudium ) mit der speziellen Fachausbildung; stärkere Praxisverbundenheit des Hochschulstudiums.
3. Aufbau einer Fakultät für Gesellschaftswissenschaften: damit sollte eine enge Zusammenarbeit zwischen den naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Disziplinen in Lehre und Forschung erreicht werden. ( Gründung erfolgte am 27.05.1968 )<sup>24</sup>
4. Aufbau einer Fakultät für Elektrotechnik ( Gründung erfolgte am 05.05.1965<sup>25</sup> ).
5. Um die Zweigleisigkeit in der Ausbildung der Pädagogen zu vermeiden sollte die Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut verstärkt werden.

<sup>23</sup> UA TUMD: A 9 - Perspektivplan der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg

<sup>24</sup> SH " 12.06.1968 "

<sup>25</sup> UA TUMD: A 9 - Senatssitzung am 05.05.1965; SH vom 10.05.1965

Mit dem Bildungsgesetz sollte auch das Fernstudium umgestaltet werden. Der § 52 legte fest: " Die Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen wird bestimmt von den Erfordernissen der Wissenschaft, der Volkswirtschaft und der Gesellschaft. Sie baut auf dem Niveau der erweiterten Oberschule auf. Sie erfolgt im Direkt-, Fern- und Abendstudium. "

Zu Beginn des Jahres 1965 bestanden an der THM ( Außenstellen: Dresden, Schwarza, Eisenhüttenstadt ) zwei Formen des Fernstudiums<sup>26</sup> :

a) "normales" Fernstudium (ab 1962 wurde nur diese Form immatrikuliert):

Dauer: 7 1/2 Jahre davon:  
 - 4 Jahre Unterstufe Grundausbildung  
 - 3 Jahre Oberstufe Spezialausbildung  
 - 1/2 Jahr für die Anfertigung der Diplomarbeit und Ablegung der Staatsexamensprüfung

b) "intensiviertes" Fernstudium (nur 1959 - 1961 immatrikuliert):

Dauer: 5 1/2 Jahr davon:  
 - 3 Jahre Unterstufe Grundausbildung  
 - 2 Jahre Oberstufe Spezialausbildung  
 - 1/2 Jahr für die Anfertigung des Großen Beleges und der Diplomarbeit

Obwohl sich das " intensivierte" Fernstudium gegenüber dem " normalen " Fernstudium hinsichtlich zahlreicher Kriterien als vorteilhaft (bessere Studienergebnisse, weniger Exmatrikulationen u.a.) erwies, war der Einzugsbereich der Bewerber beim " intensivierten" Fernstudium eng begrenzt, da die Studierenden wöchentlich 2 Tage unmittelbar zum Hochschulort fahren mußten.

Schon während der Diskussion über den Entwurf des Bildungsgesetzes von 1964 wurde die Hauptabteilung Fernstudium der THM mit der Ausarbeitung einer neuen Form des Fernstudiums beauftragt. Der Vorschlag für eine neue, einheitliche Studienform im Fernstudium an der THM konnte bereits am 13.01.1965 dem Senat vorgelegt werden.<sup>27</sup> Schon ab September 1965 wurden 155 Studierende für diese neue Form, die eine Kombination der beiden bisherigen Formen des Fernstudiums darstellte, neu immatrikuliert.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> UA TUMD: A 9 - Senatssitzung am 13.01.1965 :Vorschlag für eine neue einheitliche Studienform im Fernstudium der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg, 15.01.1965

<sup>27</sup> UA TUMD: A 9 - Senatssitzung am 13.01.1965

<sup>28</sup> SH vom 13.09.1965

## c) neue Fernstudienform

- Dauer: 5 1/2 Jahre mit anschließendem Diplomsemester davon:
- 3 Jahre Unterstufe Grundausbildung ( wöchentlich 2 Tage Vorlesungen und Übungen in Magdeburg oder in den Außenstellen )
  - 2 1/2 Jahre Oberstufe Spezialausbildung ( jährlich 3 Seminarkurse zu je 14 Tagen )
  - 1/2 Jahr Diplomarbeit und Staatsexamensprüfungen.

Es war versucht worden, die Vorteile der bisherigen Formen zu vereinen und zu ergänzen sowie mögliche Nachteile auszuschalten. Die neue Fernstudienform ermöglichte, einen wesentlich größeren Kreis von Bewerbern als bisher dem Fernstudium zuzuführen; denn die Grundausbildung ( Unterstufe ) erfolgte durch die Anleitung und Kontrolle der jeweiligen zuständigen Institutsdirektoren in den Außenstellen. Zu diesem Zweck wurden geeignete Arbeitsunterlagen erarbeitet und übergeben, die auf Weisung und unter Anleitung des verantwortlichen Institutsdirektors den Ausbildungsstoff vermittelten und die dazugehörigen Übungen durchführten.

Die neue Fernstudienform war somit auch eine wichtige Voraussetzung für die Vergrößerung des Einzugsbereiches der THM, so daß wesentlich mehr Bewerber gewonnen werden konnten, z.B. aus den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg und Potsdam.

An der THM studierten im Jahre 1966 822 Fernstudenten und 2 950 Direktstudenten. Die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Diplomverfahren betrug im Direktstudium 213 und im Fernstudium 68.

In den Diskussionen über das einheitliche sozialistische Bildungswesen wurde der Frage der Einheit von Ausbildung und Erziehung besondere Beachtung geschenkt, da eine wesentliche Aufgabe darin bestand, die Studierenden nicht nur in fachlicher sondern auch in politisch-moralischer Hinsicht auszubilden und zu erziehen.

Die marxistisch-leninistische Erziehung, die schon mit der 1. Hochschulreform, welche unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus durchgeführt wurde (siehe unter Ausführungen 3.1), eingeleitet wurde, sollte neu geordnet werden. Ein Teil der Lehrkräfte fühlte sich mehr für das hohe wissenschaftliche Niveau der Lehrveranstaltungen verantwortlich, als

für die Erziehung der Studierenden auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus. Ihre Auffassung war, daß diese Erziehung die Angelegenheit der FDJ, der Partei und des Instituts für Marxismus-Leninismus sei. Man machte daher die Lehrkräfte verantwortlich, daß ein Teil der Studierenden wenig Freude am Lernen und wenig Begeisterung für seine beruflichen Aufgaben zeigte, denn das Studium sollte als " gesellschaftliche Aufgabe " angesehen werden.

Um u.a. diesem " Mangel ", wie es die Hochschulparteileitung bezeichnete, zu beseitigen, gab sie im Juni 1965 " Gesichtspunkte zur einheitlichen und methodischen Umgestaltung des Studiums an der TH Magdeburg "<sup>29</sup> heraus. Für alle wissenschaftlichen Kräfte sollte die Teilnahme an einer bestimmten Form marxistisch-leninistischer Aus- und Weiterbildung zur Verpflichtung werden und dementsprechend durch die staatliche Leitung mit Unterstützung der Partei und der Massenorganisationen durchgesetzt werden. Ein weiteres Problem, was aus den " Gesichtspunkten " der HPL hervor ging, waren die vielen vorzeitigen Exmatrikulationen. Bereits im Perspektivplan wurde diesem Problem eine große Beachtung geschenkt. Zur Senkung der vorzeitigen Exmatrikulationen gab der Perspektivplan mehrere Angaben vor, u.a. die Vervollkommnung und Intensivierung der Betreuer Tätigkeit, die Einführung von Prüfungsbefreiungen bei beständigen und exakt kontrollierbaren Leistungen, die Durchsetzung eines echten Leistungsprinzips in der Studienordnung, die pädagogische Betreuung der Studierenden in den Wohnheimen, die intensive Verbindung von Angehörigen des Lehrkörpers und der Studentenschaft zu den erweiterten Oberschulen des Bezirkes, um die Studienbewerbung zu intensivieren.

Als eine wesentliche Aufgabe wurde die Verbesserung der Betreuer Tätigkeit erkannt. Der Betreuung des ersten Studienjahres sollte besondere Beachtung geschenkt werden, um den Studierenden den Übergang von der Oberschule zur Hochschule zu erleichtern. Mit dieser Problematik setzte man sich intensiv auf der Hochschulgruppenleitungssitzung der FDJ am 26. Mai 1965 auseinander (Thema: Fragen der Betreuung des ersten Studienjahres und Verbindung zu den Fachrichtungsinstituten ).

Auf der Grundlage der Empfehlung der Fakultät für Maschinenbau zur Tätigkeit der Betreuerassistenten vom 13. Juli 1965 erarbeiteten die Prorektorate für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für Studienangelegenheiten im Jahre 1965 Hinweise und Richtlinien für die Betreuer Tätigkeit

---

<sup>29</sup> UA TUMD: A II.2.1. 4

an der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg, die am 01.12.1965 herausgegeben wurden. Diese fixierten die Rechte und Pflichten der Betreuerassistenten. Ein vom jeweiligen Fachinstitut benannter Assistent war für eine zur Fachrichtung gehörende Seminargruppe verantwortlich. Jeder Betreuerassistent übernahm grundsätzlich nur eine Seminargruppe. Der Fachrichtungsleiter unterstützte und kontrollierte die Arbeit der Betreuerassistenten und wertete die Ergebnisse regelmäßig in Fachrichtungssitzungen aus. Die Betreuerassistenten waren dem Fachrichtungsleiter rechenschaftspflichtig. Die Tätigkeit der Betreuerassistenten erstreckte sich im allgemeinen nur auf die ersten 6 Semester. Er sollte Erzieher, Lehrer, Freund und Helfer der Studierenden sein. Die Hauptaufgabe eines Betreuerassistenten war die Herstellung einer engen Verbindung zwischen der Fachrichtung und ihren Studierenden. Auf der Basis persönlicher Kontakte sollte vorwiegend außerhalb des planmäßigen Lehrbetriebes Einfluß auf den Bildungs- und Erziehungsprozeß einer Seminargruppe genommen werden. Der Betreuerassistent war schon mit Beginn der Bewerbung für die Studierenden zuständig. Sie wirkten auch bei Beurteilungen, bei Disziplinarverfahren, bei vorzeitigen Exmatrikulationen und bei der Vergabe von Leistungsstipendien mit.

Für den Assistenten bedeutete diese Tätigkeit eine zusätzliche Belastung, den dieses hatte er neben seiner eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit zu erfüllen. Jeder Assistent mußte aber für seine Promotion den Nachweis einer Erzieher Tätigkeit erbringen und diese Betreuer Tätigkeit in den unteren Studienjahren konnte als solche anerkannt werden.

Ein wichtiger Bestandteil der inhaltlichen und methodischen Umgestaltung des Studiums stellte die gesetzliche Einführung des Ingenieurpraktikums dar, welches 1965 erstmalig durchgeführt wurde. Als günstig erwies sich, daß das in der Regel 6-monatige Praktikum nicht an das Ende des Studienablaufes gelegt wurde, sondern in das 5. Studienjahr. Dadurch konnten nach dem Praktikum die erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten in einem weiteren Studienabschnitt an der THM theoretisch vertieft werden. Durch diese Änderung der bisherigen Oberstufenausbildung machten sich Übergangslösungen erforderlich, die bereits den neuen Forderungen angepaßt waren. Neu war, daß das Thema des Großen Beleges in der Regel zwischen Praktikumsbetrieb und TH abgestimmt wurde, während des Ingenieurpraktikums in der Praxis studiert und in Zusammenhang mit der Hochschule beendet werden konnte. Es kam in dieser Ausbildungsphase besonders

darauf an, technisch und ökonomisch sinnvolle und nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gut durchdachte Aufgaben zu stellen, um die Belegarbeiten anschließend möglichst in die Praxis umzusetzen. Es wurde angestrebt, vorwiegend Komplexaufgaben zu vergeben, um damit die Kollektivarbeit zu fördern.

In Verbindung mit der Vorbereitung und Durchführung des Ingenieurpraktikums kamen zahlreiche Vereinbarungen und Verträge zwischen der Industrie und der THM zustande. Am 06. Januar 1965 wurde ein Vertrag zwischen der THM und der VVB Ausrüstungen für die Schwerindustrie und Getriebebau über die Durchführung des Ingenieurpraktikums - ein erstmalig in dieser Form existierender Vertrag - abgeschlossen.<sup>30</sup> Darin wurde u.a. festgestellt, daß durch die Erhöhung der Anzahl der Hochschulkader die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität mit erreicht werden kann und die THM und die VVB die gemeinsame Aufgabe haben, wissenschaftliche Fachkräfte heranzubilden.

Die 1965 veröffentlichten "Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR"<sup>31</sup> und das im selben Jahr von der Volkskammer beschlossene "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem" schufen die ersten Voraussetzungen für die 3. Hochschulreform, deren Aufgabe darin bestand, "die wissenschaftliche Arbeit der Universitäten und Hochschulen planmäßig mit dem Reproduktionsprozeß der Betriebe in den Kombinat der VVB zu verbinden und leistungsfähige, auf die strukturbestimmenden Aufgaben gerichtete Kooperationen bei voller Selbständigkeit der Partner zu schaffen."<sup>32</sup>

Das bedeutete, daß eine inhaltliche Neugestaltung der Ausbildung, die Einheit von forschungsbezogener Lehre und wissenschaftlich-produktivem Studium und die Konzentration des wissenschaftlichen Potentials auf Schwerpunktaufgaben erforderlich war.

Zur Durchführung dieser Aufgaben mußte die Leitungsstruktur der THM umgestaltet werden. Die neue Leitungsstruktur sah die Bildung von Sektionen, eines Gesellschaftlichen Rates und eines Wissenschaftsrates vor. Eine bestimmte Anzahl von Lehrstühlen und Instituten sollte zu einer Sektion zusammengefaßt werden, wodurch die Bearbeitung ganzer Wissenschafts-

<sup>30</sup> SH vom 18.01.1965

<sup>31</sup> Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, Dezember 1965.

<sup>32</sup> Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin 1970.

gebiete ermöglicht wird. Die Sektionen bildeten dann die selbständigen Verwaltungseinheiten an der Hochschule. Sie waren dann die entscheidene Struktureinheit zur Organisation und Durchführung der Ausbildung, Erziehung, Weiterbildung und Forschung an der Hochschule. Durch die komplexe Zusammenfassung des wissenschaftlichen Potentials von Instituten, Abteilungen und Arbeitsgruppen eines oder verschiedener Wissenschaftsgebiete sollte die Effektivität in der Forschung, der Ausbildung und Erziehung erhöht werden.

Der Wissenschaftsrat sollte in Fakultäten<sup>33</sup> gegliedert werden, da die Fakultät kein Leitungsgremium war, sondern eine Einheit des Wissenschaftsrates, die nach Querschnittsgesichtspunkten gegliedert werden. Sie sollte sich dann nicht mehr mit Verwaltungsfragen beschäftigen, sondern sich schwerpunktmäßig auf Fragen wie Berufungen, Durchführung von Promotions- und Habilitationsverfahren, Koordinierung der Studienprogramme u.s.w. orientieren können.

Nachdem bereits auf der Rektorenkonferenz am 01.11.1965 in Jena die Frage der Bildung von Sektionen aufgeworfen worden war, wurde diese Problematik auch auf der Senatssitzung am 24.11.1965 diskutiert und vom Senat für richtig befunden.<sup>34</sup> Es sollten weitere Beratungen auf allen Ebenen der THM

durchgeführt werden. Es mußte darauf geachtet werden, daß bei der Diskussion über die Bildung von Sektionen in erster Linie von der inhaltlichen Frage und der weiteren Umgestaltung des Studiums ausgegangen wird.

Eine besondere Aktivität bewies dabei die Fakultät für Maschinenbau, die bereits Anfang 1966 eine Konzeption zur Bildung einer Sektion " Maschinenbau- und Stahlbau für Fördertechnik, Bau- und Aufbereitungsmaschinen " erarbeitete.<sup>35</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren Fragen der Zusammenarbeit von Fakultät und Sektion und andererseits der Sektion mit Instituten anderer Fakultäten noch nicht geklärt.

Eine starke Profilierung erhielt die THM im Rahmen der Staatsplanaufgabe, die die THM zum Schwerpunkt für die Ausbildung von Kadern für den Chemieanlagenbau bestimmte und sich besonders auf die Fakultät für Chemie und Energie bezog. Zu diesem Zweck wurde für die wesentlichsten Fachrichtungen in dieser Fakultät eine Grundkonzeption erarbeitet, die

<sup>33</sup> Begriffserklärung Fakultät: an einer Hochschule der Zusammenschluß eines Wissenschaftsgebiets zu einer Körperschaft unter Leitung eines Dekans, heute z.T. in die kleineren Fachbereiche gegliedert.

<sup>34</sup> UA TUMD: A 9 - Senatssitzung am 24.11.1965

<sup>35</sup> Bericht über die Arbeit der Fakultät für Maschinenbau in der Zeit vom 01.04. 1964 bis 15.09. 1966

bereits im Perspektivplan berücksichtigt, dem Senat vorgetragen und in einer wissenschaftlichen Konferenz mit Vertretern der Industrie durchgearbeitet wurde.<sup>36</sup>

Die Grundlage für die Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR im Zeitraum um 1966 bildeten die Beschlüsse des VI. Parteitages der SED und das Gesetz über das einheitlich sozialistische Bildungssystem.

Auch die 1965 veröffentlichten "Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR" waren für die im Jahre 1966 durchgeführten hochschulpolitischen Maßnahmen bestimmend. Die wichtigsten in den "Prinzipien" enthaltenen Gesichtspunkte waren u.a., die Neugliederung der studentischen Ausbildung in das Grund-, Fach-, Spezial- und Forschungsstudium, die Vorschläge für neue Leitungsstrukturen und die Erhöhung des Forschungspotentials der Hochschulen gegenüber dem Gesamtforschungspotentials der DDR bis 1970 auf 41%.

Eine wichtige, zu Beginn des Jahres 1966 durchgeführte Maßnahme, die eine weitere Verbesserung des Hoch- und Fachschulwesens zum Ziel hatte, war die am 25.01.1966 erfolgte Konstituierung des Hoch- und Fachschulrates der DDR. Seine Aufgabe bestand in der Beratung des SHF in allen grundsätzlichen Fragen. Dem Rat gehörten hervorragende Vertreter der Forschung und der Praxis an. Von der THM wurden in den Hoch- und Fachschulrat berufen: Prof.Dr.-Ing. Kurth, Rektor der THM und Doz.Dr.-Ing. Montag, Mitglied der Fakultät für Maschinenbau.

Charakteristisch für die Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR war das sowohl ständige Streben nach Erhöhung der Qualität der Ausbildung als auch die Bemühung, den wachsenden Bedarf der Industrie an Hochschulkadern zu befriedigen. Hierzu war die Vergrößerung des Lehrkörpers an der Hochschule erforderlich. Das SHF gab am 25.10.1966 eine Anweisung zur Errichtung und Neubesetzung von Professuren an den Universitäten und Hochschulen, die dem SHF unterstellt sind, heraus. Darin hieß es: "Die Durchsetzung der "Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR" stellen an die Leitungen der Universitäten und Hochschulen höhere Anforderungen hinsichtlich der

---

<sup>36</sup> UA TUMD: A 9 - Senatssitzung am 19.05.1965

wissenschaftlichen Führungstätigkeit. Besondere Bedeutung kommt der schrittweisen geplanten proportionalen Entwicklung der Fachgebiete zu. Die Berufung von Hochschullehrern ist daher entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen, in Übereinstimmung mit dem Perspektivplan der Hochschule und der im Volkswirtschaftsplan gegebenen Möglichkeiten vorzunehmen. [ ... ] In Änderung der bisherigen Verfahrensweise bei Berufungen von Professoren sind auf der Grundlage der den Einrichtungen vorgegebenen Planzahlen Anträge zur Errichtung und Neubesetzung der Professuren zu stellen. Die Errichtung und Neubesetzung der Professuren erfolgt auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes der Einrichtung. " <sup>37</sup>

An der THM wurden im Jahre 1966 sechs Professoren und drei Dozenten berufen. Die Zusammensetzung der an der THM tätigen Mitarbeiter im Jahre 1966 sah so aus:

1. Professoren, Dozenten, Lektoren	78 Personen
2. Oberassistenten, Assistenten	195 Personen
3. Verwaltungs- und Hilfspersonal	650 Personen
4. Forschungspersonal	78 Personen.

Zur weiteren Durchführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wurde eine neue Prüfungsordnung für die Universitäten und Hochschulen erarbeitet, die am 01.04.1966 in Kraft trat. <sup>38</sup> Sie galt für alle Studienformen und löste die in den Jahren zuvor praktizierte " vorläufige Rahmenprüfungsordnung " ab. Der neuen Prüfungsordnung zufolge konnten die Prüfungen jetzt durch andere Formen der Leistungskontrolle ersetzt werden. Es wurden auch Komplexprüfungen möglich. Die Gesamtnoten als allgemeingültige Grundlage der Bewertung mußten keine reine mathematische Berechnung sein. Zugleich wurde eine Regelung zur Auszeichnung guter fachlicher und gesellschaftlicher Leistungen geschaffen. Die Fristen für Wiederholungsprüfungen wurden neu festgelegt und die Bildung von Prüfungsausschüssen neu geregelt.

Es wurde immer wieder betont, daß die Verantwortung des Hochschullehrers sehr hoch ist und immer wieder beachtet und darauf hingewiesen werden muß. Aus § 3 ( 2 ) der Prüfungsordnung: " Der Lehrkörper hat durch die kontinuierliche Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus von Ausbildung und Erziehung, durch ständige Leistungskontrollen und durch die systema-

<sup>37</sup> UA TUMD: A 11 - Senatssitzung vom 14.12.1966

<sup>38</sup> Büchner, Uher, Die neue Prüfungsordnung für Universitäten und Hochschulen, Das Hochschulwesen 1966, S. 330 - 334

tische Anleitung der Studierenden die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Prüfungen mit besten Ergebnissen abgelegt werden. "

An diesem § 3 wurde sichtbar, wie durch Eingriff der Partei versucht wurde, dem Lehrkörper die alleinige Schuld am Versagen bzw. Unvermögen der Studentenschaft zu geben. Denn man war wohl der Meinung, daß durch eine Nomenklatur der Erfolg erzwungen werden konnte. Es kann nicht angehen, daß der Lehrkörper an schlechten Studienleistungen gemessen wird.

Die Aufgaben, vor denen alle Hochschulen der DDR in dieser Zeit standen, waren auch Gegenstand der Bemühungen an der THM. Unmittelbare Grundlage für die Arbeit an der THM waren die " Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen der DDR ". Im Zuge ihrer Verwirklichung wurden an der THM Maßnahmen durchgeführt, um die Entwicklung zu einer sozialistischen Hochschule vollziehen zu helfen.

Anläßlich des bevorstehenden VII. Parteitag der SED und der IV. Hochschulkonferenz wurde auch an der THM Bilanz gezogen und festgelegt, welche konkreten Maßnahmen erforderlich waren, um die von der Partei und Regierung in den offiziellen Dokumenten gesteckten Ziele zu erreichen.

Dem Senat der THM wurde deshalb am 14.12.1966 der erste Entwurf einer von vier Arbeitsgruppen erarbeiteten Konzeption vorgelegt, die der schrittweisen Verwirklichung der " Prinzipien " unter Berücksichtigung der Rationalisierungskonzeption des SHF der THM diene.

Diese Konzeption wurde in vier Komplexe gegliedert, in Ausbildung und Erziehung, Forschung, Leitungstätigkeit und Rationalisierung der Hochschulverwaltung.

" Die Ausbildung und Erziehung sollte so erfolgen, daß die auszubildenden wissenschaftlich-technischen Kader, die Aufgaben der Rationalisierung in der Praxis meistern. Die erforderliche Entwicklung von Ausbildung und Erziehung mußte die ständige Arbeit zur Lösung bestimmter Aufgabenkomplexe beinhalten, u.a. die Profilierung und Bestimmung der Entwicklungstendenzen der Fach- und Studienrichtungen ( ausgehend von der Prognose von Wissenschaft und Technik ) an der THM sollte Voraussetzung zur Kaderentwicklung sein. Dazu wurden Untersuchungen zur Profilierung und Bestimmung der Entwicklungstendenzen für die Fakultäten zugeordneten bestehenden bzw. neu zu entwickelnden Fachrichtungen und Studienrichtungen gefordert, gleichzeitig auch Untersuchungen zur

Entwicklung des postgradualen Studiums und der sonstigen Weiterbildung für die im Fakultätsbereich vertretenden Fachgebiete.

Ausgehend von der Profilbestimmung der THM insgesamt sollten in Übereinstimmung mit dem Perspektivplan die planmäßig zu erreichenden Profilierungen der Fakultäten und Institute festgelegt werden.

Die Forschung sollte die Belange der Rationalisierung sowie bei den laufenden als auch bei der Aufnahme neuer Forschungsthemen berücksichtigen. Dazu sollte, nach bestimmter Vorgabe, eine Analyse für 1967 in jeder Forschungs- und Entwicklungsstelle erstellt werden.

In der Leitungstätigkeit wurde eine Erhöhung der Verantwortung eines jeden staatlichen Leiters und eine objektive wissenschaftliche Leitungstätigkeit gefordert, d.h. eine Verbesserung der Leitungstätigkeit an der THM.

Dazu wurden folgende Maßnahmen festgelegt: Verwirklichung der erarbeiteten Leitungsprinzipien der Hochschulparteileitung, Auswertung der Hochschulkonferenz und der Ergebnisse des VII. Parteitages der SED in allen Bereichen der THM, Erarbeitung eines neuen Hochschulstatuts, Aufbau eines Leitungssystems, Abschluß von Vereinbarungen mit den örtlichen Organen der Stadt Magdeburg.

Für die Rationalisierung der Hochschulverwaltung bedeutete dies, die für Lehre und Forschung notwendigen betriebswirtschaftlichen, betriebsorganisatorischen und verwaltungstechnischen Prozesse sollten mit maximalem Nutzeffekt gestaltet werden. Dafür erarbeitete die Hochschulverwaltung der THM ein Rationalisierungsprogramm, welches die Grundlage für die weitere Arbeit bildete. Desweiteren sollte ein Schulungssystem für die Qualifizierung der leitenden und mittleren Kader der Hochschulverwaltung erarbeitet werden. Um eine Verbesserung der Arbeitsweise der zentralen Leitungsorgane zu erreichen, sollten Maßnahmen erarbeitet werden, die den Einsatz von modernen technischen Hilfsmitteln ermöglichen. " <sup>39</sup>

Die zu diesen Komplexen festgelegten Maßnahmen kamen zwar im betrachteten Zeitraum 1966 noch nicht zum tragen, waren jedoch Ausdruck der in diesem Jahr unternommenen Anstrengungen zur ständigen Verbesserung und Weiterentwicklung der Effektivität von Lehre und Forschung, von denen die gesamte Entwicklung der THM geprägt war.

---

<sup>39</sup> UA TUMD: A 11 - Senatssitzung am 14.12.1966; UA TUMD: A 1

Im Zuge der Verwirklichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem sowie auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Volksbildung und dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen wurden ab Studienjahr 1965 / 1966 die Fachlehrer für Mathematik / Physik an der THM ausgebildet. Die THM übernahm im September 1965 vom Pädagogischen Institut Magdeburg 50 Studierende des 1., 2., und 3. Studienjahres sowie 1966 die Sonderklasse, die ihre Sonderreifeprüfung ablegten und dann das Lehrerstudium beginnen konnten. Die Sonderklasse für mathematisch-naturwissenschaftlich besonders begabte Schüler des Bezirkes Magdeburg wurde 1965 an der THM eröffnet. Sie war die zweite Klasse dieser Art in der DDR.

Außer der Zusammenarbeit zwischen der THM und den VEB, die in Verbindung mit dem Ingenieurpraktikum zustande kam und z.T. zu langfristigen Verträgen führte, gestaltete sich das Verhältnis zwischen THM und der Industrie besonders auch auf dem Gebiet der Forschung im Jahre 1965 günstig. So wurden insgesamt 56 Vertragsforschungsthemen<sup>40</sup> und 92 Planforschungsthemen<sup>41</sup> bearbeitet.

Für das Planjahr 1965 wurde erstmals der Staatsplan der naturwissenschaftlichen Forschung in den Gremien des Forschungsrates der DDR erarbeitet. Mit dem Schreiben des SHF vom 20.09.1965<sup>42</sup> wurden für den Plan 1965 der THM nachträglich 21 Themen als Staatsplanaufgaben bestätigt.

<sup>40</sup> In den Unterlagen wurde unter Vertragsforschung, die Forschungsvereinbarungen mit den Betrieben auf vertraglicher Grundlage verstanden.

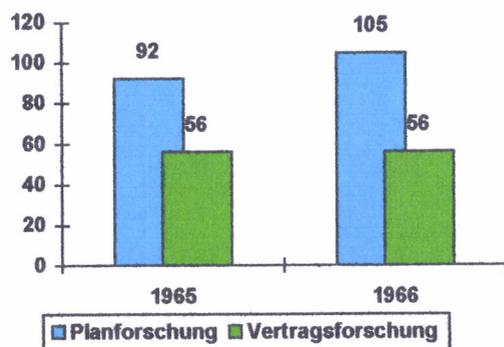
<sup>41</sup> In den Unterlagen wurde der Begriff Planforschung / Grundlagenforschung wie folgt ausgelegt: Es ist die Forschung, die sich mit den systematischen und methodischen Grundlagen einer Wissenschaft befaßt.

**Reine Grundlagenforschung** - wissenschaftliche Arbeit, die sich ausschließlich auf die Vervollkommnung der Kenntnisse der Naturgesetze sowie auf die Untersuchung neuer Erscheinungen und die Erforschung ihrer Gesetzmäßigkeit richtet.

**gezielte Grundlagenforschung** - ist die wissenschaftliche Arbeit, die in einer festumrissenen Richtung zur Erweiterung von Grundkenntnissen und zur Beherrschung der Naturgesetze auf volkswirtschaftlich wichtigen Wissensgebieten betrieben wird.

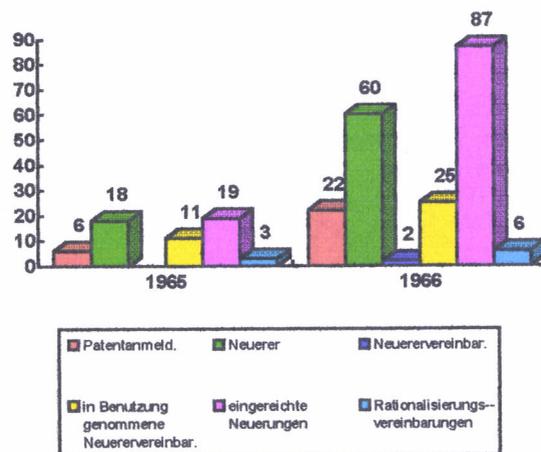
<sup>42</sup> UA TUMD: A 55 - Zusammenarbeit mit dem SHF 1965

Abbildung 6: Forschungsergebnisse 1965 und 1966



Ein wichtiger Bestandteil der Forschung war das Patent-<sup>43</sup> und Neuererwesen<sup>44</sup>. Hier konnte die THM besonders am Patentwesen im Jahre 1966 Erfolge aufweisen. Im Vergleich zum Jahre 1965, wo 6 Patente angemeldet wurden, stieg die Anzahl im Jahre 1966 um mehr als das 3fache. Eine Zusammenstellung der Aktivitäten im Patent- und Neuererwesen zeigt die **Abbildung 7**.

Abbildung 7: Patent- und Neuererwesen an der THM 1965 / 1966

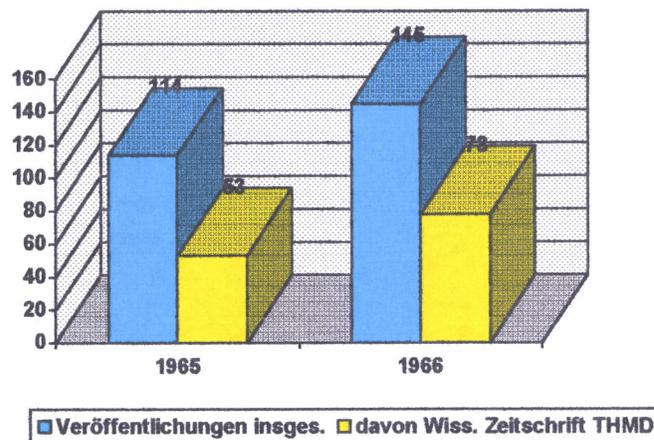


<sup>43</sup> Begriffserläuterung Patent: das Recht, einen neu erfundenen Gegenstand oder ein neu erfundenes Verfahren und die durch dieses unmittelbar hergestellten Gegenstände unter Ausschluß Unbefugter gewerblich zu nutzen; wird auf schriftliche Anmeldung vom Patentamt erteilt.

<sup>44</sup> Begriffserläuterung Neuererwesen / Neuererbewegung: eng mit der Wettbewerbsbewegung verbundene Form der schöpferischen Masseninitiative der Werkstätigen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung. **Neuerervorschlag**: schriftlich fixierte, begründete und entsprechende Lösungswege aufzeigende Darlegung von Maßnahmen, die ein vervollkommnetes zusammenwirken von Elementen des Arbeitsprozesses bewirken, den Nutzeffekt der Arbeit erhöhen oder sonstige Vorteile für die Arbeit erbringen und außerhalb der Arbeitspflichten erarbeitet wurde. Sie können gerichtet sein auf: Verbesserung der Arbeitsmittel, rationellere Nutzung der Arbeitsgegenstände, Einsparung von Kosten u.a. Neuerervorschläge konnten zum Patent angemeldet werden.

Außer der planmäßigen Forschungsarbeit wurde ein weiterer nicht unerheblicher Teil an wissenschaftlicher Arbeit in den Instituten in Form von Veröffentlichungen, Vorträgen, Habilitationen, Dissertationen, u.s.w. geleistet. Die Öffentlichkeitsarbeit stellte in jeder wissenschaftlichen Institution einen wichtigen Faktor dar. Sie diente dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch im nationalen und internationalen Rahmen und lieferte einen Beitrag zur Überleitung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis. Von den Mitarbeitern der THM wurden 1966 145 Aufsätze in 25 ausgewerteten, in der DDR erscheinenden technischen Zeitschriften veröffentlicht. Der größte Anteil daran entfiel auf die Wissenschaftliche Zeitschrift der THM mit 78 Artikeln. Die weiteren Veröffentlichungen erschienen in den einzelnen Zeitschriften der DDR. / **Abbildung 8** /

**Abbildung 8: Veröffentlichungen der THM 1965 / 1966**



Zur Intensivierung der Veröffentlichungstätigkeit wurde auf Vorschlag von Prof.Dr.-Ing.habil Rößner von der Fakultät für Maschinenbau erstmalig ein Wettbewerb über wissenschaftliche Veröffentlichungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausgeschrieben. Er erfaßte den Zeitraum vom 01.01.1965 bis 31.12.1965. Diese Ausschreibung sollte zur selbständigen Behandlung von wissenschaftlichen Problemvorstellungen und insbesondere zur Vorveröffentlichung von Teilergebnissen aus Dissertationen und Habilitationen anregen. Es wurden 11 wissenschaftliche Veröffentlichungen mit etwa

90 Druckseiten eingereicht. Beteiligt waren die Institute mit folgender Anzahl:

*Abbildung 9: Ergebnisse des Fachliteraturwettbewerbes 1965*

<i>Institute</i>	<i>Veröffent- lichungen</i>	<i>Anzahl der wiss. Assistenten</i>
<i>Baumaschinen</i>	1	1
<i>Fördertechnik</i>	1	1
<i>Fertigungstechnik</i>	2	2
<i>Maschinenelemente</i>	1	1
<i>Projektierung</i>	6	3

Den 1. Preis erhielt Dipl.-Ing.oec. Schmigalla, Institut für Projektierung, Ökonomie und Arbeitsgestaltung des Maschinenbaubetriebes, für seine Arbeiten:

- a) Vorausbestimmung der rationellsten räumlichen Struktur der spanenden Fertigung mit Hilfe von Kennziffern,
- b) Methode zur Vorbestimmung der rationellsten räumlichen Struktur der spanenden Fertigung,
- c) Lösung eines Zuordnungsproblems bei der Maschinenanordnung mit Hilfe des Floodschen Berechnungsverfahrens.

In Auswertung dieses Wettbewerbs wurde vom Rat der Fakultät auch für das Jahr 1966 ein ständiger Fachliteraturpreis für den wissenschaftlichen Nachwuchs in erweiterter Form ausgeschrieben.

Die von 9 Instituten der THM durchgeführten 25 Kolloquien zeugten von der Teilnahme der THM am wissenschaftlichen Leben in der DDR. Insgesamt informierten sich 1966 56 Wissenschaftler der Hochschule im sozialistischen Ausland auf 27 und im kapitalistischen Ausland auf 20 wissenschaftlichen Tagungen über neueste Erkenntnisse auf ihrem Fachgebiet. Aus dem sozialistischen Ausland kamen 132, aus dem kapitalistischen Ausland 122 und aus der DDR 2973 Referenten und Teilnehmer zu von der THM durchgeführten wissenschaftlichen Veranstaltungen.

Die Hochschulbibliothek führte 1966 1070 Titel mit insgesamt 1430 Exemplaren. 1965 waren es 973 Titel. Von den in der Bibliothek vorhandenen Zeitschriften wurden 395 durch den Tauschverkehr der Bibliothek erworben. 130 Zeitschriften erhielt die Bibliothek der THM aus dem sozialistischen Ausland.<sup>45</sup>

<sup>45</sup> SH vom 18.10.1966

### 3.3 Die Hochschulreform an der Technischen Hochschule

#### " Otto von Guericke " Magdeburg

Die THM ließ sich bei der Vorbereitung der Durchführung der Hochschulreform von den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED und der IV. Hochschulkonferenz leiten.

Die Hauptaufgaben der Hochschulreform bestanden in der Neugestaltung von Lehre, Erziehung und Forschung. Die THM sollte sich auf den Schwermaschinen- und Anlagenbau orientieren, die marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft und die moderne Technologie sollten sich zu profilbestimmenden Gebieten entwickeln. Zum anderen war eine Umgestaltung der Leitungstätigkeit und Leitungsstruktur vorgesehen.

Die Aus- und Weiterbildung sowie die Forschung sollten durch die Entwicklung einer engen Gemeinschaftsarbeit zwischen der THM, den wirtschaftsleitenden Organen und Großbetrieben des Schwermaschinen- und Anlagenbaues mitbestimmt werden. In der Weiterbildung sollte ein Weiterbildungssystem aufgebaut und ein neues marxistisch-leninistisches Weiterbildungssystem geschaffen werden.

Walter Ulbricht führte aus und begründete auf der Bürgerkonferenz im Nationaltheater Weimar, daß mit der Durchführung der neuen " sozialistischen " Verfassung der DDR die Verbesserung der Arbeit der Akademie der Wissenschaften, die Durchführung der Hochschulreform, die Verbesserung der Berufsausbildung und des ganzen Systems der Weiterbildung der Werktätigen auf der Tagesordnung steht.

Die neue " sozialistische " Verfassung ging eingehend auf das Bildungswesen ein und legte die weiteren grundlegenden Aufgaben fest. So heißt es u.a. im Artikel 17 ( 3 ): " Die DDR fördert Wissenschaft und Bildung mit dem Ziel, die Gesellschaft und das Leben der Bürger zu schützen und zu bereichern, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern sowie den ständigen Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten. " <sup>46</sup>

Durch die Aufforderung der Hochschulparteileitung wurden an der THM im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Hochschulreform Diskussionen zum Entwurf der neuen " sozialistischen " Verfassung geführt. Man ging davon aus, daß die Hochschulreform dazu dienen sollte, die in der neuen

---

<sup>46</sup> Verfassung der DDR vom 06.04.1968

Verfassung gestellten Aufgaben zu realisieren. Es gelang der Hochschule aber nicht die Diskussionen ausführlich zu führen, denn man begann erst im März 1968 mit der Verfassungsdiskussion.

Die bereits erzielten Teilerfolge der Hochschulreform aus den Jahren 1964 / 1965 bis 1966 fanden in der Verfassung der DDR bereits ihren staatsrechtlichen Niederschlag ( in den Artikeln 2, 4, 17, 24, 25 und 26 ). Im Artikel 17 heißt es u.a.:

" ( 1 ) Wissenschaft und Forschung sowie die Anwendung ihrer Erkenntnisse sind wesentliche Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft und werden durch den Staat allseitig gefördert.

( 2 ) Mit dem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem sichert die DDR allen Bürgern eine den ständig steigenden gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende Bildung. Sie befähigt die Bürger, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie schöpferisch mitzuwirken. " <sup>47</sup>

Die inhaltliche Gestaltung der Einheit von Ausbildung, Weiterbildung und Forschung entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution mit dem Ziel der Stärkung der Wirtschaftskraft der DDR war das Kernstück der Hochschulreform.

Die Hochschulreform war keine einmalig zu leistende Arbeit, man sollte sie als einen ständig schöpferischen Prozeß sehen.

Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen ergab sich aus der Rolle und Bedeutung der Technologie und der sozialistische Betriebswirtschaft, über die im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die Rationalisierung und Automatisierung durchgesetzt wurde. Aus der Bedeutung dieser Wissenschaften resultiert, daß die Gestaltung des Produktionsprozesses, die Technologie moderner Verfahren, die Organisations- und Führungswissenschaften, die elektronische Datenverarbeitung und die Operationsforschung zum Grundbestand der modernen " sozialistische Hochschule " gehörte, der in Lehre und Forschung wirksam werden mußte. Sie sind Schwerpunkte in der Ausbildung, Weiterbildung und Forschung und damit auch maßgebend für die Zusammenarbeit der Hochschule mit der Industrie.

Die bereits mit den Magdeburger Großbetrieben des Schwermaschinen- und Anlagenbaues und der THM bestehenden langfristigen Vereinbarungen

---

<sup>47</sup> Verfassung der DDR vom 06.04.1968

stellten eine neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen THM und Industrie dar, sie waren ein Teil der Hochschulreform.

Die Erarbeitung des wissenschaftlichen Vorlaufes für die Komplexe Gestaltung technologischer Prozesse mit dem Ziel, die Rationalisierung und Automatisierung in den VVB des MSAB mitzubestimmen, war zum Hauptbestandteil der Forschung an der THM zu entwickeln.

### 3.3.1 Einflußnahme der Gesellschaftlichen Organisationen auf die Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg

Das Feld der Bildungspolitik in beiden deutschen Staaten wies bestimmte unterschiedliche Merkmale auf, die mit der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Ordnung und mit den pädagogischen Zielen zusammenhängen. Schon in der früheren Nachkriegszeit fielen in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands und in der SBZ entgegengesetzte Entscheidungen über die politischen Grundlagen des Bildungswesens. Während sich in den 1946 im Westen gebildeten Ländern die föderalistische Ordnung etablierte und die Kulturhoheit der Länder im Bonner Grundgesetz ( 1949 ) auch verfassungsrechtlich verankert wurde, entstand im Osten eine Deutsche Verwaltung für Volksbildung mit Kompetenzen für die gesamte damalige SBZ, die spätere DDR. Allerdings bestanden bis zur Bildung der Bezirke 1952 in jedem Land ein Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. In der SBZ blieb somit faktisch das Einheitsstaatsprinzip in Kraft, während in den Westzonen und in der späteren BRD die Länder die wichtigsten Akteure auf bildungspolitischem Feld wurden. Die Tatsache dagegen, daß trotz eines formal bestehenden Mehrparteiensystems in der DDR allein die SED zur bestimmenden politischen Kraft wurde und daß sich damit auch ihr Anspruch auf eine umfassende weltanschauliche Kontrolle verband, hatte für Schulen und Hochschulen, aber auch für die Erziehung weitreichende Folgen.

In der DDR waren - bis auf geringe Ausnahmen der von den Kirchen unterhaltenen Erziehungsstätten - alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen rein staatlich organisiert oder, im Falle ihrer Trägerschaft durch die Massenorganisationen ( z.B. FDJ, Gewerkschaft ), auf dieselben ideologischen Ziele ausdrücklich verpflichtet.

Auch im Prozeß der Hochschulreform in der DDR spielte die SED die führende Rolle und beeinflusste damit die Durchführung.

Als die Volkskammer 1968 die neue Verfassung verabschiedete und im Unterschied zur Verfassung von 1949 im Artikel 1 ausdrücklich die Führungsrolle der " marxistisch-leninistischen Partei " verankerte<sup>48</sup>, wurde damit nicht eine neue Machtstruktur festgelegt, sondern die seit etwa zwei Jahrzehnten bestehende Verfassungswirklichkeit bestätigt. Ebenso legitimierte die Verfassung die Organisationsprinzipien einer Staats- und Gesellschaftsordnung, die zusammenfassend mit dem Begriff des " demokratischen Zentralismus " gekennzeichnet werden.<sup>49</sup> Danach gab es nicht eine Teilung, sondern eine einheitliche Zusammenfassung der Gewalten. Diese Gewalteneinheit wurde von den obersten Parteiorganen wahrgenommen, deren Beschlüsse sowohl für die nachgeordneten Parteiinstanzen als auch für alle staatlichen Organe verbindlich waren.

Der Führungsanspruch der SED galt dementsprechend auch in vollem Umfange für den Bereich der Bildung und Erziehung. Die Methoden der Realisierung waren zahlreich und schlossen sich zu einem dichten Netz. Sie lassen eine Fortführung der Praktiken erkennen, die schon in den vierziger und fünfziger Jahren angewandt wurden.

Die wichtigsten von ihnen waren:

1. Die Ausübung eines Initiativ- und Entscheidungsmonopols in allen Fragen des Bildungswesens durch die obersten Organe der SED.
2. Die Verbindlichkeit der Parteibeschlüsse in allen bildungspolitischen und pädagogischen Bereichen.
3. Die Besetzung aller bildungspolitisch relevanten Positionen mit Funktionären der SED.
4. Die Anwendung des Nomenklatursystems.<sup>50</sup>
5. Der Aufbau des Parteiapparates in Analogie zum Staatsapparat.
6. Die Einrichtung von Exekutiv- und Kontrollorganen der Partei in allen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen.
7. Die permanente Agitation und Propaganda zugunsten der Partei.

Wenn es auch dem Außenstehenden verborgen blieb, wie der Entscheidungsprozeß in den Führungsgremien der SED ablief, so bestätigen doch öffentliche Verlautbarungen und publizierte Beschlüsse, daß das Politbüro, das Sekretariat und das Plenum des ZK auch im Bereich der Bildung und Erziehung ihr Initiativ- und Entscheidungsmonopol intensiv und umfassend

<sup>48</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 25: Verfassung der DDR vom 06.04.1968; Seite 205 ff.

<sup>49</sup> Roggemann, Herwig: Die Verfassung der DDR. Opladen 1970.

<sup>50</sup> Begriffserklärung Nomenklatur: ist die Gesamtheit der Fachbegriffe eines Wissenschaftsgebiets, auch deren Verzeichnis.

einsetzen. Grundlegende Quellen in den sechziger Jahren, die diese Tatsache bestätigen und über die von der SED-Führung konzipierte Bildungspolitik Aufschluß gaben, waren vor allem die Berichte des ZK auf dem VI. Parteitag 1963<sup>51</sup> und VII. Parteitag 1967<sup>52</sup>.

Wie wirkte sich der Einfluß der gesellschaftlichen Organisationen an der THM aus ?

In mehreren Sekretärberatungen des MHF und der Abteilung Wissenschaft des ZK Ende 1967 - Anfang 1968 wurde die Hochschulparteiorganisation der THM auf die Problematik der Hochschulreform vorbereitet.

Gerade in der Etappe der Vorbereitung und Durchführung der Hochschulreform spiegelte sich in allen Bereichen die führende Rolle der Parteiorganisation und das gemeinsame Wirken der Gewerkschafts- und FDJ-Organisation der THM wider.

Kennzeichnend für die Situation im Berichtszeitraum war dabei die von der Hochschulparteiorganisation der SED geführte, sich gerade auch in dieser Entwicklungsstufe wesentlich stärker ausprägende Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Organisationen.

Die Parteiorganisation hatte 1968 eine Stärke von 542 in 13 Abteilungsparteiorganisationen und 41 Parteigruppen organisierten Mitgliedern und Kandidaten. Der Anteil der Parteimitgliedern an den Professoren und Dozenten betrug 55 % ( 1964 waren es 34 % ), den wissenschaftlichen Mitarbeitern 36,7 % ( 1964 = 28 % ), den Studenten 9,7 % ( 1964 = 7,8 % ). In dem Zeitraum der Hochschulreform wurden 65 Kandidaten geworben. In der FDJ waren 1965 insgesamt 2500 Jugendliche und 1968 2700 Jugendliche organisiert.

Die Hochschulparteileitung, Abteilungsparteileitungen, staatlichen Leitungen und FDJ begannen nochmals ein gründliches Studium von Parteidokumenten, u.a.: die Referate Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED und auf der Schrittmacherkonferenz in Halle und die Prinzipien zur Weiterentwicklung des Hochschulwesens in der DDR.

Ausgangspunkt der politischen Massenarbeit war es, alle Mitglieder der HPO mit den Aufgaben und den ideologischen Schwerpunkten bei der Führung der Hochschulreform vertraut zu machen.

<sup>51</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 1: Referat Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED vom 15. bis 21.01.1963; Seite 45 ff

<sup>52</sup> Baske, Siegfried: Dokumente Bildungspolitik in der DDR 1963 - 1976; Dokument 18: Referat Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED am 18.04.1967; Seite 178 ff.

In dieser Zeit kam es in den Partei- und Gewerkschaftsgruppen zu einer Phase der sehr umfassenden konstruktiven Diskussionen über die neue Struktur, die neuen Studienpläne und -inhalte und zu vielfältigen Beziehungen der Hochschullehrer und Mitarbeiter über die jeweilige gesellschaftliche Interessenvertretung zum Jugendverband und zur Unterstützung des Jugendverbandes in der Etappe der Reform.

Insbesondere wurden mit der Hochschulreform der FDJ-Organisation der THM wesentlich mehr Mitspracherechte in gesellschaftlichen Gremien (z.B. Gesellschaftlicher Rat der TH, Sektionsräte usw.) vorwiegend bei Fragen der sozialistischen Erziehung und Ausbildung eingeräumt.

Die FDJ hatte in hohem Maße bei der Neugestaltung des Studiensystems mitgewirkt. Entsprechend dem " gesellschaftlichen Auftrag " eines jeden Studenten wirkte die FDJ-Grundorganisation als Initiator und Kontrolleur zur Erreichung hoher Studienleistungen sowie bei der Vorbereitung der Studierenden für ihre spätere verantwortungsbewußte Tätigkeit in der Gesellschaft. Schwerpunkt der Verbandsarbeit der FDJ an der THM war im betrachteten Zeitraum die Entwicklung und inhaltliche Gestaltung der Gemeinschaftsbeziehung zwischen FDJ-Studenten und Arbeiterjugend als Ausgangspunkt des Kampfes um eine klassenmäßige Erziehung und zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes in Lehre, Forschung und Produktion.

In Auswertung des Staatsratsbeschlusses zur Entwicklung von Körperkultur und Sport unternahm die FDJ-Grundorganisation zusammen mit der Gewerkschaft und den staatlichen Leitungen auch starke Anstrengungen, um die sportliche und kulturelle Betätigung zum Bestandteil des Lebens eines jeden Studenten zu machen.

Zur zielgerichteten und planmäßigen Bearbeitung der vorstehend genannten Aufgaben wurden auf der 12. und 13. Hochschuldelegiertenkonferenzen der FDJ 1967 bzw. 1968<sup>53</sup> eine EntschlieÙung erarbeitet und bestätigt. Als Zielstellungen können u.a. genannt werden: die regelmäßige Durchführung des FDJ-Studienjahres, die Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit in den Gruppen, die Führung von Leistungsübersichten, die Verbesserung der Gemeinschaftsarbeit mit der Arbeiterjugend und das Studium des Marxismus-Leninismus und Teilnahme an der Verbreitung des Marxismus -Leninismus unter der Jugend.

---

<sup>53</sup> SH 20.12.1967; UA TUMD D I 7 und 8

Die Parteiaktivtagung des Lehrkörpers beriet zu Beginn des Studienjahres 1967 / 1968 über die zu lösenden politischen Aufgaben.<sup>54</sup> Als Hauptaufgaben der HPO wurde dabei herausgearbeitet, die Gesamtarbeit aller Hochschulangehörigen auf die vom VII. Parteitag und der 2. Tagung des ZK der SED gestellten bildungs- und wissenschaftspolitischen Problemstellungen zu konzentrieren.

Höhepunkt in der Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen waren die Vorbereitung zum 50. Jahrestag des Roten Oktober und die Vorbereitung der Volkswahlen am 21. Juni 1967. Aus diesem Grunde hatten am 21.06.1967 die HPO und der Rektor zum Symposium eingeladen, an dem u.a. auch als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates Alfred Neumann<sup>55</sup> teilnahm. Hierbei wurden vorrangig Probleme der vorzeitigen Exmatrikulation, der Zusammenarbeit THM - Industrie, der Erhöhung der Effektivität der Arbeit und die Schlußfolgerungen aus den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED diskutiert.

Die Aktivtagung der HPO im März 1968 stand im Zeichen der Verfassungsdiskussion.<sup>56</sup> Gemeinsam mit der FDJ und der HGL wurde in den APO, Gewerkschafts- und FDJ-Gruppen eine umfangreiche Diskussion des Verfassungsentwurfs durchgeführt.

Um eine noch bessere Einbeziehung der Genossen Studenten als junge Parteikader in die Parteiarbeit und eine engere aktive Zusammenarbeit mit dem Lehrkörper zu erwirken, wurde von vielen APO der THM der Vorschlag unterbreitet, die bisherigen Studentenorganisationen in kleinere Grundeinheiten auf Sektionsbasis aufzugliedern.<sup>57</sup> Dieses wurde 1968 realisiert.

Nach der 4. Tagung des ZK der SED verstärkten Parteiorganisation und staatliche Leitung, unterstützt durch die SED-Bezirksleitung Magdeburg, ihre Anstrengungen, um durch Stellung und Lösung folgender Hauptaufgaben die Hochschulreform im Komplex und mit erhöhtem Tempo zu verwirklichen:

Nach der 4. Tagung des ZK der SED verstärkten Parteiorganisation und staatliche Leitung, unterstützt durch die SED-Bezirksleitung Magdeburg, ihre Anstrengungen, um durch Stellung und Lösung folgender Hauptaufgaben die

---

<sup>54</sup> SH 26.10.1967

<sup>55</sup> SH 30.06.1967

<sup>56</sup> SH 20.03.1968; UA TUMD D 8

<sup>57</sup> SH 20.12.1967

Hochschulreform im Komplex und mit erhöhtem Tempo zu verwirklichen:

1. Das Verständnis für das politische Anliegen der Hochschulreform ist durch abgestimmte politisch-ideologische Arbeit bei allen Hochschulangehörigen so zu entwickeln, daß sie zur aktiven Mitarbeit an der Beratung und Lösung aller wichtigen Aufgaben befähigt werden.
2. Mit der Umgestaltung der Leitungstätigkeit ist unverzüglich zu beginnen, die Mitwirkung der Hochschulangehörigen ist auf der Grundlage eines auf einem Netzwerk beruhenden Führungsplanes mit Hilfe einer zentralen Führungsgruppe und von Arbeitsgruppen für die einzelnen Aufgabenkomplexe zu lenken und zu sichern.
3. Zur Neugestaltung von Lehre und Forschung sowie zur Festlegung neuer Arbeitsgebiete ist von den Prognosen der Volkswirtschaft, der Wissenschaften, des Hochschulwesens und des Schwermaschinen- und Anlagenbaus auszugehen; die THM ist auf den Schwermaschinen- und Anlagenbau zu orientieren; die marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft und die moderne Technologie sind zu profilbestimmenden Gebieten zu entwickeln.
4. Die Hochschulreform ist in Gemeinschaftsarbeit mit den wirtschaftsleitenden Organen und Großbetrieben des Schwermaschinen- und Anlagenbaus so durchzuführen, daß diese die Aus- und Weiterbildung sowie die Forschung der THM mitbestimmen.
5. Die im Prozeß der Hochschulreform jeweils erarbeiteten Bestandteile des zu entwickelnden Gesamtmodells sind planmäßig zu überprüfen und ohne Zeitverlust zu realisieren.

### **3.3.2 Bildung von Arbeitsgruppen und deren Aufgaben**

Als die Aufgabenstellung und die Termine für die Hochschulreform auf einer ersten Beratung erläutert und erörtert wurden, stellte man fest, daß die erste Aufgabe, die sehr schnell gelöst werden mußte, in der Ausarbeitung einer Führungskonzeption und eines exakten, Termine und Verantwortlichkeiten fixierenden Maßnahmeplanes mit Netzwerk bestand.

Diese Dokumente mußten so gestaltet werden, daß mit ihnen die sich im Prozeß der Hochschulreform entfaltende demokratische Aktivität zielgerichtet und planmäßig gelenkt werden konnte. Es zeigte sich, daß die Erfahrungen für die Bewältigung eines solchen komplexen Vorhabens erst gewonnen werden mußten.

Eine speziell, aus erfahrenen Mitarbeitern zusammengesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete sodann in ständiger Konsultation mit den Leitungsgremien den Gesamtplan zur Durchführung der Hochschulreform an der THM.

**/ Anlage 1 /**

Im Verlauf einiger Wochen gelang es, ein ganzes System von Stabs- und Arbeitsgruppen aufzubauen. **/ Abbildung 10 /**

Alle Arbeitsgruppen erarbeiteten auf der Grundlage des vorliegenden Maßnahmeplanes zur Durchführung der Hochschulreform eigene Maßnahmepläne zur Sicherung der Termine.

Mit dem Ideenentwurf zur Gestaltung des Modells " THM " begannen die öffentlichen Diskussionen. Sie wurden in den Arbeitsgruppen, in den FDJ-Gruppen, in den Parteigruppen und den Gewerkschaftsgruppen geführt. Die Ergebnisse bzw. die Vorschläge aus den Diskussionen wurden der Führungsgruppe zugesandt. Die Führungsgruppe wertete diese aus und übergab dann der jeweiligen zuständigen Arbeitsgruppe die Vorschläge mit Anleitungen zur Überarbeitung. Von den Arbeitsgruppen überarbeitete Vorschläge wurden dem Rektor zur endgültigen Entscheidung übergeben.

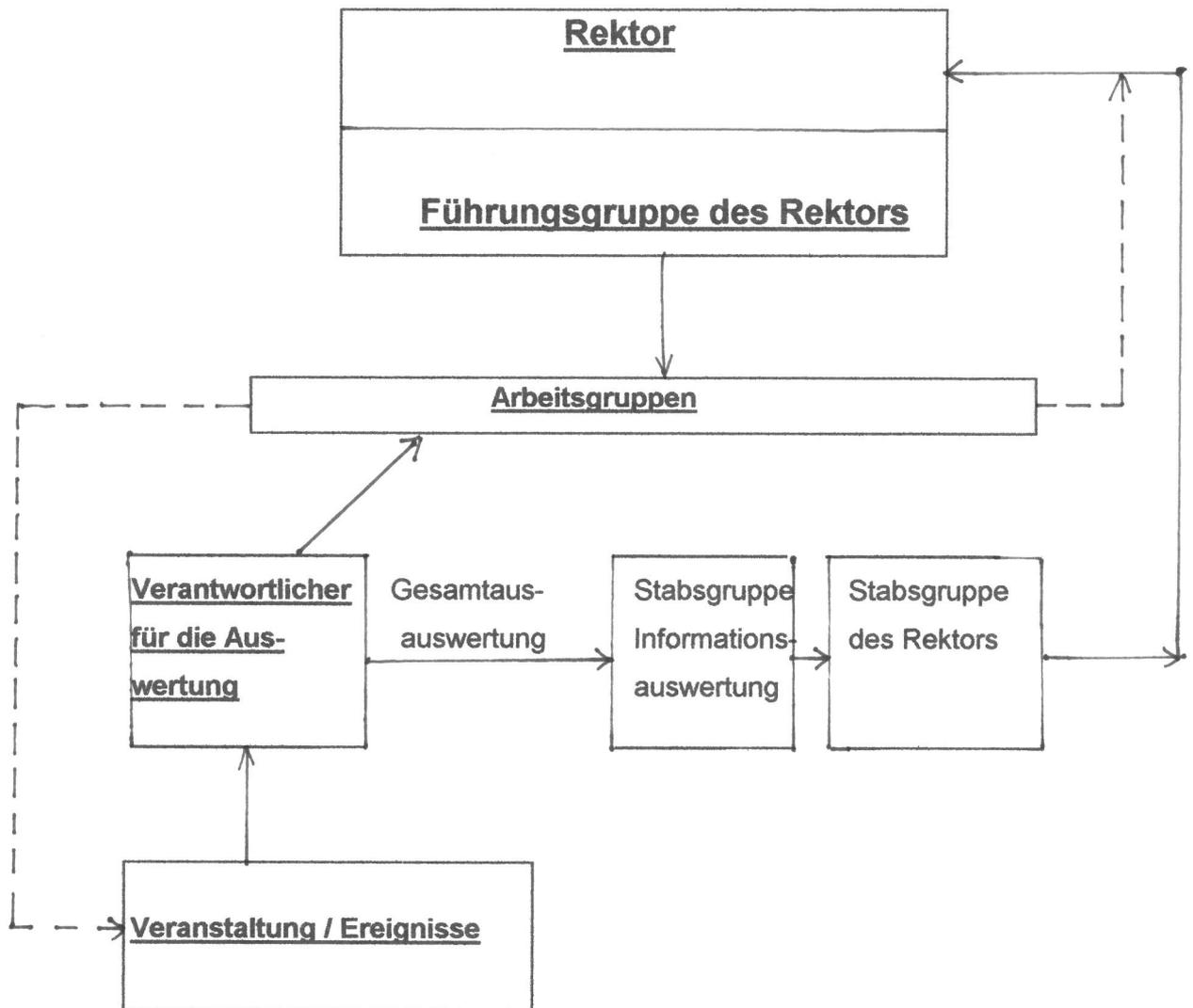
**/ Abbildung 11:** Informationsfluß für die Aktivierung und Auswertung der Diskussionen /

Der Ideenentwurf sollte zur umfassenden Durchführung der Hochschulreform an der THM, zur Orientierung der Leitung und Planung der Hochschule, zur Abstimmung der perspektivischen Aufgaben in Lehre und Forschung an der THM, zur Einleitung von Maßnahmen durch das MHF zur Neugestaltung des Ausbildungs- und Forschungsprofils, zur Entwicklung einer den " Prinzipien " entsprechenden Leitung und Struktur und zur Entwicklung der Beziehungen zur Industrie an der THM und zur Ausarbeitung eines neuen Statuts der THM dienen. Der Ideenentwurf war die Grundlage für die " Leitgedanken zur Durchführung der Hochschulreform an der THM ". Diese umfaßten die Gestaltung von Erziehung, Aus- und Weiterbildung und Forschung, die Prognose, Planung, Leitung und Information und die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

*Abbildung 10: Arbeitsgruppen während der 1. Etappe der Hochschulreform*

Arbeitsgruppe	Anzahl der ständigen Mitarbeiter
Stabsgruppe	5
Führungsgruppe	10
Information und Propaganda	18
Pressedienst	4
Informationsauswertung	8
politische Massenarbeit	6
Ausbildung und Erziehung	22
Prognose	7
Weiterbildung	12
Forschung	6
wiss.-produktive Tätigkeit der Studenten	5
Leitungsfragen	5
Gesellschaftswissenschaften	9
Kaderarbeit	3
EDV	5
Ökonomie der THM	5
Planung und Finanzen	10
Hochschulstatut	4
Arbeits- und Lebensbedingungen	6
Baukonzeption	7

Abbildung 11: Informationsfluß für die Aktivierung und Auswertung der Diskussionen



### 3.3.2.1 Führungsgruppe des Rektors

Der Führungsgruppe gehörten 10 ständige Mitarbeiter an ( bestehend aus Prorektoren, Mitgliedern Gesellschaftlicher Organisationen, Beauftragten für die Arbeitsgruppe EDV und Organisationswissenschaften ).

Hauptaufgaben der Führungsgruppe waren die Leitung des Gesamtprozesses, die Erarbeitung einer Führungskonzeption und eines zentralen Maßnahmenplanes und die Abstimmung der Teillösungen mit der Gesamtkonzeption. Die Führungsgruppe war für die Anleitung und Kontrolle der gebildeten Arbeitsgruppen verantwortlich. Ihre Aufgabe bestand darin, in den zweimal wöchentlich stattfindenden Beratungen die von den Arbeitsgruppen

vorgelegten Materialien kritisch zu werten, die Problemerkennntnis zu beschleunigen sowie die Entscheidungsfindung des Rektors und des Ministeriums vorzubereiten.

Die Diskussionen zu den erarbeiteten Materialien zur Durchführung der Hochschulreform an der THM wurden öffentlich geführt. / Anlage 2: Verzeichnis der wichtigsten in der 1. Etappe der Hochschulreform an der THM erarbeiteten Materialien /

Das erste Dokument, welches öffentlich zur Diskussion gestellt wurde, war der "Ideenentwurf" (siehe unter Ausführungen 3.3.2).

Am 02.04.1968, wenige Tage vor der Volksabstimmung über den sozialistischen Verfassungsentwurf, übergab der Rektor auf einer erweiterten Senatssitzung die erste Fassung der "Leitgedanken zur Durchführung der Hochschulreform an der THM" der Hochschulöffentlichkeit zur Diskussion. Der Entwurf der "Leitgedanken" war das entscheidende Dokument, mit dem die Führungsgruppe richtungsweisend und schwerpunktbildend auf Verlauf und Niveau der demokratischen Beratung an der Hochschule Einfluß nahm. Er wurde entsprechend den Festlegungen im Maßnahmeplan termingerecht erarbeitet und publiziert.

Durch die Ausarbeitung der Leitgedanken und anderer darauffolgenden Diskussionsgrundlagen zur Gestaltung des Modells der Technischen Hochschule wurde das politische Anliegen der Hochschulreform mit den notwendigen konkreten Veränderungen verbunden. Die Leitgedanken enthielten Vorschläge für den neuen Inhalt und Aufbau des Studiums, die Schwerpunkte der Forschung und das neue System der Planung und Leitung der THM.

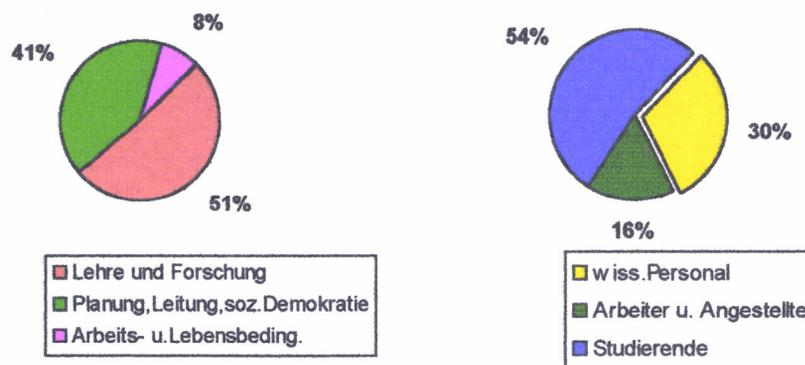
Eine geschlossene Darstellung der perspektivischen Entwicklung der Hochschule, konkrete Festlegungen und detaillierte Schilderungen konnten nicht erwartet werden. Es erwies sich daher als unumgänglich, Klarheit darüber zu schaffen, daß die von der Führungsgruppe herausgegebenen Diskussionsmaterialien nicht Ergebnisse vorwegnehmen konnten, die erst im Verlauf von Beratungen aller Beteiligten erwartet werden konnten. Daran knüpfte sich die Aufforderung zur aktiven Mitarbeit aller an der Präzisierung und Vervollkommnung der zur Diskussion gestellten ersten Fassung der "Leitgedanken".

So orientiert, nahm die Diskussion rasch an Umfang und Intensität zu und zeigte eine Fülle von konstruktiven Ideen, Kritiken und Hinweisen.

In die Tätigkeit der Arbeitsgruppen des Rektors und der Lehrplankommissionen der Sektionen und Fakultäten wurden ca. 390 Hochschulangehörige, darunter 160 Studierende, unmittelbar einbezogen. Sie nahmen an der Ausarbeitung der Leitgedanken, der neuen Konzeptionen für die Gestaltung des Modells der Technischen Hochschule, der Lehrpläne für das Grund- und Fachstudium sowie anderer Führungsdokumente teil.

Allein während der ersten Etappe der Hochschulreform wurden 1 013 Vorschläge schriftlich eingereicht, davon mehr als die Hälfte von den Studierenden. Über 50 % dieser Vorschläge betrafen die Neugestaltung des Studiums, mehr als 40 % Fragen der Planung und Leitung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie an der THM. / **Abbildung 12 /**

Abbildung 12: Art und Quelle der eingebrachten Vorschläge zur Hochschulreform



Viele der Kritiken kamen von den Studierenden, die u.a. den Wegfall der Lehrveranstaltung Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, die Verkürzung des Sprachunterrichts und mehr wahlobligatorische Fächer forderten. In den Gewerkschaftsgruppen wurde die Meinung aufgeworfen: " Hochschulreform wäre nicht unbedingt eine Notwendigkeit, sondern Anweisung von " oben ", gemeint war damit die Partei.<sup>1</sup>

Die zusammengestellte Gesamtauswertung der eingegangenen Informationen wurde auf der Sitzung der Führungsgruppe am 03.05.1968 beraten.

Von der Autorin wird dazu bemerkt, daß in den Sitzungsprotokollen der Führungsgruppe kein Wort über die oben aufgeführten Vorschläge bzw. Meinungen erwähnt wurden. Diese Äußerungen wurden damals in der DDR als " negativ " eingestuft, deshalb ist auch anzunehmen, daß darüber diskutiert wurde, es aber nicht im Protokoll erscheinen durfte. Für solche Angelegenheiten wurde oftmals ein Bericht an das MHF gesandt, welcher sich aber nicht in den Unterlagen des Universitätsarchivs befand.

Die Meinungen zu den vorgeschlagenen Sektionen gingen auseinander. Einerseits wurden zusätzlich Sektionen - beispielsweise für Lehrerbildung - gewünscht, andererseits wurde die Zahl der vorgesehenen Sektionen als zu hoch betrachtet und ihre Zusammensetzung nicht immer für sinnvoll gehalten.

Bedenken bestanden hinsichtlich der Reduzierung auf 2 Leitungsebenen. Die Eindeutigkeit in der Unterstellung der sowohl in Lehre, Forschung und Erziehung tätigen Mitarbeiter wurde als ungeklärt angesehen. Es wurde gefordert, die Erfahrungen der bereits 1967 gegründeten Sektion " Technologie der metallverarbeitenden Industrie " stärker zu publizieren.

Von der Assistentenschaft wurde eine Verstärkung des Mitspracherechts gefordert. In den Leitgedanken fehlte die eindeutige Festlegung ihrer Stellung.

Es gab aber auch Probleme, die nicht im Bereich der THM geklärt werden konnten, diese wurden an die entsprechenden Stellen weitergeleitet. Zum Beispiel an das MHF über Veränderung der Stipendienordnung, Lohn- und Gehaltsfragen, Forschungskapazität, u.a.; an den Rat der Stadt Magdeburg über Einrichtung einer Betriebsverkaufsstelle und an den Rat des Bezirkes Magdeburg über die Schaffung zusätzlicher Baukapazitäten für Kindergarten, Kinderkrippe, Sport- und Kulturstätten, Erweiterung der Bibliothek, u.a. Die endgültige Fassung der Leitgedanken wurde am 27.05.1968 dem Politbüro des ZK der SED übergeben.

Es ist zu schließen, daß die THM unter Zeitdruck arbeitete. Die Zeit zwischen dem Entwurf der Leitgedanken und der endgültigen Fassung erscheint dem Autor für eine gründliche Diskussion bzw. Auseinandersetzung mit den Problemen zu kurz. Bei der Realisierung der Aufgaben stellten sich wiederum Probleme ein, so daß in der 2. Etappe der Hochschulreform diese Leitgedanken nochmals überarbeitet und geändert bzw. ergänzt werden mußten.

### 3.3.2.2 Arbeitsgruppe Leitungsfragen

Arbeitsgruppe bestand aus 5 ständigen Mitarbeitern.

Die wissenschaftliche Führungs- und Leitungstätigkeit bildete die Grundlage für eine sichere perspektivische Wissenschaftsplanung.

Die Arbeitsgruppe hatte folgende Schwerpunktaufgaben zu lösen:

1. Darstellung der derzeitigen Leitungsstruktur, ihre Verflechtung und Kompliziertheit, der derzeitigen Arbeitsweise und ihre Unzulänglichkeit und Herausarbeitung der hemmenden Faktoren des Leitungsprozesses einschließlich der Verwaltungsarbeit. / siehe unter Ausführungen 3.3.3 und Anlagen 4 + 5 /

Dazu wurden grundlegende Gesichtspunkte für die Leitungstätigkeit an einer Technischen Hochschule erarbeitet werden, u.a. die Einfachheit und Eindeutigkeit in der Struktur und Leitungstätigkeit. Es wurde geprüft, ob die derzeitige Leitungsstruktur an der THM diese Gesichtspunkte verwirklichen kann.

2. Schaffung eines Modells für die Durchsetzung eines rationellen und effektiven Leitungs- und Informationssystems und einer optimalen Leitungsstruktur einer sozialistischen Hochschule.
3. Rationalisierung der Planungs- und Verwaltungsarbeit und Aufbau eines Informationssystems, das gewährleistet, alle für die Führung der Ausbildung, Erziehung und Forschung entscheidenden Informationen ständig schnell und zuverlässig in der notwendigen Aufbereitung zu erhalten.
4. Ableitung von Maßnahmen und Konsequenzen für die schrittweise Einführung des modernen Leitungsmodells an der THM und die Ermittlung des voraussichtlichen Nutzens bei der Einführung des neuen Leitungssystems auf den Bildungs- und Erziehungsprozeß.

### 3.3.2.3 Arbeitsgruppe Ausbildung und Erziehung

22 ständige Mitarbeiter gehörten dieser Arbeitsgruppe an, darunter 4 Mitglieder der FDJ-Hochschulgruppenleitung.

Die Profilierung der Ausbildung war unter Berücksichtigung der Konzentration und Kooperation der wissenschaftlichen Arbeit auf die sich perspektivisch entwickelnden Bedürfnisse der Gesellschaft zu

konzipieren. Die Arbeitsgruppe hatte dafür folgende Hauptaufgaben zu erfüllen:

1. Analyse des bisherigen Standes der Ausbildung und Erziehung und der politisch erzieherischen Wirksamkeit des Hochschullehrers, des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Studenten.
  2. Konzipierung der neuen Studienform und der inhaltlichen Gestaltung der Grund-, Fach- und Spezialstudien unter Berücksichtigung neuer organisierter Formen und Methoden der Ausbildung und Erziehung.
  3. Untersuchungen zur voraussichtlichen Wirksamkeit der neuen Leitungsstruktur auf den Bildungs- und Erziehungsprozeß bezüglich der Senkung der vorzeitigen Exmatrikulationen.
  4. Einschätzung der prognostischen Entwicklung der Wissenschaftsgebiete und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine allseitige personelle, materielle und finanzielle Sicherung.
  5. Maßnahmen für die zeitliche Einführung der neuen Studienform.
- Zur Bearbeitung spezieller Probleme wurden innerhalb der Arbeitsgruppe kleinere Gruppen gebildet ( z.B " Prüfungsordnung ", " Ausbildungsdokumente ", " Stellungnahmen zum Ideenentwurf " ), die ihre Ergebnisse vor der Arbeitsgruppe zur Diskussion stellten.

#### **3.3.2.4 Arbeitsgruppe Weiterbildung**

Der Arbeitsgruppe gehörten 12 ständige Mitarbeiter an.

Die zielgerichtete Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen sollte künftig das Profil einer " modernen sozialistischen " Hochschule entscheidend mitbestimmen. Daraus ergab sich für die THM die Notwendigkeit, ein geschlossenes System der planmäßigen Weiterbildung zu entwickeln. Zur Erreichung dieses Zieles hatte die Arbeitsgruppe folgende Schwerpunkte vorrangig zu bearbeiten:

1. Eindeutige Klärung des Begriffsinhaltes der Weiterbildung sowie der Perspektive des Fernstudiums an der THM.
2. Ermittlung des Bedarfs an Weiterbildungsmaßnahmen auf der Grundlage des Kader- bzw. Qualifizierungsbedarfs der Praxis definiert nach Schwerpunkten: Technologie, Organisations- und Führungswissenschaften.
3. Abstimmung des Bedarfs mit dem bereits vorliegenden Angebot der Institute für Weiterbildungsmaßnahmen.

4. Ableitung notwendiger Maßnahmen zur Konzeption der planmäßigen Durchsetzung der Weiterbildung in den Schwerpunkten und Erarbeitung der erforderlichen Bedingungen zur allseitigen materiellen Sicherung.
5. Analyse des Iststandes der Weiterbildungs- und der Fernstudienform - Untersuchung des ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzens aller Weiterbildungsmaßnahmen der THM.
6. Beratung und Abstimmung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe mit Vertretern der Praxis.

### **3.3.2.5 Arbeitsgruppe Forschung**

Der Arbeitsgruppe gehörten 6 ständige Mitarbeiter an.

Die bisherige Forschungstätigkeit sollte grundlegend umgestaltet werden. Das Forschungsprofil der THM war vorwiegend auf die Erfordernisse des Schwermaschinen- und Anlagenbaues abzustimmen. Als profilbestimmende Gebiete waren anzusehen:

Technologie der metallverarbeitenden Industrie / Mechanischer und thermischer Maschinenbau. Von der Arbeitsgruppe waren folgende Schwerpunkte vorrangig zu bearbeiten:

1. Darstellung der bisherigen Entwicklung der Forschungskapazität bezüglich der Effektivität und des ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzens.
2. Konzipierung des neuen Forschungsprofils in Abstimmung mit den Erfordernissen der Industrie unter Beachtung der Ökonomie auf der Basis der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Eigenfinanzierung.
3. Ermittlung der ökonomischen und strukturellen Auswirkungen bezüglich der Wirksamkeit des neuen Forschungsprofils für die THM und für die Industrie.

### 3.3.2.6 Arbeitsgruppe Information und Propaganda

Insgesamt arbeiteten 18 ständige Mitarbeiter in dieser Arbeitsgruppe.

Sie hatte folgende Aufgaben zu lösen:

1. Erarbeitung bzw. Zusammenstellung der theoretischen Grundlagen für die Durchführung der Hochschulreform an der THM.
2. Umsetzung des theoretischen Materials in aktuelles Argumentationsmaterial unter Beachtung des jeweiligen Standes der Diskussion.
3. Anleitung und Kontrolle der Sonderlehrveranstaltungen des Instituts für Marxismus-Leninismus zum Verfassungsentwurf mit dem Ziel, sie optimal für die sachkundige Information über die Gestaltung der sozialistischen TH und die Mobilisierung der Studierenden für diesen Prozeß auszunutzen.
4. Öffentlichkeitswirksame Publikation auf der Basis eines zu erarbeitenden und den aktuellen Ereignissen entsprechend ständig zu vervollständigenden Presseplanes.

Diesen Aufgaben gemäß gliederte sich die Arbeitsgruppe in folgende Untergruppen:

1. Propaganda ( theoretische Konzeption ) / politische Massenarbeit: 6 ständige Mitarbeiter
  2. Agitation und politische Massenarbeit: 6 ständige Mitarbeiter
  3. Lehrveranstaltungen Institut für Marxismus-Leninismus
  4. Publikation ( später Pressedienst ): 6 ständige Mitarbeiter
- Auf der Sitzung der Führungsgruppe am 11.03.1968 wurde die Bildung einer Stabsgruppe Informationsauswertung beschlossen. Deren Hauptaufgabe war, alle Informationen über die Hochschulreform und der Verfassungsdiskussionen zusammenzufassen und für die Führungsgruppen aufzubereiten, und diese Auswertungen zu popularisieren.

Die ständige Auswertung der verschiedensten Informationen ergab ein gutes Spiegelbild über die politische, ideologische, fachliche und individuelle Situation an der THM und konnte als aktives Leitungsinstrument verwendet werden.

Alle von Kollektiven und Einzelpersonen eingereichten Vorschläge, Kriterien und Stellungnahmen zur Hochschulreform wurden laut Anweisung des Rektors als Eingaben behandelt.

Die eingegangenen Informationen wurden an die entsprechenden Arbeitsgruppen, Fachrichtungen, gesellschaftlichen Organe und der Verwaltung weitergeleitet.

**Hinweis: Anlage 3 enthält eine Aufstellung der weiteren Arbeitsgruppen an der THM**

**3.3.3 Leitungsaufbau an der Technischen Hochschule**

**" Otto von Guericke " Magdeburg**

Das alte Leitungssystem mit seinen vielfachen Ebenen und Weisungs- und Informationsebenen wirkte sich hemmend auf die Entwicklung der Führungstätigkeit an der THM aus. In der alten Leitungsstruktur **/ Anlage 4 /** wurde lediglich die Zuordnung der einzelnen Leitungselemente zum Ausdruck gebracht. Über die Wirksamkeit der Organisation der Hochschularbeit, das Qualifizierungsniveau, den Konzentrationsgrad, sowie über die Zusammensetzung der Leitungs- bzw. Beratungskollektive wurden damit keine Aussagen gemacht.

In der **Anlage 5** wurden die bisher praktizierten Weisungslinien dargestellt, obwohl eigentlich nur 6 Leitungsebenen ( Rektor, Dekane, seit 1967 Sektionsvorsitzende, Institutsdirektoren, Abteilungsleiter, Seminargruppensekretäre ) bestanden zeigte sich, daß aber 8 Ebenen Leitungsaufgaben wahrnahmen. Immer wieder handelten einige Prorektorate ( Prorektorat für Forschung, Prorektorat für Studienangelegenheiten ) im Sinne einer Leitungsebene mit Weisungen und nicht als Funktionalorgan des Rektors. Ähnlich verhielt es sich mit einigen Fachrichtungsleitern, die über die Einflußnahme auf den Studienprozeß hinausgehend in Leitungsbefugnisse der zur Fachrichtung gehörenden Institutsdirektoren eingriffen.

Dem Seminargruppensekretär wurde meistens nur die Vermittlungsrolle für Weisungen des Prorektorats zuteil, denn die politische Führung in der Seminargruppe wurde dem FDJ-Gruppenleiter zugesprochen.

Die Dekane konnten auf Grund der Existenz der Fachrichtungsleiter keine direkte Einwirkung auf die Erziehung vornehmen. Durch die Dekane und

Prodekane erfolgte nur sporadisch eine Anleitung und Kontrolle der Ausbildungs- und Forschungsleistungen der Institute und Fachrichtungen.

Bereits die ersten Überlegungen und Pläne zur Führung des Prozesses der Hochschulreform traten in Widerspruch zu dem bestehenden Leitungssystem, das sich in dem eingebürgerten Führungsstil, in bestimmten Denk- und Verhaltensgewohnheiten und schließlich in mancherlei persönlichen Abhängigkeiten gefestigt hatte. Jedoch war eine sofortige Umwandlung des einmal gegebenen Leitungssystems ausgeschlossen. Was hätte an seine Stelle treten sollen? Über ein neues, den Anforderungen angemessenes Leitungsmodell bestanden zunächst nur vage Vorstellungen. Ein ausgearbeitetes, in sich geschlossenes ideales Modell einmal vorausgesetzt, auch die beste Leitungsstruktur und -organisation wird unbrauchbar oder gar diskreditiert, wenn sie nicht von einer qualifizierten Führungstätigkeit zur Wirkung gebracht und durchdrungen wird. Dieses Prinzip wurde schon in den ersten Beratungen klar und nachdrücklich verfochten. Alle Veränderungen mußten von einer wesentlichen Verbesserung der Führungstätigkeit ausgehen.

Wie also sollte der Aufbau des Modells der neuen Leitungsstruktur aussehen?

Zur effektiven Planung, Entwicklung und Leitung der THM sowie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Erziehung, Bildung, Weiterbildung und Forschung wurde die Struktur der Leitung vereinfacht. Sie wurde von zwei Leitungsebenen bestimmt. Die Leitung der THM durch den Rektor und die Leitungen der Sektionen. Der Rektor leitete nach dem Prinzip der Einzeileitung und persönlichen Verantwortung. Bei seinen Entscheidungen wurde er von einem Gesellschaftlichen Rat unterstützt, dem 35 Hochschullehrer, Abgeordnete, Vertreter der Industrie, Studenten, Arbeiter und Angestellte angehörten. Zu den Persönlichkeiten des Gesellschaftlichen Rates zählten auch Alois Pisnik, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Magdeburg sowie der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Werner Herzig. Der Gesellschaftliche Rat übte durch seine beratende und kontrollierende Tätigkeit zur Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Interessen Einfluß auf die Lösung von Schwerpunktaufgaben in Lehre und Forschung an der THM aus. Er übermittelte dem Rektor Empfehlungen zur Findung strategischer Entscheidungen. Es war zeitlich der erste Gesellschaftliche Rat im Hoch-

schulwesen der DDR. Dies begründete sich aus der Rolle der THM als Modellhochschule zur Vorbereitung und Durchführung der Hochschulreform. Die neue Leitungsstruktur enthielt weiterhin die " Konferenz der Hochschule ". Sie war eine Versammlung von Delegierten aller Hochschulangehörigen, die durch den Rektor einberufen wurde. Sie nahm gleichfalls in empfehlender Weise auf die Verwirklichung der Hauptaufgaben der THM Einfluß. Der gegründete Wissenschaftsrat beriet den Rektor in allen entscheidenden Fragen des wissenschaftlichen Lebens der THM. Ihm gehörten etwa 60 berufene Mitglieder darunter auch Studenten an. Der Wissenschaftsrat besaß Abteilungen, denen Dekane vorstanden, die das Recht der Verleihung der akademischen Grade hatten.

Das neue Leitungsmodell sah ferner vor, daß die Beschlüsse und Weisungen des Rektors durch 3 Prorektoren vorbereitet wurden, die innerhalb ihres Aufgabenbereiches die Planungs-, Koordinierungs- und Kontrolltätigkeit eigenverantwortlich organisieren.

Zur Unterstützung der Leitungstätigkeit des Rektors wurden weiterhin Direktoren für Ausbildung und Erziehung, für Weiterbildung, für wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen, für Ökonomie und für Kaderfragen eingesetzt.

Nach Gründung von Sektionen wurden einige Leitungsbefugnisse, wie z.B. Ausbildungs- und Weiterbildungskonzeptionen, Forschungskonzeptionen vom Dekan auf den Sektionsvorsitzenden übertragen.

Alle Institute und deren Abteilungen der THM wurden seit dem 27.05.1968 zu Sektionen zusammengeschlossen.

Die neue Struktur der THM wurde am 27.05.1968 auf einem akademischen Festakt in Magdeburg durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen in der DDR bestätigt.

**/ Anlage 6 : Leitungsaufbau der THM /**

### 3.3.4 Sektionsbildung an der Technischen Hochschule

#### " Otto von Guericke " Magdeburg

Auf der Rektorenkonferenz im November 1965 in Jena wurden u.a. Strukturfragen an den Universitäten und Hochschulen in der DDR beraten.

Als speziell Neues im Hochschulwesen der DDR wurde die Frage der Bildung von Sektionen aufgeworfen. In den Sektionen sollten bestimmte Wissensgebiete zusammengeschlossen werden und sie sollten verantwortlich für die Lehre und Forschung sein. Damit wäre die Sektion eine eigenständige Verwaltungseinheit.

Auf der Grundlage des vom Senat beschlossenen Perspektivplanes und in Auswertung der Rektorenkonferenz 1965 in Jena <sup>58</sup> wurden in der Senats-sitzung am 24.11.1965 <sup>59</sup> erstmalig Gedanken zur Bildung von Sektionen an der THM aufgegriffen. Diskussionen zur Sektionsbildung sollten in weiteren Beratungen auf allen Ebenen der THM durchgeführt werden.

Die Diskussionen zur Profilierung und Sektionsbildung der THM wurden bewußt auf die Fachgebiete gelenkt, die schon als profilbestimmende Elemente der THM angesehen wurden. Die Diskussion konzentrierte sich infolgedessen auf die Fachgebiete: Verfahrenstechnik, Chemische Apparatewesen, Fördertechnik und Baumaschinen, Walzwerks- und Hüttenmaschinen.

Vom Rat der Fakultät Chemie und Energie wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Vorstellungen zur Profilierung und zur Sektionsbildung für die ersten beiden Fachgebiete zu konzipieren. Es wurde in Erwägung gezogen, die beiden den erstgenannten Fachgebieten zuzuordnenden Sektionen wie folgt aufzubauen:

1. Sektion Verfahrenstechnik - Fachgebiete Chemie, Biologie, Theoretische Verfahrenstechnik, Reaktionstechnik, Bioingenieurtechnik.

Diese Sektion sollte aus den bisherigen Instituten für Chemie und Verfahrenstechnik gebildet werden.

<sup>58</sup> UA TUMD: A 25 - Rektorenkonferenzen und -beratungen 1962, 1964 - 1966

<sup>59</sup> UA TUMD: A 10 - Senatssitzungen 1965

2. Sektion Chemische Apparatewesen - Fachgebiete Chemische Apparate und Anlagen, Ofenbau, Strömungs- und Kolbenmaschinen, Mechanische Verfahrenstechnik.

Die Sektion wäre dann zu bilden aus den bisherigen Instituten Chemische Apparatewesen, Wärmetechnik, Strömungsmaschinen, Kolbenmaschinen und einem Teil des Instituts für Verfahrenstechnik.

Von den Instituten Fördertechnik, Statik und Stahlbau und Baumaschinen wurde ein Organisationsschema und Aufgabenstellung für eine Sektion " Bau und Betrieb von Förderanlagen ", " Bau und Betrieb von Baumaschinen " erarbeitet. Die Aufgabenstellung sah die Orientierung dieser Sektion auf der Zusammenarbeit mit den VEB TAKRAF, VVB Industrieanlagenmontage, VVB Baukema vor. Ergänzend zu den vorgenannten Fachgebieten wurde durch die Fakultät für Elektrotechnik die Möglichkeit zur Bildung einer Sektion " Elektrische Verfahrenstechnik " untersucht. Diese Sektion sollte folgende Arbeitsgebiete umfassen: Elektrische Erregung und steuertechnische Beeinflussung von Wärmeprozessen; Metallbe- und Metallverarbeitung durch direkten Einsatz der Elektroenergie; Plasma- und Elektronenstrahltechnologie; Trenn- und Schneidtechnik.

In der Diskussion über die Bildung von Sektionen wurde auf der Sitzung des Kollegiums der THM am 04.02.1966 folgende Standpunkte herausgearbeitet:

" Die Bildung von Sektionen muß in den Rahmen der wissenschaftlichen Profilierung der THM bis zum Jahre 1980 gestellt werden. Die Bildung von Sektionen ist keinem Schema unterworfen, darf jedoch nicht das Prinzip des demokratischen Zentralismus durchbrechen. Es kann daher verschiedene Typen von Sektionen geben, die auch den Rahmen einer Fakultät sprengen können, aber einheitlich einem Dekan als übergeordnete Instanz unterstehen. Eine Sektion wird für einen langen Zeitabschnitt gebildet und ist als eine stabile Leitungsebene zu betrachten. Auf allen Leitungsebenen der Hochschule müssen die Prinzipien der Einheit von Theorie und Praxis, Lehre und Forschung sowie Ausbildung und Erziehung verwirklicht werden. Deshalb kann es keine Sektionen lediglich auf Forschungsbasis geben. Es sollten bestimmte Querschnittsinstitute ( z.B. Mathematisches Institut ) sektionsfrei bleiben. Die Zusammenarbeit der Sektion mit Instituten bzw. Einrichtungen außerhalb der Fakultäten bzw. der Hochschule muß vertraglich gebunden werden. " <sup>60</sup>

<sup>60</sup> UA TUMD: A 19 - Kollegiumssitzungen 1966

Besondere Schwerpunkte in der Diskussion über die Bildung von Sektionen waren u.a., die Stellung der Fachrichtungen zur Sektion oder innerhalb der Sektionen, die Verwirklichung der Einheit von Lehre und Forschung in der Sektion, die optimale Größe der Sektionen an der THM und die Wege zur Spezialisierung der Forschung.

Der Rat der Fakultät für Maschinenbau hatte sich in seinen Sitzungen am 24.03.1966 und am 27.04.1966 ausführlich mit dem Antrag der Fachrichtung Fördertechnik auf die Bildung einer Sektion befaßt.

Die Begründung für die Sektionsbildung, die Aufgabenstellung für die Sektion in Lehre und Forschung sowie die Klärung der Leitungsfrage nach prinzipiellen Gesichtspunkten wurden vom Rat der Fakultät dargelegt. Nach eingehenden Diskussionen befaßte der Rat der Fakultät folgenden Beschluß: " Der Rat der Fakultät befürwortet die Bildung der vorgeschlagenen Sektion Maschinen- und Stahlbau für Fördertechnik, Bau und Aufbereitmashinen und ist der Meinung, daß die schon vorhandene Schwerpunktbildung auf dem Gebiet der Fördertechnik die Basis für diese Sektionsgründung darstellt und daß damit ein Beitrag zur weiteren Profilierung der THM gegeben werden kann.

Der bisher durch die sinnvolle Synthese von Maschinenbau und Stahlbau erreichte Qualität der Ausbildung, die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Industrie in Lehre und Forschung, insbesondere mit den in und um Magdeburg konzentrierenden Betrieben der Fördertechnik sowie die verhältnismäßig große Zahl der bisher schon ausgebildeten promovierten Kader, können als Begründung für die Bildung der Sektion angesehen werden. " <sup>61</sup>

Die Vorbereitung dieser Sektionsgründung war große Bedeutung beizumessen, da auf ihr aufgebaut werden konnte, denn viele Grundsatzfragen konnten vor der Gründung der 1. Sektion an der THM dadurch bereits vorgeklärt werden. Am 10.11.1967 erfolgte dann die Gründung der ersten Sektion " Maschinenbau der Schwerindustrie, Fördertechnik und Baumaschinen " an der THM. Sie wurde als eine der ersten Sektionen in der DDR gegründet. Mit dieser Gründung wurde das Ziel verfolgt, die vorhandenen Kapazitäten in Lehre und Forschung vorrangig auf die Belange des Industriezweiges Schwermaschinen- und Anlagenbau zu konzentrieren. Die Sektion

<sup>61</sup> A TUMD: A IV.3. 9 - Fakultät für Maschinenbau - Fakultätssitzungen am 24.03.1966 und 27.04.1966

vereinigte in Lehre und Forschung die Fachgebiete: Maschinenbautechnik, Festkörpermechanik, Ausrüstungen der Schwerindustrie, Fördertechnik und Baumaschinen.

Als 2. Sektion an der THM wurde am 18.12.1967 die Sektion " Technologie der metallverarbeitenden Industrie " gegründet. Sie wurde aus den Instituten: Fertigungstechnik und betriebliches Meßwesen, Schweißtechnik, Projektierung, Ökonomie und Arbeitsgestaltung des Maschinenbaubetriebes, Werkstoffkunde und Werkstoffprüfung und mit den in ihnen vorhandenen Laboratorien, Versuchsfeldern und Werkstätten ( einschließlich Applikationslabor ) gebildet.

Sie vereinigte damit in Lehre und Forschung unter Beibehaltung der Institutsstruktur u.a. die Abteilungen bzw. Fachgebiete Umformtechnik, spanende Formung, Werkzeugmaschinen und Vorrichtungen, zerstörungsfreie Werkstoffprüfung, u.a.

Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gab am 10.04.1968 seine Zustimmung, zur beschleunigten Entwicklung der THM ab sofort die Sektionen " Technologie der metallverarbeitenden Industrie " und " Maschinenbau der Schwerindustrie, Fördertechnik und Baumaschinen " aus dem Verband der bestehenden Fakultäten herauszulösen und sie direkt dem Rektor zu unterstellen.

Mit Gründung der ersten beiden Sektionen sollte ein Beispiel für die Sektionsgründung an der THM geschaffen werden. Aus den Erfahrungen beim Aufbau dieser Beiden sollten die weiteren Sektionsgründungen, die schon in den einzelnen Fakultäten und Instituten vorbereitet wurden, profitieren.

Auf dem akademischen Festakt am 27.05.1968, dem 1. Höhepunkt im Prozeß der Hochschulreform an der THM, wurden dann weitere sieben Sektionen gegründet:

- Sektion Marxismus - Leninismus
- Sektion Ökonomische Kybernetik, Organisationswissenschaft und Betriebswirtschaft
- Sektion Rechentechnik und Datenverarbeitung
- Sektion Mathematik und Physik

- Sektion Dieselmotoren, Pumpen und Verdichter
- Sektion Apparate- und Anlagenbau
- Sektion Technische Kybernetik und Elektrotechnik.

Die Sektion stellte an der THM die organisatorische Einheit für Forschung, Lehre, Erziehung und Ausbildung dar. Ihr gehörten Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und die Studenten an.

Sie stellte die zweite Leitungsebene dar, und damit organisierte und koordinierte sie die langfristigen Aufgaben in Forschung, Lehre, Erziehung und Ausbildung eigenverantwortlich. Die Leitung der Sektionen erfolgte durch Direktoren nach dem Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung. Die Direktoren waren dem Rektor direkt unterstellt und über die Arbeit der Sektionen in Erziehung, Ausbildung, Weiterbildung und Forschung rechenschaftspflichtig. / Anlage 7: Der Leitungsaufbau einer Sektion an der THM /

Am Ende dieses Abschnittes möchte die Autorin noch ein kurze Darstellung zu den bestehenden Fakultäten an der THM geben.

In den früheren Jahren wurden die Institute den Fakultäten zugeordnet, die die Ausbildung der Studierenden und Aspiranten durchführten (siehe unter Ausführungen 2 und 3.3.3). Mit Gründung der Sektionen an der THM veränderten sich die Aufgaben bzw. die Struktur der Fakultäten.

Die Sektionen wurden aus den Verband der Fakultäten herausgelöst und bildeten die zweite Leitungsebene. Die Fakultäten wurden eine Einheit des neugegründeten Wissenschaftsrates und sollten sich nicht mehr mit Verwaltungsfragen beschäftigen sondern sich schwerpunktmäßig auf Fragen wie z.B. Berufungen, Durchführung von Promotions- und Habilitationsverfahren, Koordinierung der Studienprogramme orientieren.

Auf dem Festakt am 27.05.1968 wurden folgende Fakultäten gegründet: Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften, Fakultät für Technische Wissenschaften und Fakultät für Gesellschaftswissenschaften.

### 3.3.5 Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg

Ausgehend von den Prinzipien der Einheit von Ausbildung und Erziehung war das Hochschulstudium auf der Grundlage des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem weiterzuentwickeln. Das setzte voraus, daß neue Ausbildungsinhalte für vorhandene Fachrichtungen und das neue Fach- und Spezialstudien erforderlich wurden, damit die künftigen Absolventen in der Lage waren, die vor ihnen stehenden Aufgaben in der Praxis zu meistern.

Der VII. Parteitag der SED forderte, " [ ... ] daß der Bestand an wissenschaftlichen Kadern in der Volkswirtschaft bis 1980 [ ... ] bei Naturwissenschaftlern und Ingenieuren auf das 3,5 fache gesteigert wird. "

In der BRD wurde mit den " Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Aufbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen " ( 1960 ) <sup>62</sup> eine neue Stufe der hochschul- und gründungspolitischen Argumentation geschaffen. Es setzte sich die Einsicht durch, daß sich die bestehenden Hochschulen nicht beliebig erweitern ließen. Der Vorschlag des Wissenschaftsrates, neue Universitäten zu gründen, war zweifach motiviert: zum einen sollte dadurch die Ausbildungsmöglichkeit erhöht werden, zum anderen sollten die Neugründungen Strukturreformen erproben. Das Gewicht lag auf der ersten Funktion: die neuen Hochschulen sollten also vor allem die Funktion haben, die bestehenden zu entlasten.

Quantitative Basis der Vorschläge war die Vorausberechnung einer Studentenzahl für das Jahr 1970 von etwa 240 000 bis 260 000 Studierenden. In struktureller Hinsicht sollten mit den Neugründungen neue Wege in der organisatorischen Zusammenfassung der Fächer und in der Gestaltung von Unterricht und Erziehung erprobt werden. Zur Ausarbeitung dieser Konzeption wurde vom Wissenschaftsrat ein Gründungsausschuß eingesetzt. Im Jahre 1962 wurden die " Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestaltung neuer Hochschulen " veröffentlicht. Drei Hauptprobleme stellten sich aus der Sicht des Wissenschaftsrates im Hinblick auf die Hochschulreform durch

<sup>62</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. 1966.

Neugründungen: 1. die Bewältigung des Massenproblems, 2. die Ausbildung einer Elite, 3. die Errichtung von Hochschulen mit wenigen Fakultäten und schwerpunktmäßiger Berücksichtigung bestimmter Gebiete.

1966 erfolgten dann die " Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen.

**/ siehe unter Ausführungen 3.2 /**

Auf der Westdeutschen Rektorenkonferenz im Januar 1968 in Bad Godesberg wurde die sogenannte " Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform " unterzeichnet. Sie enthält Vorschläge zur Verwirklichung bestimmter Leitsätze, die in der Erklärung festgelegt waren.

Auszug aus der Erklärung:

" Die Zukunft der westdeutschen Universitäten hängt ab von den Entscheidungen, die sie jetzt selber treffen.

Aufbau und Ausbau der Universitäten und die Bemühungen um eine Neuordnung der Studiengänge waren zwar von zahlreichen Reformen begleitet; sie lösten jedoch nur einzelne, jeweils dringliche Probleme. Die körperschaftliche Verfassung der Universität und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft müssen neu bestimmt werden. Die Reform der inneren Struktur der Universität muß von den folgenden Leitsätzen ausgehen:

- Die grundrechtliche Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre ( Grundgesetz 5, 3 ) begründet und begrenzt ihre korporative Organisation;
- Die kritische Funktion der Wissenschaft in der Gesellschaft erfordert die Autonomie der Universität;
- Mitarbeit begründet Mitverantwortung;
- Leistungsfähigkeit verlangt Differenzierung der Funktionen;
- Sachgerechte Erfüllung der Funktionen erfordert korporative Selbstkontrolle. " <sup>63</sup>

<sup>63</sup> Schmidt, Lothar / Thelen, Dieter: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge ?, Frankfurt a.M., Hamburg 1969.

Entsprechend den Erfordernissen, die sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ergaben, mußten auch die Formen der Wissensvermittlung in Wissenschaft und Technik den neuen Verhältnissen angepaßt und mit einem neuen Inhalt versehen werden. Das mit der Hochschulreform in der DDR durchgesetzte Studiensystem war darauf gerichtet, daß der Student bereits im Ausbildungsprozeß stärker als bisher auf selbständiges schöpferisches Arbeiten orientiert wurde.

Es war deshalb notwendig, die Ausbildung so zu gestalten, daß auf einer breiten wissenschaftlichen Grundlage die Vermittlung eines abgestimmten Anteils an Spezialkenntnissen gesichert wurde. Die Studierenden mußten befähigt werden, sich dem durch die rasche Entwicklung von Wissenschaft und Technik hervorgerufenen ständig wachsenden Bedingungen durch hohe Einsatzdisponibilität besser und schneller anzupassen. Um eine den volkswirtschaftlichen Interessen entsprechende Studienwerbung und -beratung der zukünftigen Studenten zu gewährleisten, wurden wie alljährlich auch 1967 und 1968 der " Tag der offenen Hochschultür " veranstaltet. Dabei hatten die interessierten Bewerber aus den Erweiterten Oberschulen, Betriebsberufsschulen, der NVA und der Praxis die Möglichkeit, sich mit den Studienbedingungen, Ausbildungsstätten, Forschungs- und Sozialeinrichtungen sowie mit den möglichen Spezialeinrichtungen der THM vertraut zu machen. Insbesondere gaben die Gespräche mit dem Lehrkörper und den Studenten Einblick in die Ausbildung und das gesellschaftliche Leben der Studierenden der THM und trugen bei vielen Bewerbern wesentlich zur Entscheidungsfindung und Urteilsbildung über das Studieren an einer Technischen Hochschule der DDR bei.

Zur Überwindung des für viele Studenten schwierigen Überganges von der Oberschule zur Hochschule wurden vielfältige Möglichkeiten geboten. Stellvertretend hierfür sollen die während der Woche des organisierten Selbststudiums durchgeführten Einführungslehrgänge in den Fächern Mathematik und Physik sowie die Herausgabe der " Sammlung von Aufgaben aus der Elementarmathematik zur Vorbereitung auf das Studium an der Hochschule " genannt werden, die sich in der Studienpraxis bewährten. Der schöpferischen Mitarbeit der Studenten wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zur Stimulierung der Leistungen der Studenten wurden Prüfungsbefreiungen für sehr gute und gute Leistungen ausgesprochen und kollektive Prüfungsbefreiungen von Seminargruppen erhielten erstmalig

solche Studentenkollektive, die es verstanden, durch kollektive Zusammenarbeit alle Mitglieder des Kollektivs zu guten Leistungen anzuregen und keine Mittelmäßigkeit im Studium zuließen.

Die Erhöhung der Effektivität und Praxisbezogenheit der Ausbildung stellte einen Schwerpunkt dar, um dem Hauptanliegen der Hochschulreform gerecht zu werden. Zur Realisierung dieser genannten Schwerpunktaufgabe trug auch der Studentenwettbewerb als ein Teil des Studiums bei, die Studierenden zum selbständigen, schöpferischen und wissenschaftlichen Arbeiten und Forschen zu befähigen. Der Studentenwettbewerb als eine Form der Verbindung mit der Industrie und der Einbeziehung der Studenten sollte garantieren, daß die Studenten die volkswirtschaftliche Wichtigkeit ihres Einsatzes besser erkennen und unmittelbar an technische Probleme im Betrieb herangeführt werden und mitarbeiten. Beim Studentenwettbewerb ging es auch um die Einbeziehung der FDJ-Gruppen in die Arbeit der Institute bzw. Sektionen.

In der gemeinsamen Sitzung des Senats und der FDJ-Hochschulgruppenleitung am 13.04.1966<sup>64</sup> wurde beschlossen mit dem wissenschaftlichen Studentenwettbewerb an der THM zu beginnen. Er wurde ab Herbst 1966 für das Studienjahr 1966 / 1967 durchgeführt. Alle Studierenden wurden aufgerufen, mit ihren im Verlauf des Studienjahres angefertigten oder noch anzufertigenden Jahresarbeiten am Wettbewerb teilzunehmen. Gleichzeitig wurden sie dazu aufgerufen, sich mit ihren im Rahmen des Studiums erarbeiteten Seminarvorträgen für die Teilnahme an einem wissenschaftlichen Studentenkolloquium der THM zu bewerben. Kommissionen, die dafür zeitweilig bei den Räten der Fakultäten bzw. beim Prorektor für Studienangelegenheiten gebildet wurden, werteten und bewerteten die Arbeiten bzw. die Vorträge, die dann entsprechend prämiert wurden. In diesem Wettbewerb wurden auch die jährlich stattfindenden Sportwettkämpfe miteinbezogen.

In Auswertung des Studentenwettstreits 1966 / 1967 und in gleichzeitigem Auftakt für die Vorbereitung des Studentenwettstreits 1967 / 1968 wurde festgestellt, daß 1 266 Studenten (48% aller Direktstudenten) auf den verschiedensten Gebieten am Wettbewerb teilgenommen hatten. Aus 109 von insgesamt 149 FDJ-Gruppen nahmen Studierende am Wettbewerb teil.

---

<sup>64</sup> UA TUMD: A 11 - Senatssitzungen 1966

251 Studenten beteiligten sich an wissenschaftlichen Arbeiten, 92 mit Übersetzungen größeren Umfanges, 479 an Olympiaden, 435 am sportlichen Wettstreit und 9 am künstlerischen Wettstreit.<sup>65</sup> Im Rahmen der Abschlußveranstaltungen zum Studentenwettstreit wurde im Mai 1967 das 2. wissenschaftliche Studentenkolloquium durchgeführt, wobei 17 Studenten über Ergebnisse ihrer Arbeiten innerhalb des Studentenwettstreits berichteten. Zufrieden war man mit diesem Ergebnis allerdings nicht, man erhoffte sich mehr Betätigungsdrang durch die Studierenden. Um den Studentenwettstreit für 1967 / 1968 mehr Studierende anzuspornen wurden die Institute verpflichtet für das Studienjahr 1967 / 1968 mindestens einen wissenschaftlichen Studentenzirkel<sup>66</sup> aufzubauen und zu betreuen.

Die Ergebnisse wurden bei der Bewertung der Leistungen der Studierenden im Studium mit hinzugezogen. Im Fach Konstruktionslehre wurden den Studierenden des 1. Studienjahres die Möglichkeit gegeben, eine Arbeit, z.B. die Konstruktion eines einfachen Werkstückspanners, selbständig anzufertigen. Wurde die Aufgabe erfolgreich gelöst, konnte der Studierende teilweise oder völlig von den Klausuren, den weiteren Übungen und der Belegarbeit befreit werden.

Mit diesen Argumenten war nicht ausgeschlossen, daß sich die Teilnehmerzahlen für die Studentenwettstreite erhöhten, und dieses wurde damit auch bezweckt. In diesem Studentenwettstreit wurden die Lehrkräfte miteinbezogen. Für sie war dieser Wettstreit eine zusätzliche Belastung, denn ihre eigentliche wissenschaftliche Arbeit mußte auch erfüllt werden.

Entsprechend der Forderung der " Prinzipien zur weiteren Entwicklung in Lehre und Forschung " und der Aufgaben, die die Hochschulreform in ihrer Zielstellung formulierte, war es erforderlich, auch das Studiensystem und die Studienkonzeptionen neu zu gestalten. So wurden für die Jahrgänge 1967 / 1968 völlig neue Lehrpläne erarbeitet und ein durchgängiges 4 ½-jähriges Studium eingeführt. Auf der Grundlage der aus Anlage 8 ersichtlichen drei verschiedenen Grundstudienpläne - mathematisch-naturwissenschaftlich, naturwissenschaftlich-elektrotechnisch, naturwissenschaftlich-maschinenbautechnisch - wurde der Studiengang entsprechend der gewählten Fachausbildung in ein 2-jähriges Grundstudium unterteilt, dem sich ein 2-jähriges

<sup>65</sup> SH 05.05.1967

<sup>66</sup> Begriffserklärung Wissenschaftlicher Studentenzirkel: Arbeitsgemeinschaft von Studierenden, die sich mit wissenschaftlichen Arbeiten / Forschungen beschäftigten.

Fachstudium und ein 6-monatiges Ingenieurpraktikum anschlossen. Damit betrug die Studiendauer der Absolventen der Matrikel 1967 und 1968 bis zum Diplomabschluß 4 ½ Jahre.

Zur Gewährleistung der praxisbezogenen Ausbildung<sup>67</sup> wurde bereits vor dem Studium ein 3-wöchiges Berufspraktikum in der Industrie absolviert. Damit sollte eine bessere Verteilung des Lehrstoffes des 1. Studienjahres und ein allmähliches Aneignen individueller Methoden des Studiums erfolgen. Nach Abschluß des 4. Studienjahres schloß sich ein 6-monatiges Ingenieurpraktikum an, wobei mindestens 75% aller Praktikumsaufgaben von den Betrieben vorgeschlagen wurden und die Studenten somit praxisbezogene Aufgaben bearbeiteten. 1967 wurde das Ingenieurpraktikum von allen Fachrichtungen der Hochschule in etwa 140 Betrieben der DDR durchgeführt.

Bei der Durchführung des Berufspraktikums zeigten sich immer wieder Mängel in der fachlichen Gestaltung. Dabei muß aber betont werden, daß durch die Einführung einer konkreten Aufgabenstellung für jeden Studierenden während des Praktikums eine bedeutende Verbesserung erzielt wurde. An Hand dieser Aufgabenstellung sollten die Studierenden betriebliche Aufgaben selbständig unter entsprechender Anleitung lösen.

Die Aufgabenstellungen wurden rechtzeitig aus den Betrieben angefordert und zur Überprüfung bzw. endgültigen Formulierung an die Betreuerassistenten mit einer entsprechenden Anleitung weitergeleitet. Die Aufgabenstellung sollte dem Studierenden rechtzeitig vor Beginn des Praktikums zwecks Vorbereitung mitgeteilt werden. Die Bearbeitung der Aufgabe sollte aber keinesfalls nur eine Beschäftigungstheorie sein, sondern mußte dem Niveau angepaßt sein und den Studierenden auslasten.

Es zeigte sich aber, daß einige Studierende und Kollektivleiter während des Berufspraktikums bei der Erledigung der Aufgabe, bei der gesellschaftlichen Arbeit im Betrieb ( z.B. Zusammenarbeit mit der FDJ-Betriebsgruppe ) und bei der Organisation und Durchführung von Betriebsbesichtigungen und Fachvorträgen nur sehr wenig Eigeninitiative und Einsatzbereitschaft zeigten. Von den Betreuern der Betriebe wurde auch häufig die mangelnde Arbeitsdisziplin kritisiert. Zur Verbesserung des Berufspraktikums wurde vorgeschlagen, eine gründliche Auswertung in Form eines Seminars oder

---

<sup>67</sup> Begriffserklärung praxisbezogene Ausbildung: Herstellung einer engen Verbindung zwischen Theorie und Praxis im Studienprozeß.

Kolloquiums durchzuführen, wobei die wichtigsten Fakten der angefertigten Arbeiten dargestellt werden sollten.

Im Sinne einer sich zwischen Wissenschaftlern und Praktikern immer enger entwickelnden Kooperation verlief die Sitzung des Rates der Fakultät für Maschinenbau im VEB Schwermaschinenbau " Ernst Thälmann " am 22. März 1967<sup>68</sup>. Hier wurden grundlegende Probleme der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie erörtert, die insbesondere auf die Durchführung des Ingenieurpraktikums, die Diplomarbeit und den späteren Absolventeneinsatz betrafen. Im Rahmen des Ingenieurpraktikums und der Diplomarbeit erfolgte eine konkrete Einbeziehung der Studenten in praxisbezogene Forschungsthemen, wobei neben der Aneignung fachlicher Fähigkeiten der Studenten besonders der Persönlichkeitsbildung eine große Bedeutung beigemessen wurde.

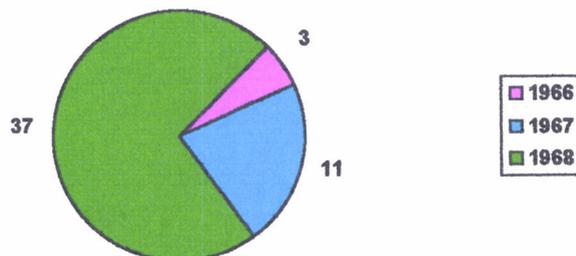
Entsprechend der Forderung nach schneller Heranbildung hochqualifizierter Kader und Erweiterung des Forschungspotentials der Hochschule, wurde den Studenten mit hervorragenden fachlichen und gesellschaftlichen Leistungen die Möglichkeit der Aufnahme eines dreijährigen Forschungsstudiums geboten, das sich an das vierjährige Direktstudium anschloß.

Das Forschungsstudium schloß mit dem Erwerb des zweiten akademischen Grades ( Dr. des Wissenschaftszweiges ) ab.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren war 1967 / 1968 eine Steigerung der Anzahl der Forschungsstudenten an der THM zu verzeichnen.

**/ Abbildung 13 /**

**Abbildung 13: Anzahl der Forschungsstudenten an der THM 1966 - 1968**



<sup>68</sup> SH 07.04.1967

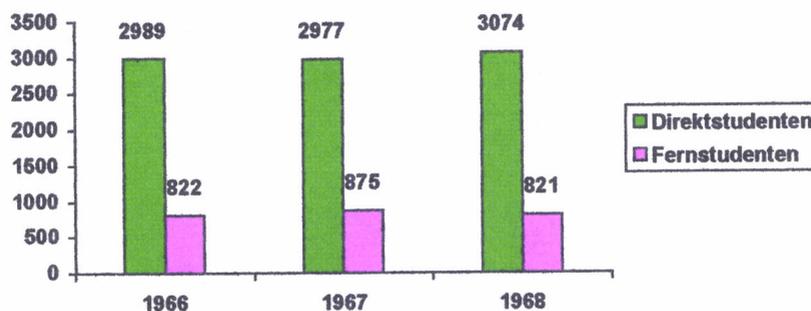
Neben der Ausbildung im 4 1/2jährigen Direktstudium erfolgte die Qualifizierung im Fernstudium und im postgradualen Studium in ausgewählten Fachrichtungen.

Da durch das Direkt- und Fernstudium der hohe und ständig wachsende Bedarf insbesondere an fachspezifisch prozeßorientierten Diplomingenieuren nicht in der geforderten Höhe gedeckt werden konnte, bot die Einführung des postgradualen Studiums (Dauer 3 Semester) für Diplomingenieure und Ingenieure mit langjährigen Betriebserfahrungen die Möglichkeit, sich neueste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung auf einem Spezialgebiet anzueignen.

Im Jahre 1968 führten insgesamt 1 828 Teilnehmer ein solches Studium, durch. Davon erhielten 668 den Fachingenieurabschluß.

Das gesamte System der Weiterbildung wurde flexibel gehalten, um jeweils kurzfristig den Erfordernissen der sich rasch entwickelten Produktivkraft angepaßt zu werden können. Durch die auf diese Weise mögliche jederzeitige Aufnahme modernster Weiterbildungsmaßnahmen in das Programm der THM wurde eine planmäßige, dem Niveau und der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechende Qualifizierung besonders der technische Fachkräfte in der Industrie gewährleistet. / **Abbildung 14** /

**Abbildung 14: Anzahl der Direkt- und Fernstudenten an der THM  
1966 - 1968**



**Hinweis:** Die Anlagen 9 und 10 zeigen die Strukturpläne des Direktorats für Erziehung und Ausbildung und des Direktorats für Weiterbildung.

### 3.3.6 Forschungsarbeit an der Technischen Hochschule Magdeburg " Otto von Guericke " Magdeburg

Das Anliegen der Hochschulreform bestand bezüglich der Forschung nicht nur in der Einbeziehung des Forschungspotentials der Hochschuleinrichtungen in die sozialistische Kooperation und der Erzielung von Höchstleistungen. Gleichmaßen mußten in der notwendigen Einheit von Lehre und Forschung die Hauptaufgaben in der Ausbildung von qualifizierten Kadern, die bei ihrem späterem Einsatz selbst in der Lage sein müssen, wissenschaftliche und gesellschaftliche Höchstleistungen zu erbringen, die notwendige Berücksichtigung finden.

Das Forschungsprofil der THM war vorwiegend auf die Erfordernisse des Schwermaschinen- und Anlagenbaues abzustimmen und darüber hinaus auf die wichtigsten Industriezweige, wie z.B. Elektrotechnik, Fahrzeugbau und Verarbeitungsmaschinen zu orientieren. Hierzu waren als profilbestimmende Gebiete u.a. anzusehen: Technologie, metallurgische Ausrüstungen und Fördertechnik, Dieselmotoren.

Die Forschungsorientierungen der THM ergaben sich in den Jahren 1967 und 1968 aus den Aufgaben der Wissenschaftsentwicklung der an der THM vertretenen Fachgebiete in der notwendigen Wechselbeziehung von Ausbildung und Forschung. Die Anzahl der Forschungsaufträge mit den Magdeburger Betrieben, Kombinat und Institutionen machte über den betrachteten Zeitraum ca. 20% der Gesamtforschungsaufträge aus.<sup>69</sup>

An erster Stelle mußten bezüglich der Hauptkooperationspartner hier genannt werden der VEB Schwermaschinenbaukombinat " Ernst Thälmann " Magdeburg, der VEB Schwermaschinenbaukombinat " Karl Liebknecht " Magdeburg und der VEB Armaturenkombinat " Karl Marx " Magdeburg. Die Forschungsarbeit an der THM erfolgte in Organisationsformen, wie Forschungskollektiven<sup>70</sup>, Forschungsgruppen<sup>71</sup> und Forschungsgemeinschaften<sup>72</sup>.

<sup>69</sup> Unterlagen des Direktorats für Forschung

<sup>70</sup> Begriffserklärung Forschungskollektiv: auf Forschungsthemen bezogene Gruppe von Wissenschaftlern, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Assistenten, technischen Kräften und Studierenden.

<sup>71</sup> Begriffserklärung Forschungsgruppe: auf ein Fachgebiet bezogene Anzahl von Forschungskollektiven, zugeordnet einer bestimmten Sektion.

<sup>72</sup> Begriffserklärung Forschungsgemeinschaft: Form der Zusammenarbeit von Forschungskollektiven, die über den Rahmen einer Sektion oder der Hochschule hinausgeht.

Der Planteil Forschung des Gesamtplanes der THM gliederte sich in die Planteile Wissenschaft und Technik sowie die Gesellschaftswissenschaftliche Forschung.

Für den Berichtszeitraum ergab sich die in der **Abbildung 15** entsprechend den Unterlagen des Direktorats für Forschung hinsichtlich der Forschungskapazität dargestellte Detailübersicht.

Ein in die Forschung integrierter Bestandteil war das Patent- und Neuererwesen. Die erfolgreiche Arbeit der Angehörigen auf diesem Gebiet wurde in 40 Patentanmeldungen und 165 Neuerervorschlägen ersichtlich, die einen Gesamtnutzen von 170 TM erbrachten. Zu dieser guten Bilanz trugen 138 Neuerer bei. Eine Zusammenfassung der Aktivitäten im Patent- und Neuererwesen zeigt die **Abbildung 16**.

**Abbildung 15: Forschungskapazität an der THM 1967 - 1968**

Jahr	Themenanzahl	Forschungsvolumen ( TM )
1967	189	2809
1968	230	4142

**Abbildung 16: Aktivitäten im Patent- und Neuererwesen an der THM 1967 - 1968**

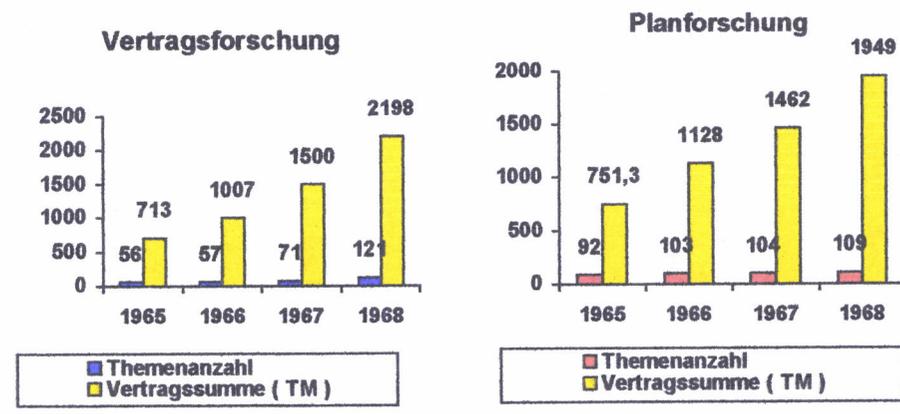
	1967	1968
Patentanmeldungen	21	19
eingereichte Neuerervorschläge	87	78
Neuerervorschläge in Benutzung	24	27
Nutzungen aus Neuerungen ( TM )	80	90
Neuerervereinbarungen	8	13
Neuerer	60	78

## Zusammenarbeit mit der Industrie

Die schon auf Initiative des Prorektors für Forschung der THM im Dezember 1962 durchgeführte Konferenz über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Magdeburger Industriebetrieben ergab eine Reihe guter Hinweise und die Bereitschaft der Betriebe, mit der THM noch enger als bisher zusammenzuarbeiten. In der Folgezeit war jedoch zu verzeichnen, daß die Intensivierung dieser Zusammenarbeit nur spontan erfolgte, da weder von der THM noch von den Industriebetrieben eine entsprechende Kontrolle der Beschlüsse durchgeführt wurde. So zeigte sich 1967, daß auf bestimmten Gebieten noch die gleichen Probleme standen, wie sie 1962 bereits behandelt wurden. Besonders hervorzuheben war hierbei der damalige Hinweis von Prof. Hinze, Institut für Kolbenmaschinen, daß im SKL keine konkreten Vorstellungen bestanden, über die Weiterentwicklung der Dieselmotoren. Prof. Hinze wies darauf hin, daß man sich bereits damals Gedanken machen müßte, wie ein Dieselmotor im Jahre 1970 auszusehen hätte.

Vergleicht man den Umfang und den Wert der von der THM auf Vertragsebene durchzuführenden Forschungsarbeiten, so war besonders in den letzten Jahren, 1966 - 1968, zweifellos eine stark steigende Tendenz zu beachten. / Abbildung 17 /

Abbildung 17: Übersicht über Plan- und Vertragsforschung der THM 1965 - 1968



Es zeigte sich jedoch immer wieder, daß infolge persönlicher Kontakte zwischen Mitarbeitern der THM einerseits und Mitarbeitern der Magdeburger Betriebe andererseits, die Forschungstätigkeit spontan erfolgte, und im wesentlichen auf die Lösung von Tagesfragen, bzw. solcher Probleme

gerichtet war, die im Verlaufe des Planjahres oder des Folgejahres anstanden. Die Planforschung an der THM erfolgte zum größten Teil auf Initiative der einzelnen Institute bzw. der Themenbearbeiter. Auch hier konnte in den letzten Jahren ein Fortschritt erzielt werden, in dem einerseits seitens der Hochschulleitung eine Orientierung auf bestimmte Forschungsschwerpunkte gegeben wurde und andererseits sich die komplexe Bearbeitung bestimmter Forschungsthemen in Einzelfällen zeigte. Auch dieser Zustand mußte auf die mangelhafte Orientierung der THM zurückgeführt werden, die ihrerseits über die in den Industriebetrieben des Bezirkes Magdeburg bestehenden Probleme keine Information besaß.

Ebenfalls war als Mangel einzuschätzen, daß es an der THM keine Stelle gab, an der die vielfältigen Verbindungen der einzelnen Institute mit einzelnen Industriebetrieben bzw. Abteilungen oder Bereiche einzelner Betriebe koordiniert wurden.

Seit 1967 waren verstärkte Bemühungen des Prorektorats für Forschung vorhanden, mit dem Ziel, mit den Magdeburger Großbetrieben sowie mit dem Rat des Bezirkes Magdeburg entsprechende Koordinierungsvereinbarungen, insbesondere über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, abzuschließen.

Am 13.12.1967 wurden die ersten Kooperationsvereinbarungen zwischen der THM und dem SKET, dem SKL sowie dem MAW unterzeichnet. Damit war ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Industrie getan.<sup>73</sup> Am 22.04.1968 unterzeichnete die THM Koordinierungsvereinbarungen mit 6 Schwerpunkt - VVB über 5 Millionen Mark Forschungskapazität.<sup>74</sup> Damit war die THM für die komplexen Forschungsaufgaben wichtiger VVB des Industriezweiges Schwermaschinen- und Anlagenbau Hauptauftragsnehmer / Abbildung 18 / und organisierte die Kooperation innerhalb der THM und mit Forschungsstätten anderer Hochschulen und anderen Einrichtungen.

Der Umfang der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den wirtschaftsleitenden Organen wurde durch Vereinbarungen bestimmt, die als Grundlage von abzuschließenden Wirtschaftsverträgen für wissenschaftlich-technische Leistungen dienten.

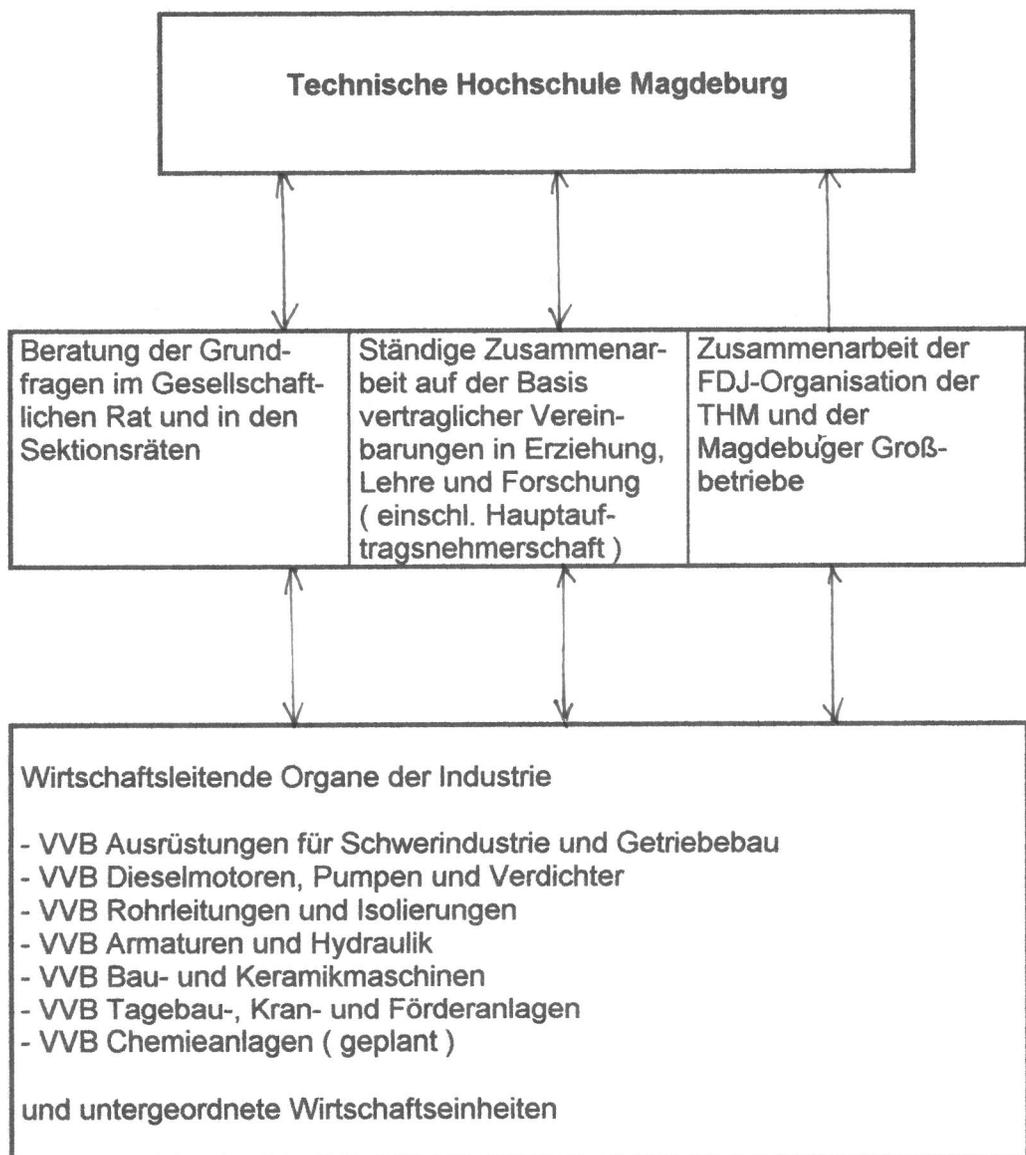
---

<sup>73</sup> SH 20.12.1967

<sup>74</sup> SH 03.05.1968

Die angestrebten Lösungswege und erreichten Forschungsergebnisse waren zu verteidigen und ihre Effektivität war in der Praxis nachzuweisen. Durch ihre Mitarbeit in Kooperationsverbänden beeinflusste die THM aktiv die Überleitung der Forschungsergebnisse in der Produktion. Die Zusammenarbeit mit der Industrie wurde so gestaltet, daß sie sowohl die wissenschaftlich-technische Entwicklung der Industriezweige als auch den Lernprozeß an der THM förderte.

*Abbildung 18: Hauptformen der Zusammenarbeit mit der Industrie*



#### 4. Weiterführung der Hochschulreform an der Technischen Hochschule " Otto von Guericke " Magdeburg

Als Ergebnis der 1. Etappe der Hochschulreform an der THM wurde ein Gesamtmodell der Technischen Hochschule in seinen Grundzügen herausgearbeitet. Es war u.a. durch folgende Merkmale charakterisiert:

Um die staatliche Leitungstätigkeit an der THM nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu gestalten, wurde als gesellschaftliches Organ der Hochschule analog den Erfahrungen der Industrie ein Gesellschaftlicher Rat gebildet, der Erziehung, Lehre und Forschung entscheidend beeinflusste.

Um die wissenschaftliche Entwicklung der Hochschule auf der Grundlage von Prognosen der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten wurde ein Wissenschaftsrat gegründet.

Das Leitungssystem der THM wurde vereinfacht, es umfaßt zwei Leitungsebenen.

Die Institute und Fachrichtungen wurden zu Sektionen zusammengefaßt.

Der Staatsrat der DDR beriet am 04.10.1968 in Anwesenheit von Hochschul-  
lehrern, Vertretern der Akademie der Wissenschaften, des Forschungsrates  
und weiterer wissenschaftlicher Institutionen, von Studenten, Vertretern  
staatlicher Organe, gesellschaftlicher Organisationen und von wirtschafts-  
leitenden Organen, Kombinat und Großbetrieben über die Weiterführung  
der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975.  
Eine vom Staatsrat berufene Kommission erarbeitete einen Beschlußentwurf  
über die Weiterführung der Hochschulreform und die Entwicklung des Hoch-  
schulwesens bis 1975, welcher am 20.01.1969 vom Staatsrat beschlossen  
wurde. Der Beschlußentwurf beinhaltet die Schwerpunkt, wie die Konzen-  
tration des wissenschaftlichen Potentials der Universitäten und Hochschulen  
zur Erzielung von Höchstleistungen in Forschung und Lehre, die qualitative  
Verbesserung der Ausbildung und Erziehung, die ständige Weiterbildung der  
Hoch- und Fachschulkader in Wissenschaft und Praxis,  
Planung, Leitung und Organisation des Hochschulwesens und die Erwei-  
terung des wissenschaftlichen Potentials der Universitäten und Hochschulen.

Der Beschlußentwurf hatte an der THM erneut Diskussionen ausgelöst. Die Diskussionen waren gekennzeichnet durch Überlegungen, wie die im Beschlußentwurf enthaltenen Zielstellungen, Grundsätze und Aufgaben unter Berücksichtigung des bisher in der Hochschulreform an der THM erreichten Entwicklungsstandes praktisch umgesetzt werden könnten. Unter diesem Aspekt wurden auch die Diskussionen in allen Bereichen der Hochschule durch die leitenden Gremien geführt.

Zu den einzelnen Problemkomplexen, wie sie der Beschlußentwurf enthielt, ließen sich aus den geführten Diskussionen einige Ergebnisse festhalten. Die politische Bedeutung des Beschlußentwurfes sah man darin, daß die im Entwurf festgelegten Grundsätze nicht nur in der gegenwärtigen Periode der Hochschulreform von Bedeutung waren, sondern weit über den Perspektivzeitplan bis 1975 hinaus die Entwicklung von Ausbildung, Erziehung und Forschung bestimmten. Dementsprechend wurde von vielen Diskussionsmitgliedern eine prinzipielle, auf prognostische Einschätzungen gestützte Umgestaltung der THM gefordert. Die Mehrheit der an der Diskussion Beteiligten brachte zum Ausdruck, daß das Wesen des Beschlußentwurfes mit einfachen Korrekturen am bestehenden Studiensystem, an den vorliegenden Forschungs- und Ausbildungskonzeptionen nicht entsprochen werden könnte; notwendig sei vielmehr eine grundlegende Veränderung des gesamten Studiensystems, der Ausbildungs-, Erziehungs- und Forschungsarbeit.

Zustimmung gab es dazu, die wissenschaftliche Kapazität der THM fest in die auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte orientierten Großforschungsthemen zu integrieren und die z.B. immer noch bestehende Zersplitterung der Forschung durch zügige Fortführung des Konzentrationsprozesses möglichst bald zu überwinden. Insbesondere hat die Aussprache im Gesellschaftlichen Rat am 05.02.1969 die Aufmerksamkeit der Hochschulleitung auf eine verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der THM und ihren Kooperationspartnern im Magdeburger Raum gerichtet. Es mußte z.B. überprüft werden, wie auf diesem Wege eine optimale Ausnutzung der Forschungskapazität schrittweise angestrebt und recht bald Leistungen, wie sie der Beschluß des Staatsrates fordert, erzielt werden könnten.

Gleichzeitig wurde sowohl von den Studierenden wie vom Lehrkörper und von den wissenschaftlichen Mitarbeitern begrüßt, daß eine frühzeitige Einbeziehung der Studenten in die Forschungsarbeit angestrebt wird. Jedoch wurde sogleich darauf hingewiesen, daß die derzeitigen personellen und materiellen Voraussetzungen noch völlig unzureichend sind, um der

Forderung des Beschlusses des Staatsrates nach einer Erhöhung des Anteils der Forschungsstudenten auf 20 % gerecht werden zu können. Zur qualitativen Verbesserung der Ausbildung und Erziehung gab es Einverständnisse zum vierjährigen Studium, wobei in einigen Sektionen wie Technologie, Mathematik / Physik, Apparate- und Anlagenbau, erste Modellvorstellungen für ein solches Studiensystem entworfen wurden. Jedoch wurde von vielen darauf verwiesen, daß diese Modelle nicht isoliert für einzelne Sektionen erarbeitet werden können, sondern daß hierzu recht schnell von der 1. Leitungsebene der THM eine entsprechende Grundkonzeption erarbeitet werden müßte, die die allgemeingültigen Bedingungen für die Sektionen fixiert. Nur so ließe sich unnötige Kraft- und Zeitvergeudung vermeiden.

Von den Kooperationspartnern aus der Industrie wurden Hinweise und Vorschläge zur Weiterbildung unterbreitet, wie das Weiterbildungsprofil und die zur Weiterbildung notwendige Kapazität entwickelt werden müßten, um den vielfältigen Anforderungen der Praxis gerecht zu werden. Der Stellvertreter des Ministers für Schwermaschinen- und Anlagenbau und der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Magdeburg unterbreiteten im Gesellschaftlichen Rat am 05.02.1969 den Vorschlag an der THM ein Institut für die Weiterbildung von Leitungskadern der Betriebe des Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbau zu bilden. Der Vorschlag fand die Zustimmung des Gesellschaftlichen Rates.

In der Diskussion wurde vielfach die nach Einführung der neuen Hochschulstruktur zugenommene Belastung des wissenschaftlichen Personals mit wissenschaftsorganisatorischer Tätigkeit kritisiert. In diesem Zusammenhang wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Voraussetzungen zur Erfüllung von Höchstleistungen in Forschung und Lehre im Beschlußentwurf nicht so exakt und klar formuliert worden seien wie in der Rede Walter Ulbrichts auf der 9. ZK - Tagung.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Studierenden betreffend wurde bemängelt, daß die derzeitigen Möglichkeiten zum Selbststudium in den Internaten unzureichend sind. Des weiteren sollte dem geistig-kulturellen und sportlichen Leben durch den Bau von Sportplätzen, einer Turnhalle sowie von Kulturstätten, Klubräumen u.s.w. mehr Beachtung geschenkt werden.

Die Hochschulreform an der THM wurde auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED, der IV. Hochschulkonferenz und des 6. Plenums des ZK der SED weitergeführt. Die Aufgaben der 2. Etappe der Hochschulreform wurden in der Neufassung der Leitgedanken und in der von der Führungsgruppe des Rektors erarbeitete Führungskonzeption zur Weiterführung der Hochschulreform an der THM bis zum 20. Jahrestag der DDR festgelegt.

In der 1. Etappe der Durchführung der Hochschulreform wurde das politische Grundanliegen der Hochschulreform herausgearbeitet, die Konzeption für das Modell der Entwicklung der THM zur modernen " sozialistischen " Hochschule erarbeitet und wichtige Schritte zur Verwirklichung des Modells wurden eingeleitet.

In der 2. Etappe der Hochschulreform kam es nun darauf an, die neuen Möglichkeiten zur Weiterführung der Hochschulreform zu nutzen. Das mußte wie bisher unter Einbeziehung aller Hochschulangehörigen und unter Beachtung der gesammelten Erfahrungen geschehen.

Die Hochschulleitung orientierte alle Hochschulangehörigen auf die Erreichung meßbarer Ergebnisse zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR in der wissenschaftlichen Leitungstätigkeit, der Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung, der Forschung sowie der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen.

1968 wurde begonnen, die neue Leitungsstruktur, die ein Ergebnis der 1. Etappe der Hochschulreform war, an der THM einzuführen. Da es sich aber noch nicht um ein voll funktionierendes Leitungssystem handelte, weil zunächst nur die Voraussetzungen geschaffen wurden, gab es viele Probleme, wie z.B. die Leitung und den Ablauf der wissenschaftlichen Arbeit innerhalb der Sektionen, die nun in der 2. Etappe gelöst werden mußten. Eine Lösung war z.B. die Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung, wobei die entsprechenden Vorarbeiten an der THM schon geleistet wurden, deren Ergebnisse aber noch nicht wirksam wurden.

Die abgeschlossenen Vereinbarungen zwischen der THM und den 6 VVB waren eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Industrie. Nun hieß es in der 2. Etappe der Hochschulreform, mit diesen Vereinbarungen und die dort festgelegten Aufgaben, zu arbeiten.

## 5. Zusammenfassung

Durch intensive Auswertung der vorhandenen Akteneinheiten im Archiv der Otto-von-Guericke-Universität, aber auch durch eigene Recherchen, konnte in dieser Arbeit die Entwicklung der THM im Zuge der Hochschulreform von 1964/1965 bis 1968 dargestellt werden.

Als Ergebnis konnte festgestellt werden, daß die Gesamtentwicklung des Hoch- und Fachschulwesens in der damaligen DDR seit ihrer Gründung und damit auch die Geschichte der THM geprägt waren durch den Sozialismus. Daraus ergibt sich, daß die Bildungspolitik der SED die Entwicklungen an der THM bestimmten.

Die THM war 1953 eine der ersten neu gegründeten " sozialistischen " Hochschule in der DDR. Sie hat auch als erste Technische Hochschule in der DDR das Modell einer " sozialistischen " Technischen Hochschule konzipiert, praktiziert und verteidigt. Damit war die THM eine der ersten Hochschulen in der DDR, die die Hochschulreform durchsetzte.

Die THM orientierte sich bei der Hochschulreform vorwiegend auf die Belange des Schwermaschinen- und Anlagenbaues der DDR.

In der ersten Phase der Hochschulreform wurden zunächst organisatorische Veränderungen der Hochschulstruktur - wie die Einführung von Sektionen und neuer Leitungsgremien wie Wissenschaftsrat und Gesellschaftlichen Rat - bessere Voraussetzungen für inhaltliche und methodische Veränderungen in Forschung und Lehre als der eigentlichen Aufgabe der Hochschulreform geschaffen.

Bis Mai 1968 wurden an der THM neun Sektionen anstelle von den bisherigen Instituten gegründet. Am 10.11.1967 wurde als eine der ersten Sektionen in der DDR und als erste in Magdeburg die Sektion Maschinenbau gegründet.

Es wurden zwei Leitungsebenen eingeführt, die des Rektors und des Sektionsdirektors. Die neuen Leitungsgremien hatten bereits 1968 ihre Arbeit aufgenommen. Weitere Ergebnisse der Hochschulreform waren die Einführung des 5jährigen Studiums und des Forschungsstudiums, die Unterteilung des Studiums in Grund- und Fachstudium und die Aufstellung von neuen Studienplänen und -programmen. Diese Studienpläne wurden vor Vertretern der Industrie verteidigt.

Auf dem akademischen Festakt am 27.05.1968 wurde die neue Struktur der THM, die neuen Ausbildungsformen und -inhalte durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR bestätigt.

Bei der Auswertung der Akteneinheiten im Universitätsarchiv mußte festgestellt werden, daß zu bestimmten Fragestellungen keine Antworten bzw. Erklärungen gefunden wurden. Das könnte verschiedene Ursachen haben, zum einen, die Akteneinheiten wurden unsachmäßig in den Registraturen geführt oder zum anderen, es wurden " separate " Akteneinheiten angelegt, die man nicht an das Universitätsarchiv gab. Das letztere würde die Autorin eher annehmen, den es mußten Informationsberichte an das MHF über die Durchführung der Hochschulreform und über deren Diskussionen gemacht werden. Und diese Berichte sind nur im geringen Umfang vorhanden, die inhaltlich sehr wenig aussagen. Eine Möglichkeit, wo noch Unterlagen sich befinden könnten, wäre im Bestand des ehemaligen Bezirksparteiarchiv. Diese Unterlagen befinden sich im Landeshauptarchiv Magdeburg. In den nächsten Jahren sollte in Erwägung gezogen werden, den Bestand der Partei, insofern er die Universität betrifft, zu sichten, teilweise zu kopieren und in einem eigenen Bestand des Universitätsarchiv einzuordnen.

Da es zunächst galt, sich auf die Quellen aus dem Universitätsarchiv zu stützen, war es nicht im großen Umfang möglich einen Vergleich mit anderen Hochschulen und Universitäten zu ziehen. Empfehlenswerte Vergleiche wären solche mit der TU Dresden, als ältester technische Bildungseinrichtung der ehemaligen DDR, mit der TU Chemnitz, die im gleichen Jahr wie die THM gegründet wurde, oder mit der TU Braunschweig, zu der die Universität Magdeburg schon in den ersten Jahren ihrer Existenz, verstärkt aber seit 1990, enge Beziehungen unterhielt.

Aus dieser Arbeit ergeben sich Problemstellungen, die künftig bearbeitet werden könnten. Für diese Bearbeitung würde die Autorin folgende Fragestellungen vorschlagen:

1. Wie wurde die Hochschulreform an der THM weitergeführt ?
2. Wie sah die Durchführung der Hochschulreform an anderen Hochschulen und Universitäten der ehemaligen DDR aus und Hochschulreform in der BRD ? Ein Vergleich !

## **6 Anhang**

### **6.1 Abbildungsverzeichnis**

### **6.2 Anlagenverzeichnis und Anlagen**

### **6.3 Literatur- und Quellenverzeichnis**

### **6.4 Eidesstattliche Erklärung**

## **6.1 Abbildungsverzeichnis**

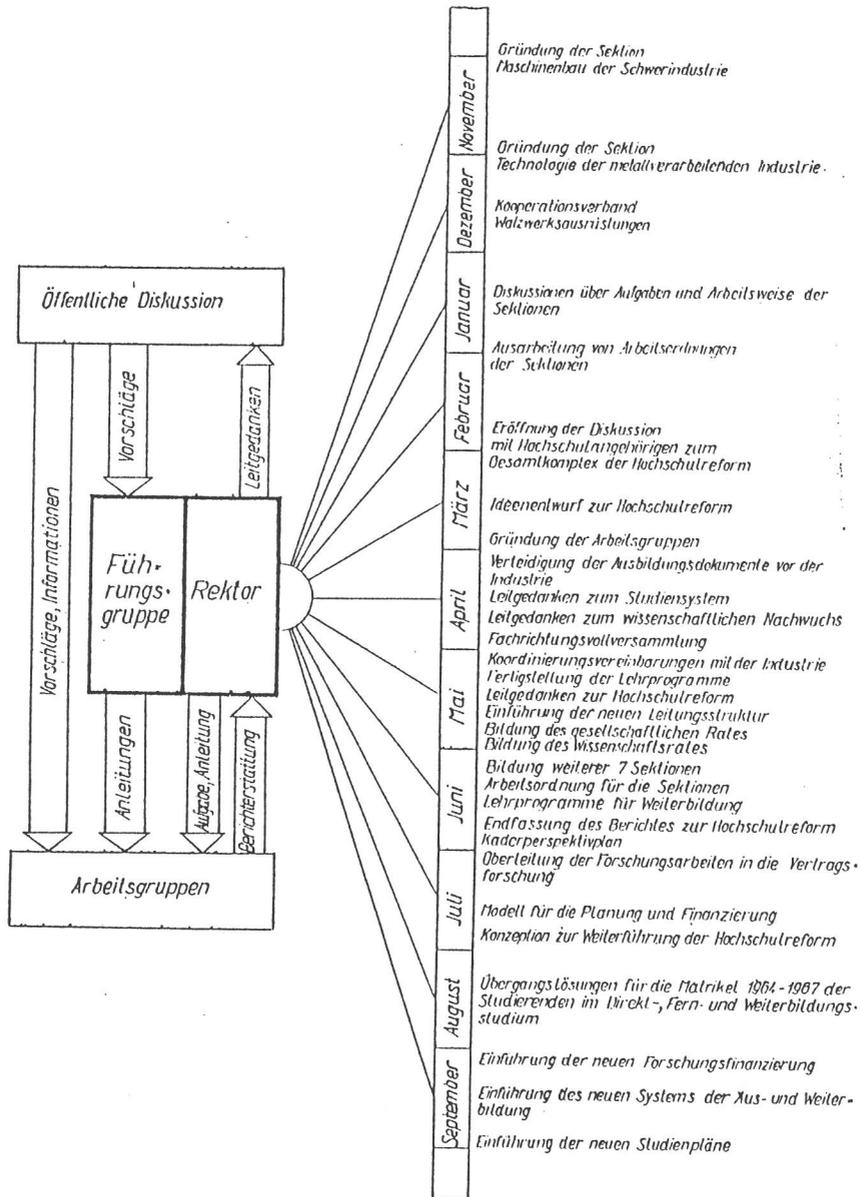
- Abbildung 1: Studierende an der Hochschule
- Abbildung 2: Beschäftigte an der Hochschule
- Abbildung 3: Hörsaal- und Seminarplätze an der Hochschule
- Abbildung 4: Promotionen an der Hochschule
- Abbildung 5: Übersicht über Institute, Abteilungen, Fachrichtungen und Fakultäten an der Hochschule
- Abbildung 6: Forschungsergebnisse 1965 und 1966
- Abbildung 7: Patent- und Neuererwesen an der THM 1965 / 1966
- Abbildung 8: Veröffentlichungen der THM 1965 / 1966
- Abbildung 9: Ergebnisse des Fachliteraturwettbewerbes 1965
- Abbildung 10: Arbeitsgruppen während der 1. Etappe der Hochschulreform
- Abbildung 11: Informationsfluß für die Aktivierung und Auswertung der Diskussionen
- Abbildung 12: Art und Quelle der eingebrachten Vorschläge zur Hochschulreform
- Abbildung 13: Anzahl der Forschungsstudenten an der THM 1966 - 1968
- Abbildung 14: Anzahl der Direkt- und Fernstudenten an der THM 1966 - 1968
- Abbildung 15: Forschungskapazität an der THM 1967 - 1968
- Abbildung 16: Aktivitäten im Patent- und Neuererwesen an der THM 1967 - 1968
- Abbildung 17: Übersicht über Plan- und Vertragsforschung der THM 1965 - 1968
- Abbildung 18: Hauptformen der Zusammenarbeit mit der Industrie

## 6.2 Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Führung der Hochschulreform an der THM
- Anlage 2: Verzeichnis der wichtigsten in der 1. Etappe der Hochschulreform an der THM erarbeiteten Materialien
- Anlage 3: Aufstellung weiterer Arbeitsgruppen an der THM
- Anlage 4: Alte Leitungsstruktur der THM
- Anlage 5: Bisher praktizierte Weisungslinien an der THM
- Anlage 6: Der Leitungsaufbau der THM
- Anlage 7: Der Leitungsaufbau einer Sektion an der THM
- Anlage 8: Grund- und Fachstudium an der THM
- Anlage 9: Strukturplan des Direktorats für Ausbildung und Erziehung der THM
- Anlage 10: Strukturplan des Direktorats für Weiterbildung der THM
- Anlage 11: Auszug aus dem Inhalt der Führungskonzeption zur Weiterführung der Hochschulreform an der THM

# Anlage 1: Führung der Hochschulreform an der THM

Sozialistische Hochschulreform der TH Magdeburg



**Anlage 2: Verzeichnis der wichtigsten in der ersten  
Etappe der Hochschulreform an der THM erarbeiteten  
Materialien**

1. Führungskonzeption zur Durchführung der Hochschulreform an der THM
2. Maßnahmeplan zur Realisierung der Führungskonzeption zur Durchführung der Hochschulreform an der THM
3. Ideenentwurf zur Durchführung der Hochschulreform an der THM
4. Leitgedanken zur Durchführung der Hochschulreform an der THM. Vorschlag ( Fassung vom 02.04.1968 )
5. Leitgedanken zur Schaffung des Studiensystems an der THM ( 24.04.1968 )
6. Lehrprogramme für die Ausbildung der Studierenden im Grundstudium, Fachstudium und für die Spezialisierung im Fachstudium
7. Leitgedanken zu den Aufgaben, zur Stellung und Rolle der wissenschaftlichen Mitarbeiter an der THM
8. Leitgedanken zur Durchführung der Hochschulreform an der THM ( Fassung vom 04.06.1968 )
9. Grundsätze zum System der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit an der THM
10. Arbeitsordnung der Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie der THM
11. Arbeitsordnung und Arbeitsprogramm des Gesellschaftlichen Rates der THM
12. Arbeitsordnung des Wissenschaftsrates der THM
13. Entwurf des Statuts der THM
14. Argumentationsmaterial ( fortlaufende Reihe Nr. 1 bis 8 )
15. Wöchentliche Presseinformationen Nr. 1 bis 10
16. Führungskonzeption zur Weiterführung der Hochschulreform an der THM bis zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR
17. Maßnahmeplan zur Realisierung der Führungskonzeption
18. Plan der politisch-ideologischen Arbeit der THM bis zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR

## **Anlage 3: Weitere Arbeitsgruppen an der THM**

### **Stabsgruppe des Rektors**

Der Stabsgruppe gehörten 5 ständige Mitarbeiter an.

Aufgaben der Stabsgruppe:

Terminkontrolle, Vorbereitung der Führungsgruppensitzungen des Rektors.

### **Arbeitsgruppe Kaderarbeit**

In der Arbeitsgruppe arbeiteten 5 ständige Mitarbeiter mit.

Aufgaben:

- Erarbeitung von neuen Funktionsplänen und Kaderperspektivplänen ( zentrale Funktionen ) der Sektionen und deren Kontrolle und Anleitung,
- Weiterbildungspläne für Hochschulkader,
- Grundsätze für Anforderungen.

### **Arbeitsgruppe Schwermaschinenbau Magdeburg**

Auf Grund eines Beschlusses des Sekretariats des ZK von 1967 über Probleme des Maschinenbaues in der Stadt Magdeburg wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Stellvertretender Ministers im Ministerium für Schwermaschinen- und Anlagenbau ) eingesetzt, die folgende Aufgaben zu lösen hatte:

1. Stabilisierung der Lage und Erhöhung des Niveaus der Leitung in den Großbetrieben SKET, SKL und MAW. Die Probleme der Erhöhung des Niveaus der Technologie, der Planung und Leitung der wissenschaftlich-technischen Arbeit und der Kooperation waren dabei besonders zu beachten.
2. Ausarbeitung und Entscheidung der Grundfragen für die prognostische Entwicklung und Rationalisierung der Magdeburger Großbetriebe, wobei die Einführung moderner Technologien im Vordergrund stand.

An der Durchführung dieser Aufgaben arbeitete ein Mitglied der Arbeitsgruppe Leitungsfragen der THM mit.

Zur Unterstützung der Durchsetzung der technologischen Konzeptionen der Magdeburger Großbetriebe sind seitens der THM folgende Schwerpunkte zu beachten:

1. Erhöhung der Studentenzahlen in den technologischen Fachrichtungen.
2. Profilierung der technologischen Ausbildung unter gleichzeitiger Bildung von Spezialrichtungen der metallverarbeitenden Industrie.
3. Intensivierung der technologischen Forschungskapazität und Orientierung auf die technologischen Konzeptionen der Großbetriebe.
4. Langfristige Koordinierung der Forschungsaufgaben zwischen THM, Betrieben und Wissenschaftlich -Technischen Zentren.
5. Informationsaustausch über technologische Konzeptionen sowie der Entwicklung von Wissenschaft und Praxis.

#### **Arbeitsgruppe Wissenschaftlich-produktive Tätigkeit der Studierenden**

Ihr gehörten 5 ständige Mitarbeiter an. Träger dieser Arbeitsgruppe war die Hochschulorganisation der FDJ. Die Arbeitsgruppe stand in enger Wechselbeziehung zu den Arbeitsgruppen " Forschung ", " Ausbildung und Erziehung ", " Information und Propaganda ".

Ihr oblagen folgende Aufgaben:

1. Erarbeitung von Grundsätzen zum System der wissenschaftlich-produktiver Tätigkeit.
2. Vorbereitung und Auswertung der Schrittmacherkonferenz des Zentralrates der FDJ Ende April 1968 in Dresden.  
Ziel: Darlegung der bis dahin herangereiften Vorstellungen und praktischen Beispiele über die Beteiligung der FDJ-Grundorganisation an der Gestaltung unserer THM zu einer modernen sozialistischen Hochschule.

#### **Arbeitsgruppe Prognose**

Die Arbeitsgruppe bestand aus 7 ständigen Mitarbeitern.

Zur Aufgabe der Arbeitsgruppe gehörten: die Erarbeitung prognostischer Einschätzungen zur Entwicklung der Ausbildungskapazität und des Ausbildungsprofils der THM.

### **Arbeitsgruppe Elektronische Datenverarbeitung**

Zur Arbeitsgruppe gehörten 5 ständige Mitarbeiter.

Die Erarbeitung einer Konzeption über die Anwendung der EDV in der Ausbildung, Weiterbildung, in der Forschung und für die Planung und die Leitung an der THM zählten zu deren Aufgaben.

### **Arbeitsgruppe Gesellschaftswissenschaften**

9 ständige Mitarbeiter zählten zu dieser Arbeitsgruppe.

Aufgaben der Arbeitsgruppe:

- Erarbeitung von Vorschlägen zu Struktur- und Leitungsfragen im Bereich Gesellschaftswissenschaften.

Der Bereich Gesellschaftswissenschaften umfaßte folgende Institute und Abteilungen:

1. Institut für Marxismus-Leninismus
2. Institut für Fremdsprachen
3. Institut für Pädagogik
4. Abteilung Studentensport
5. Abteilung Geschichte der Technik
6. Abteilung Neuerer-, Erfinder-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht
7. Abteilung Internationale Beziehungen.

### **Arbeitsgruppe Ökonomie**

Die Arbeitsgruppe bestand aus 5 ständigen Mitarbeitern.

Die auf Beschluß der Senatssitzung vom 24.11.1965 gebildete Senatskommission "Planung" wurde, um die Voraussetzungen für eine planmäßige, schrittweise Verwirklichung der "Prinzipien" an der THM zu schaffen, in ihrer Stellung, in ihrer Leitung und ihrem Arbeitsinhalt wie folgt geändert:

1. Die Senatskommission "Planung" wird umbenannt in "Ständige Senatskommission für Planung der wissenschaftlichen Entwicklung und Ökonomie"
2. Der Prorektor für Forschungsangelegenheiten wird mit der Leitung der Kommission beauftragt.
3. Die Arbeit der Kommission orientiert sich auf folgende Aufgaben:
  - a) Prognose der wissenschaftlichen Entwicklung und Ableitung von Maßnahmen für die Profilierung der THM nach Fachgebieten, Fachrichtungen und Lehrstühlen;

- b) Analyse der Bedarfsentwicklung an Ingenieuren und Ableitung der notwendigen Zulassungsbedingungen in den verschiedenen Studienformen;
- c) Festlegung der Proportionen in der Ausbildungskapazität für die Fakultäten und Fachrichtungen in Übereinstimmung mit a + b;
- d) Festlegung von Größenordnungen der technisch-organisatorischen Struktur der Ausbildungseinrichtungen ( z.B. einzelne oder gemeinsame Werkstätten und Laboratorien, Bibliotheken u.a. );
- e) Ableitungen von Forschungsschwerpunkten, Sektionen und Forschungsgemeinschaften aus der Prognose der Wissenschaftsentwicklung und Entwicklung der Wissenschaftsorganisationen;
- f) perspektivische Planung der Entwicklung der Investitionen, der Haushaltsmittel, der Arbeitskräfte und der Aufwendungen für Werterhaltung in Abstimmung mit der Profilierung und Entwicklung der Wissenschaftsbereiche;
- g) Entwicklung von Normativen und Richtwerten für die Planung der Verwendung der materiellen und finanziellen Fonds sowie der Arbeitskräfte in Übereinstimmung mit der Funktion der Struktureinheiten;
- h) Überprüfung der Planvorschläge vor der Bestätigung durch den Rektor;
- i ) Durchführung von Analysen und Optimierungsrechnungen zum Einsatz von materiellen und finanziellen Mitteln sowie Arbeitskräften im Verhältnis zu auszubildenden Studentenzahlen und der Forschungsarbeiten;
- j) Bestimmung der Richtung der Rationalisierung der Arbeits- und Betriebsorganisation sowie Begutachtung der Rationalisierungsmaßnahmen.

Die Ständigen Senatskommission für Planung der wissenschaftlichen Entwicklung und Ökonomie hatte drei Unterkommissionen:

1. Planung im Ausbildungsbereich;
2. Planung im Forschungsbereich;
3. Planung im ökonomischen Bereich.

#### Arbeitsgruppe Hochschulstatut

4 ständige Mitarbeiter gehörten zur Arbeitsgruppe. Ihre Aufgaben waren die Erarbeitung eines neuen Statuts der THM, welches am 10.07.1968 bestätigt wurde.

**Arbeitsgruppe Planung und Finanzen**

10 ständige Mitarbeiter zählten zur Arbeitsgruppe. Zu ihren Aufgaben gehörten: Arbeitszeitbilanz erstellen, Istanalyse ermitteln und Normative Kennzahlen erarbeiten.

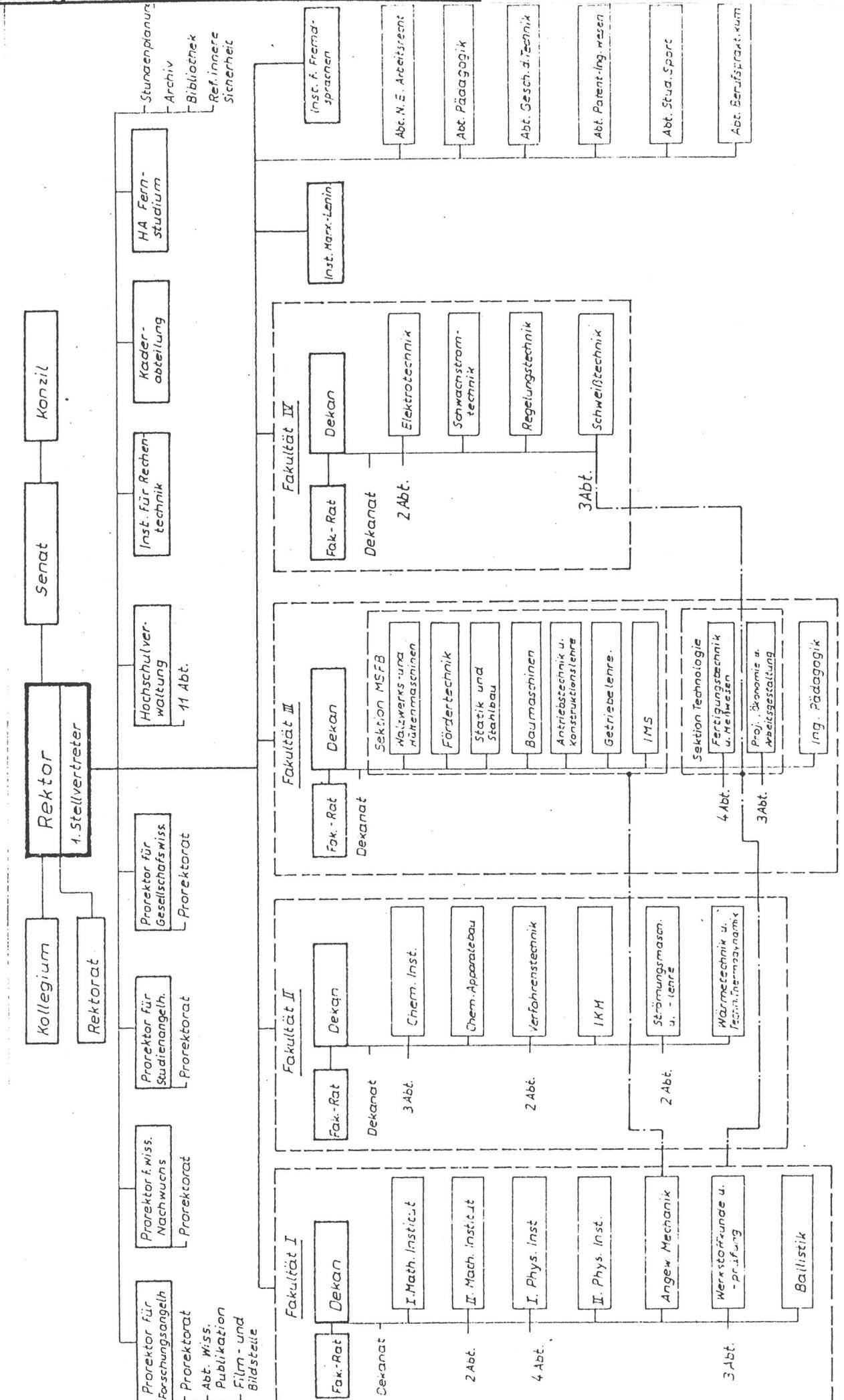
**Arbeitsgruppe Arbeits- und Lebensbedingungen**

6 ständige Mitarbeiter gehörten der Arbeitsgruppe an. Zu ihren Aufgaben zählten die Analyse der Arbeits- und Lebensbedingungen an der THM und deren Realisierung sowie die sozialen Belange der Studenten und Angehörigen der THM ( Kindergartenplätze, Wohnheimprobleme, u.a. ).

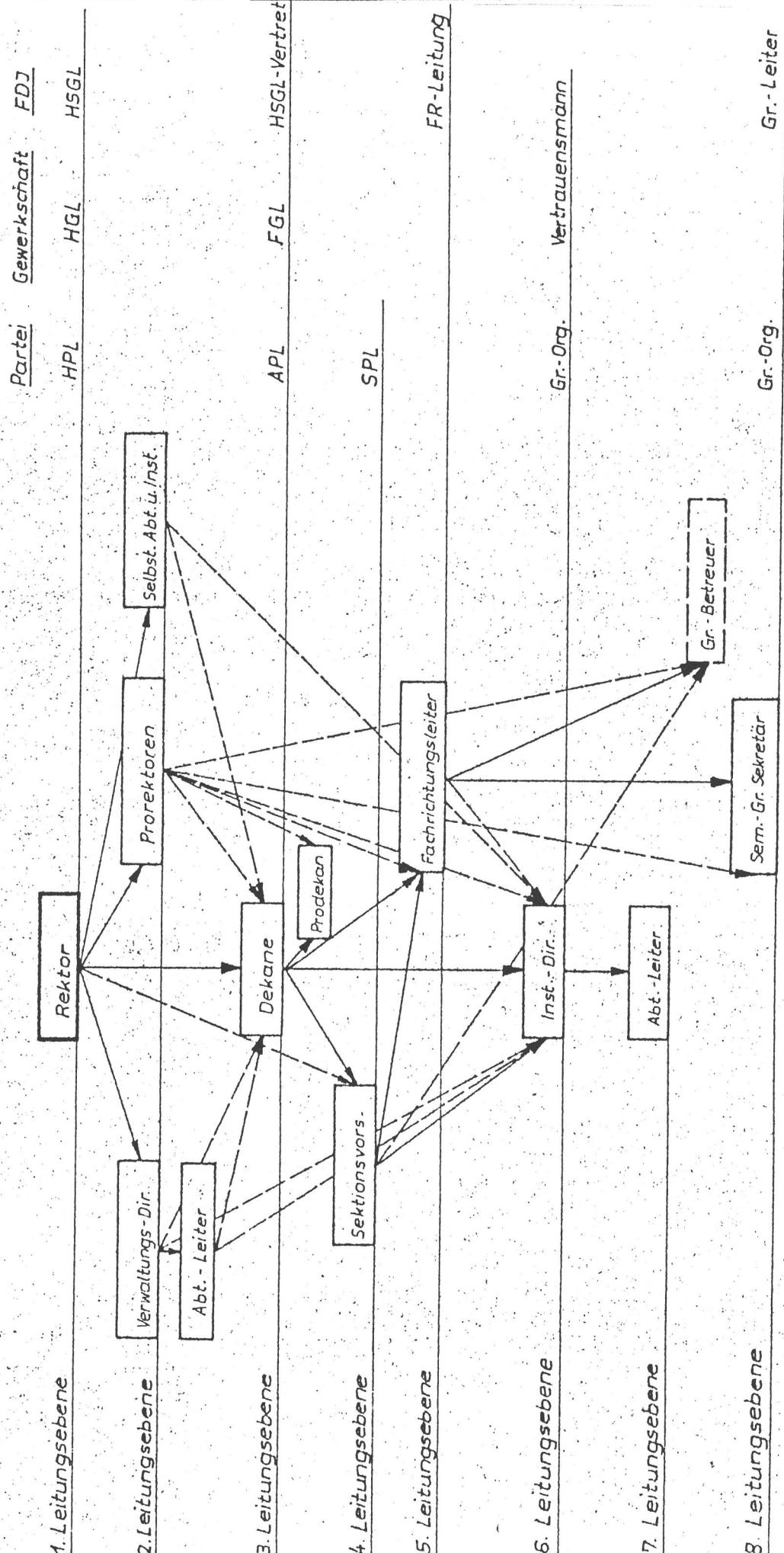
**Arbeitsgruppe Baukonzeption**

7 ständige Mitarbeiter gehörten zur Arbeitsgruppe. Ihr oblag die Aufgabe, eine Baukonzeption für die THM zu erarbeiten.

# Anlage 4: Alte Leitungsstruktur der THM

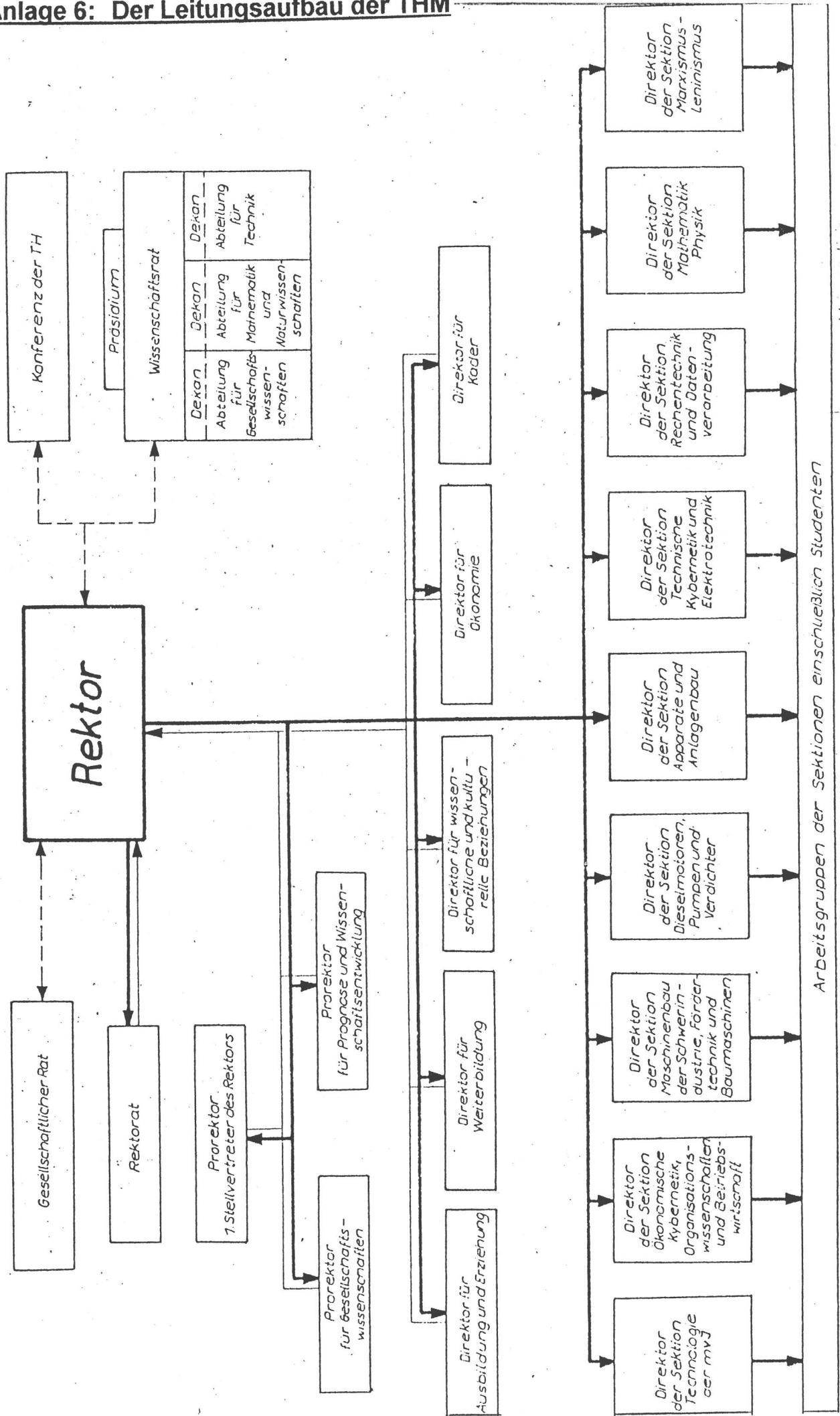


**Anlage 5: Bisher praktizierte Weisungslinien an der THM**



Volle Linienzüge — offizielle Weisungslinien  
 Gestrichelte Linienzüge — inoffizielle Weisungslinien

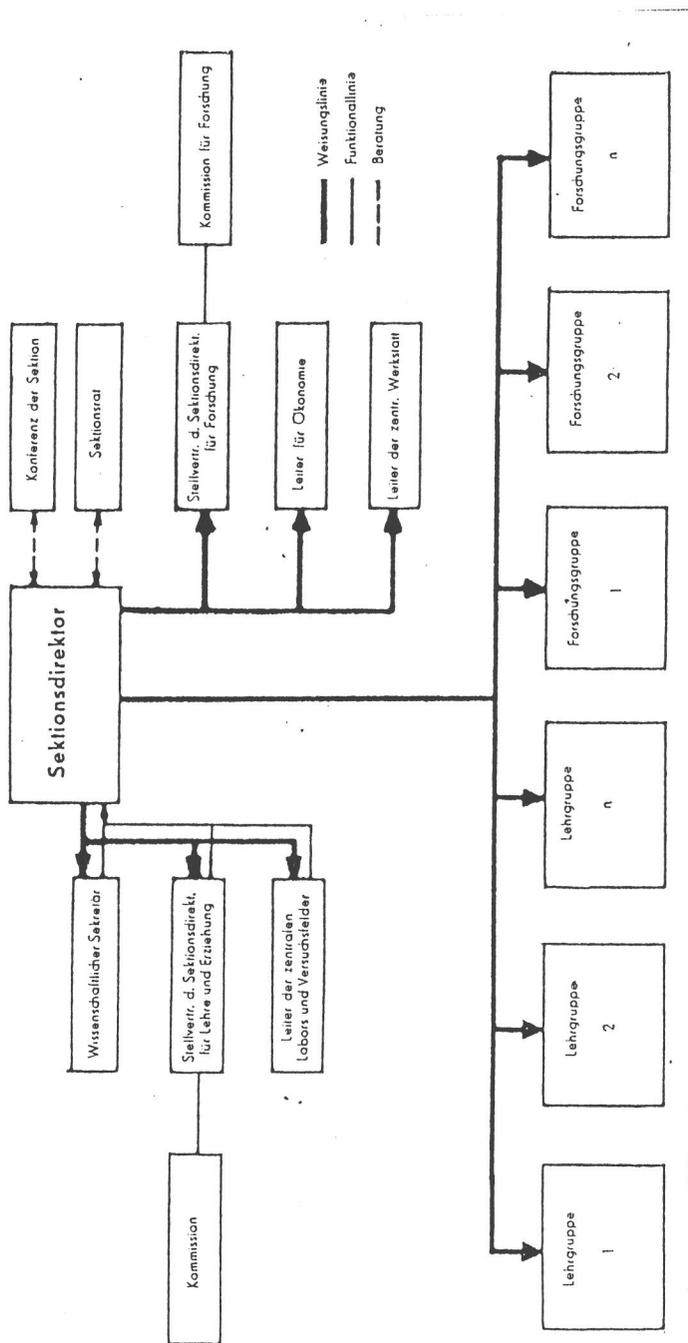
Anlage 6: Der Leitungsaufbau der THM

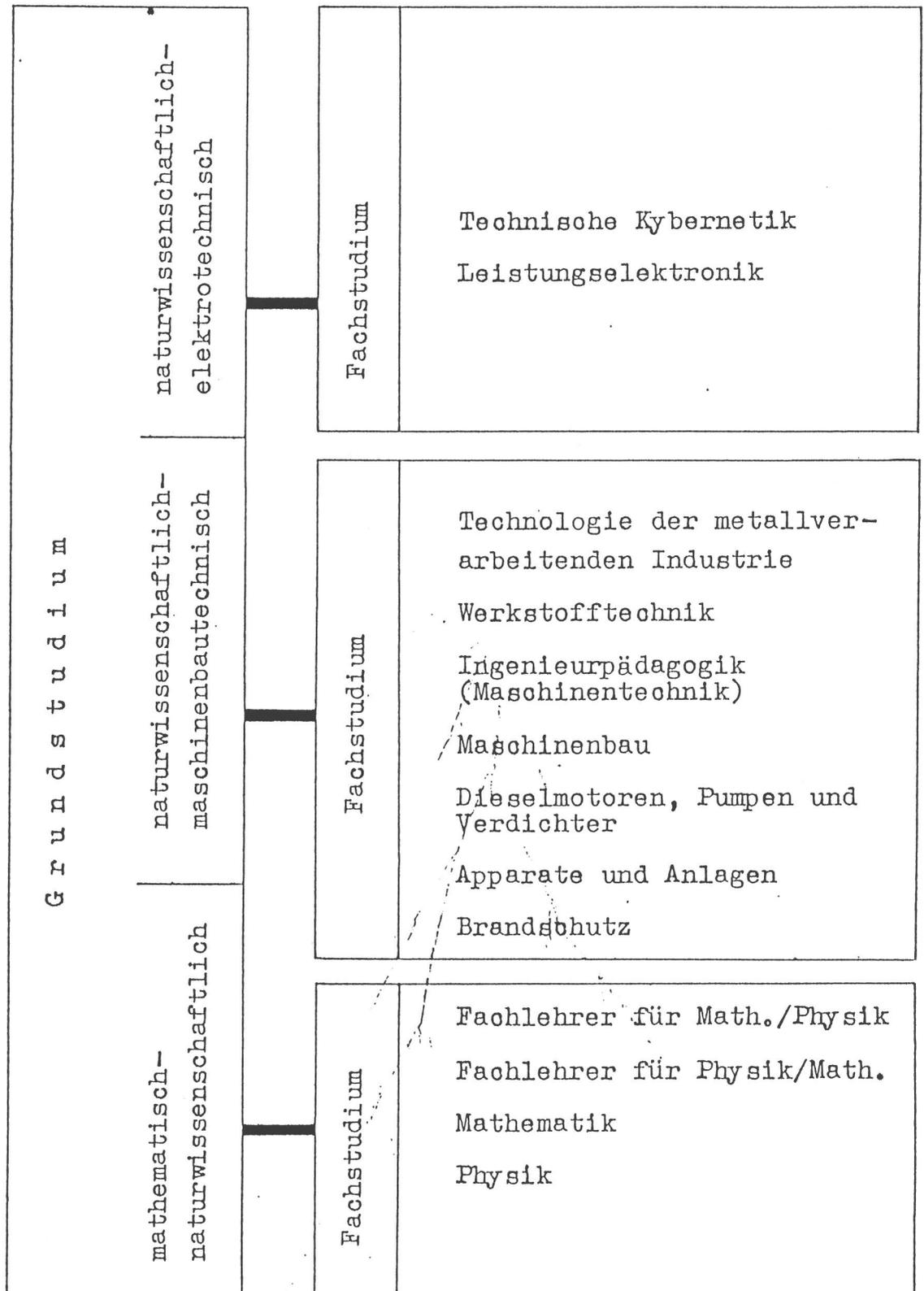


— Weisungslinie  
 - - - - - Funktional- und Informationslinie

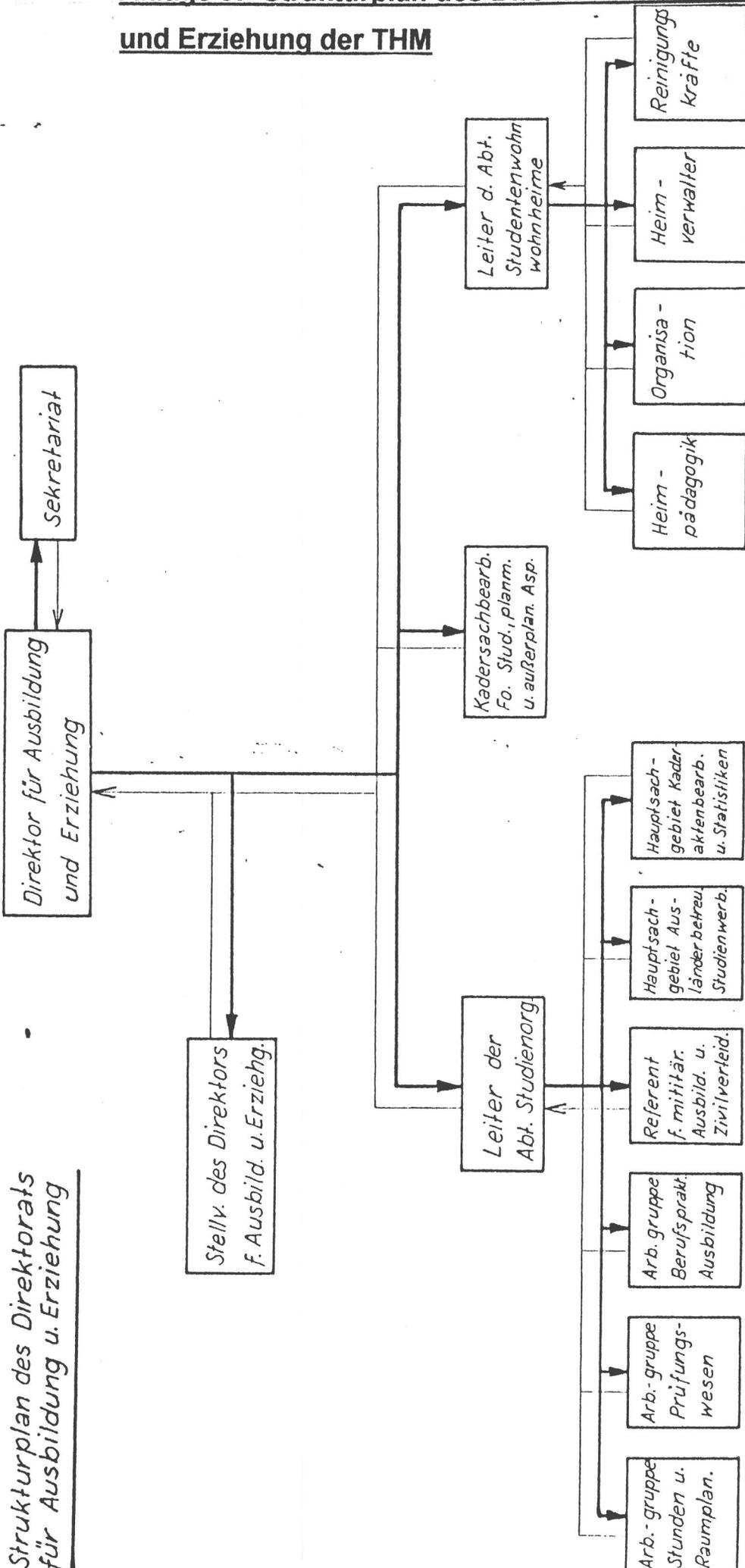
Arbeitsgruppen der Sektionen einschließlich Studenten

**Anlage 7: Der Leitungsaufbau einer Sektion an der THM**



Anlage 8: Grund- und Fachstudium an der THM

# Anlage 9: Strukturplan des Direktorats für Ausbildung und Erziehung der THM

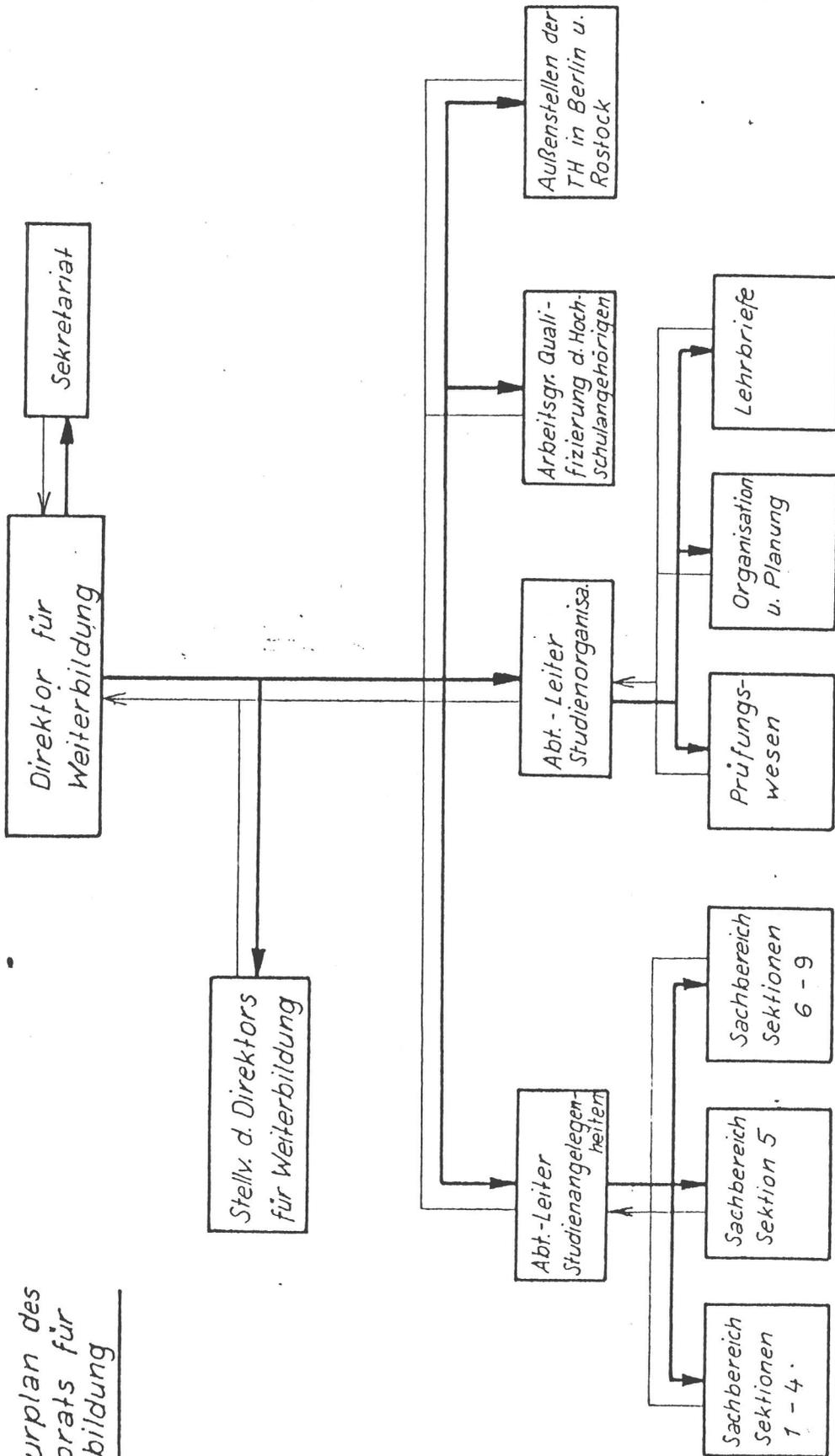


Strukturplan des Direktorats für Ausbildung u. Erziehung

Bestätigt am 1.12.1968  
*[Signature]*

— Weisungslinie  
— Informationslinie

# Anlage 10: Strukturplan des Direktorats für Weiterbildung der THM



Strukturplan des Direktorats für Weiterbildung

Weisungslinie  
Informationslinie

Bestätigt am 1. 12. 68  
*[Signature]*

## Anlage 11: Auszug aus der Führungskonzeption zur Weiterführung der Hochschulreform an der THM

### 1. Politisch-ideologische Arbeit

Die politisch-ideologische Arbeit mit allen Hochschulangehörigen erfolgt auf der Grundlage eines einheitlichen Planes der politisch-ideologischen Arbeit. Er ist die Basis für die staatliche Leitungstätigkeit und die Arbeit der Massenorganisationen. In ihm sind die Aufgaben für die klassenmäßige und wehrpolitische Erziehung, die Erziehung zur Freundschaft mit der SU enthalten.

Von Bedeutung ist die Zusammenarbeit der staatlichen Leitung mit den Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen insbesondere mit der Hochschulleitung, HGL und HSGL der FDJ.

### 2. Hauptaufgaben der staatlichen Führungstätigkeit

Die Führungstätigkeit des Rektors basiert auf einem Maßnahmeplan, der auf folgende Hauptaufgaben orientieren muß:

1. Die prognostische Arbeit muß zum ständigen Bestandteil der Leitungstätigkeit werden. Die Weiterarbeit an der Gesamtprognose der THM muß planmäßig so erfolgen, daß die Endfassung im September 1969 vom Gesellschaftlichen Rat und vom Wissenschaftsrat beraten werden kann.
2. Während des bisherigen Verlaufs der Hochschulreform haben sich Arbeitsgruppen zur Unterstützung der staatlichen Leiter bewährt. Die Mitarbeiter dieser Arbeitsgruppen werden zum 31.07.1968 entlastet und ihre Aufgaben werden den neu zu bildenden Arbeitsgruppen bei den Prorektoren und Direktoren übertragen.
3. Die schrittweise Durchsetzung des ökonomischen Systems an der THM ist zu sichern. Wichtige Etappen auf diesem Wege sind:
  - Einführung des neuen Systems der Forschungsfinanzierung am 01.09.1968;
  - Durchführung einer ökonomischen Konferenz an der THM im November 1968, auf der auch die Rationalisierungskonzeption der THM beraten wird;
  - Einführung der leistungsabhängigen Finanzierung in allen Sektionen am 01.01.1969.

4. Aufbau eines funktionsfähigen Informationssystems. Nach Auswertung der bisher in der Hochschulreform gesammelten Erfahrungen und unter Einbeziehung moderner technischer Hilfsmittel soll ein Projekt für den Aufbau eines Informationssystems ausgearbeitet werden, das ab 01.01.1969 schrittweise verwirklicht wird.
5. Die Vorteile der neuen Leitungsstruktur müssen voll genutzt werden. Insbesondere sind die neu geschaffenen Beratungsgremien zur Wirkung zu bringen. Es sind alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die Einführung der neuen Leitungsstruktur bis zum 31.07.1968 abgeschlossen werden kann. Dabei ist besondere Aufmerksamkeit dem Auf- und Ausbau des neuen Leitungssystems in der zweiten Leitungsebene zu widmen.

### 3. Aufgaben in der Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung

1. Die Hauptaufgabe in der Erziehung und Ausbildung besteht in der Entwicklung " sozialistischer " Persönlichkeiten, die den Anforderungen des Leitbildes für einen " sozialistischen " Wissenschaftler, Ingenieur und Absolventen gerecht werden.
2. Das wissenschaftlich-produktive Studium ist zum allgemeinen Ausbildungsprinzip zu erheben.
3. Das neue Studiensystem und die neuen Ausbildungsdokumente sowie die Übergangsstudienpläne sind mit Beginn des Studienjahres 1968/1969 einzuführen.
4. Der Lehr- und Lernprozeß ist den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend und unter optimaler Ausnutzung der vorhandenen und zu schaffenden Möglichkeiten zu gestalten und unter Einbeziehung der EDV und Nutzung audiovisueller Mittel u.a. rationalisieren.
5. Der Bedeutung der Weiterbildung als einer der Ausbildung und Forschung gleichrangigen Aufgabe entsprechend ist ein integriertes Weiterbildungssystem aufzubauen. Das Fernstudium ist im Rahmen des integrierten Weiterbildungssystems neu zu gestalten.

#### 4. Aufgaben in der Forschung

1. Die Forschung ist auf die strukturbestimmenden Gebiete der THM zu konzentrieren. Sie erfolgt auf der Basis der Vereinbarungen. Es ist durchzusetzen, dass vorrangig langfristige Grundlagenforschung entsprechend den Schwerpunkten der wichtigsten VVB betrieben wird. Die wachsende Rolle der THM als Hauptauftragsnehmer für Forschungsaufgaben ist dabei zu beachten.
2. Die Gemeinschaftsarbeit in der Forschung ist weiter zu entwickeln und den gewachsenen Möglichkeiten, die durch die neue Struktur gegeben sind, anzupassen. Insbesondere sind die Studenten im Rahmen des wissenschaftlich-produktiven Studiums in die Forschung einzubeziehen.
3. Die leistungsabhängige Finanzierung der Forschung ist ab 01.09.1968 einzuführen.
4. Eine Sektion ist mit der Erarbeitung eines Modells der Forschungstätigkeit zu beauftragen.
5. Die Forschung ist unter Berücksichtigung solcher Schwerpunkte wie Effektivität, Themenkomplexität, Anteil der Grundlagenforschung, materielle Stimulierung und Einbeziehung der Studenten zu analysieren.

#### 5. Aufgaben zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen

1. Die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen an der THM ist vorausschauend zu analysieren und gemeinsam mit allen Angehörigen der THM zu realisieren.
2. Die Methoden der komplexen Rationalisierung sind entsprechend dem Ministerratsbeschluss " Über die Grundrichtungen des Arbeitsstudiums " anzuwenden. Dabei ist dem Bereich der wissenschaftlichen Arbeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
3. Die sozialen Einrichtungen an der THM sind planmäßig zu verbessern.

### **6.3 Literatur- und Quellenverzeichnis**

#### **a) ungedruckte Quellen aus dem Archiv der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ( UA UMD )**

- UA UMD: A 1 - Sekretariat des Rektors: Konzil am 21.12.1966.
- UA UMD: A 9 - Sekretariat des Rektors : Perspektivplan der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg bis 1970.
- UA UMD: A 9 - Sekretariat des Rektors :Senatssitzung am 13.01.1965:  
Vorschlag für eine neue einheitliche Studienform im Fernstudium der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg, 15.01.1965.
- UA UMD: A 9 - Sekretariat des Rektors :Senatssitzungen 1965.
- UA UMD: A 10 - Sekretariat des Rektors: Senatssitzungen 1965.
- UA UMD: A 11 - Sekretariat des Rektors: Senatssitzungen 1966.
- UA UMD: A 12 - Sekretariat des Rektors: Bericht über die Arbeit der Fakultät für Maschinenbau in der Zeit vom 1. April 1964 bis 15. September 1966.
- UA UMD: A 19 - Sekretariat des Rektors: Kollegiumssitzungen 1966.
- UA UMD: A 25 - Sekretariat des Rektors: Rektorenkonferenzen und Rektorenberatungen 1965 - 1966.
- UA UMD: A 31 - Sekretariat des Rektors: Reden, Vorträge und Ansprachen, 1966 - 1968.
- UA UMD: A 39 - A 41 - Sekretariat des Rektors: Bildung der Sektionen an der THM, 1966 - 1968.
- UA UMD: A 55 - Sekretariat des Rektors: Zusammenarbeit mit dem SHF, 1965.
- UA UMD: A 56 - Sekretariat des Rektors: Zusammenarbeit mit dem SHF, 1966.
- UA UMD: A 80 - Sekretariat des Rektors: Senatskommissionen, 1966.
- UA UMD: A 81 - Sekretariat des Rektors: Senatskommissionen, 1965 - 1967.
- UA UMD: A 117 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform - Führungsgruppe der THM, 1967 - 1968.
- UA UMD: A 118 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform - Führungsgruppe der THM: Protokolle der Sitzungen der Führungsgruppe, Febr. - April 1968: Führungskonzeption zur Durchsetzung der Hochschulreform an der THM ( 1968 ).

- UA UMD: A 122 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform -  
Arbeitsgruppe "Schwermaschinenbau Magdeburg des  
Ministeriums für Schwermaschinen- und Anlagenbaus",  
1967 - 1968.
- UA UMD: A 123 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform -  
Arbeitsgruppe "Politische Massenarbeit und Propaganda",  
Untergruppe "Publikation", 1968.
- UA UMD: A 124 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform -  
Arbeitsgruppe "Weiterbildung", 1968.
- UA UMD: A 125 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform -  
Arbeitsgruppen Wissenschaftsentwicklung der  
Hochschulparteileitung, EDV, Statut, 1967 - 1968.
- UA UMD: A 127 - A 129 - Sekretariat des Rektors: Hochschulreform -  
Arbeitsgruppe Informationsauswertung, 1968.
- UA UMD: A 130 - Sekretariat des Rektors: Stellungnahmen zur  
Hochschulreform, 1968.
- UA UMD: A 132 - Sekretariat des Rektors: Leitgedanken zur  
Durchführung der Hochschulreform an der THM, 1968.
- UA UMD: A I.1. 138: Sekretariat des Rektors - Senatskommissionen,  
1965 - 1967.
- UA UMD: A II.1. 10 - Prorektorat für Gesellschaftswissenschaften:  
Aufbau einer gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an der THM,  
1965 - 1967.
- UA UMD: A II.1. 49 - Prorektorat für Gesellschaftswissenschaften:  
Marxistisch-Leninistische Ausbildung, 1964 - 1968.
- UA UMD: A II.2.1. 1 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:  
Informationsberichte, 1967 - 1968.
- UA UMD: A II.2.1. 2 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:  
Organisation und Geschäftsführung des Prorektorats, 1964 - 1968.
- UA UMD: A II.2.1. 4 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:  
Gesichtspunkte zur inhaltlichen und methodischen Umgestaltung des  
Studiums an der TH Magdeburg Juni 1965.
- UA UMD: A II.2.1. 4 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:  
Kommissionsarbeit, 1963 - 1967.

UA UMD: A II.2.1. 7 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:

Prüfungsordnung, 1964 - 1968.

UA UMD: A II.2.1. 12 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:

2. Erzieherkonferenz des Immatrikulationsjahres 1966 der THM am  
24.02.1967.

UA UMD: A II.2.1. 15 - Prorektorat für Studienangelegenheiten:

3. Erzieherkonferenz des Immatrikulationsjahres 1967 der THM am  
28.02.1968.

UA UMD: A II.2.2. 12: Hauptabteilung Fernstudium - Stand, Entwicklung und

Perspektiven des Fernstudiums an der THM, 1963 - 1967.

UA UMD: A II.3. 1 - Prorektorat für Forschungsangelegenheiten:

Arbeitsberatungen der Prorektoren und der Referenten für  
Forschungsangelegenheiten, 1967 - 1968.

UA UMD: A II.3. 20 - Prorektorat für Forschungsangelegenheiten:

Grundkonzeption der Entwicklung der THM 1965 - 1970.

UA UMD: A II.3. 48 - Prorektorat für Forschungsangelegenheiten:

Zusammenarbeit mit der Industrie, 1966 - 1968.

UA UMD: A II.3. 56 - Prorektorat für Forschungsangelegenheiten:

Entwicklung der Forschungsarbeit an der THM, 1965, 1967 - 1968.

UA UMD: A II.3. 58 - Prorektorat für Forschungsangelegenheiten:

Überführung der Planforschung in die Vertragsforschung, 1967 - 1968.

UA UMD: A III.2. 14 - Abteilung Arbeit: Hochschulreform -

Arbeitsgruppe "Arbeits- und Lebensbedingungen", 1968.

UA UMD: B 17 - Sekretariat des Rektors: Gestaltung des ökonomischen

Systems der THM, 1968 - 1969.

UA UMD: B 206 - Planung und Statistik: Statistische Jahresberichte

1968 - 1969.

UA UMD: B 367: Sekretariat des 1. Prorektors - 3. Hochschulreform,

1968 - 1971.

UA UMD: B 413 - Sekretariat des 1. Prorektors: 25 Jahre THM,

1976 - 1978.

UA UMD: B 415 - Sekretariat des 1. Prorektors: 20 Jahre THM, 1973.

UA UMD: B 760 - Prorektorat für Prognose und Wissenschaftsentwicklung:

Langfristige Planung, 1969.

- UA UMD: B 763 - Prorektorat für Prognose und Wissenschaftsentwicklung:  
Profillinien der THM, 1969.
- UA UMD: B 781 - Prorektorat für Prognose und Wissenschaftsentwicklung:  
Forschungskonzeptionen, 1969.
- UA UMD: B 802 - Prorektorat für Prognose und Wissenschaftsentwicklung:  
Prognosearbeit, 1968.
- UA UMD: B 819 - Direktorat für Erziehung und Ausbildung:  
Hochschulparteileitung, 1968.
- UA UMD: B 821 - Direktorat für Erziehung und Ausbildung:  
Informationsberichte, 1968 - 1969.
- UA UMD: B 834 - Direktorat für Erziehung und Ausbildung:  
Studienjahresanalysen 1968 / 1969.
- 
- UA UMD: C 237 - Entwicklung der THM 1963 - 1964.
- UA UMD: C 238 - Entwicklung der THM 1965.
- UA UMD: C 239 - Entwicklung der THM 1966.
- UA UMD: C 240 - Entwicklung der THM 1967 - 1968.
- 
- UA UMD: D 1: HPO - Organisation und Geschäftsführung der HPO,  
1955, 1959 - 1966, 1968.
- UA UMD: D 5: HPO - Informationsberichte der HPL, 1964, 1967 -  
1970, 1976.
- UA UMD: D 8: HPO - Parteiaktivtagungen, HPL-Sitzungen, 1967 -  
1968.
- UA UMD: D 20: HPO - Arbeitsgruppen der HPL, 1964 - 1967.
- 
- UA UMD: D I. 1: FDJ-GO - Organisation und Geschäftsführung der FDJ-GO,  
1964 - 1968.
- UA UMD: D I. 4: FDJ-GO - Berichte und Analysen über die Arbeit der  
FDJ-GO, 1964 - 1967.
- UA UMD: D I.5: FDJ-GO - Berichte und Analysen über die Arbeit der  
FDJ-GO, 1968.
- UA UMD: D I.6: FDJ-GO - Informationsberichte der FDJ-GO, 1968.
- UA UMD: D I.7: FDJ-GO - Hochschuldelegiertenkonferenzen und  
Aktivtagungen der FDJ-GO, 1966 - 1967.
- UA UMD: D I.8: FDJ-GO - Hochschuldelegiertenkonferenzen und  
Aktivtagungen der FDJ-GO, 1968.

**b) Periodika**

Das Hochschulwesen, Jahrgang 1967.

Das Hochschulwesen, Jahrgang 1968.

Das Hochschulwesen, Jahrgang 1969.

Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der DDR. Teil 2: 1956-1967/68, 1. und 2. Halbband. Monumenta Paedagogica, Band VII/1, VII/2. Berlin 1969.

Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der DDR. Teil 3: 1968-1972/73, 1. Halbband. Monumenta Paedagogica, Band XVI/1. Berlin 1974.

" Sozialistische Hochschule ", Zeitung der THM. Jahrgänge 1965 bis 1968.

Wissenschaftliche Zeitschrift der THM, Jg. 1973, Heft 3 / 4.

Wissenschaftliche Zeitschrift der THM, Jg. 1983, Heft 3.

**c) Weiterführende Literatur**

Ammer, Thomas: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1994.

Baske, Siegfried ( Hrsg. ): Bildungsreformen in der BRD und in der DDR. ( Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. III ). Heidelberg 1981.

Baske, Siegfried ( Hrsg.): Bildungspolitik in der DDR 1963-1976. Dokumente. ( Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin, Band 11). Berlin, Wiesbaden 1979.

Bertelmann Universallexikon 1995.

Büchner, Uder: Die neue Prüfungsordnung für Universitäten und Hochschulen. In: Das Hochschulwesen 1966, S. 330 - 334.

Dahlem, Franz: Bildungspolitik erlebt und gestaltet. Berlin 1980.

Das Bildungswesen der DDR. Gemeinschaftsarbeit der Akademie der Wissenschaften, des Zentralinstituts für Berufsbildung, des Instituts für Fachschulwesen, des Instituts für Hochschulbildung und der Humboldt-Universität. 3. bearb. Aufl. Berlin 1989.

Drewitz / Hinze: Die sozialistische Hochschulreform an der Technischen Hochschule "Otto von Guericke" Magdeburg. Einige Erfahrungen und Ergebnisse. 1968.

Erwin, Egon / Müller, Marianne: ... stürmt die Festung Wissenschaft. 1953.

- Friedeburg, L. v.: Bildungsreformen in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Frankfurt a.M. 1989.
- Friedeburg, L.v. u.a.: Konturen moderner Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. Ein Quellenband zur bundesdeutschen Schulreform 1965 - 1990. Herausgegeben von GEW-Landesverband Hessen. o.J.
- Froese, L. ( Hrsg. ): Bildungspolitik und Bildungsreformen. Amtliche Texte und Dokumente zur Bildungspolitik im Deutschland der Besatzungszonen, der BRD und der DDR. München 1969.
- Fuchs, H.-J. / Petermann, E. ( Hrsg. ): Bildungspolitik in der DDR 1966 - 1990. Dokumente. ( Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin, Band 21). Berlin, Wiesbaden 1991.
- Günther, Karl-Heinz: Geschichte der Schule in der DDR 1945 - 1968. 2. Auflage der Ausgabe von 1969. Berlin 1970.
- Habermas, Jürgen: Protestbewegung und Hochschulreform. 3. Aufl. Frankfurt a.M. 1970.
- Kienitz, Werner ( Hrsg. ): Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen. Ein internationaler Vergleich. Berlin 1971.
- Kulturpolitisches Wörterbuch. Berlin 1970.
- Mencke-Glückert, Peter: Aspekte von Hochschulverfassung und Hochschulwirklichkeit in der DDR. In: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft 8. 1964.
- Michalski, Günter: Untersuchungen über die Steigerung der Effektivität des Bildungs- und Erziehungsprozesses an Hochschulen. Dissertation an der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften des Wissenschaftlichen Rates der Technischen Hochschule " Otto von Guericke" Magdeburg, 1969.
- Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin Dezember 1965.
- Raupach, Hubert / Reimann, Bruno: Hochschulreform durch Neugründungen ? Zur Struktur und Wandel der Universitäten Bochum, Regensburg, Bielefeld. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Richert, Ernst: Sozialistische Universität. Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967.

- Roggemann, Herwig: Die Verfassung der DDR. Opladen 1970.
- Schiele, Eckart: Hochschulreform und Lehrerbildung in der DDR seit 1965. Berlin 1984.
- Schmidt, Lothar / Thelen, Dieter: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge ? Frankfurt a.M., Hamburg 1969.
- Schramm, Hilde: Hochschule im Umbruch - Zwischenbilanz Ost, Orientierungen und Expertenwissen zum Handeln; Berlin 1993  
Schriftenreihe Band 311: Studien zur Geschichte und Politik: Bildungspolitik in Deutschland 1945 - 1990. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1992.
- Schulz, H.-J. u.a.: Das Hochschulwesen der DDR. Ein Überblick. Berlin 1980.
- Sontheimer, Kurt: Studenten auf Kollisionskurs. In " Merkur ", Heft 233. Aug. 1967. Seite 701 f.
- Waterkamp, Dietmar: Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR. Eine historisch-systematische Untersuchung. Köln, Wien 1985.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München 1989.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen des Wissenschaftsrates 1960 - 1967.

## Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, daß ich die Diplomarbeit selbständig verfaßt habe.

Andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel wurden nicht  
verwendet.

*Carmen Schäfer*

Carmen Schäfer